



Königsteiner Offizierbriefe

36 ■ OKTOBER 1969

● **Königsteiner Offizierbriefe**

Oktober 1969

Heft 36

3	Volks glauben und Volksfrömmigkeit	<i>H. F.</i>
5	Kleine Denkmale als Zeugnisse des Volksglaubens und der Volksfrömmigkeit	<i>W. Hess</i>
8	Königstein 1969 Soldat und Frieden	
8	Der Friede Gottes	<i>Prof. Dr. E. Biser</i>
22	Linksradikalismus und Kommunismus	<i>H. Schwucht</i>
35	Aus dem KOK	
35	München	
35	Ulm	
37	Diez/Lahn	
38	Idar-Oberstein	
44	Munster	
45	Bonn	
47	Satzungsentwurf für Arbeitsgemeinschaft katholischer Soldaten	<i>Dr. H. Paul</i>
48	Informationen aus Kirche und Welt	
66	Bücher	

Volksglauben und Volksfrömmigkeit

Von den Westfalen wird behauptet, daß sie auf die Erneuerungen im Zweiten Vatikanischen Konzil geantwortet hätten: Die mögen in Rom beschließen, was sie wollen, wir bleiben katholisch.

Dieser Ausspruch ist sicherlich erfunden, aber einen kleinen Wahrheitskern beinhaltet er. Das Volk Gottes hat seit jeher seine eigene Art gehabt, seinen Glauben zu äußern. Und wenn man die verschiedenen Völker betrachtet, dann hat ein jedes seine gewisse Eigenart, und aus dieser Eigenart auch eine besondere Form der Gottesverehrung geschaffen. Gott hat den Menschen in seiner Mannigfaltigkeit, in seiner Vielzahl und in seinen verschiedenen Merkmalen gewollt. Er hat aber auch die eine Kirche gewollt. Und wenn wir genau hinschauen, dann hat diese Mannigfaltigkeit in dieser Kirche ihren Platz. Ja, diese Vielzahl gottergebener Gedanken läßt diese Kirche inmitten dieser Welt überhaupt erst zu der prächtigen Heimstatt der Gottesverehrung werden. Wie die Gottesverehrung der Polen so ganz verschieden von unseren Gebräuchen ist, wie die Verehrung der Spanier sich anders darstellt als die der Italiener oder Franzosen, so darf man sagen, daß auch die Bewohner kühlerer Regionen ihren Teil beitragen zum Gesamtbild der Kirche. Noch bunter wird sie werden, wenn die Gläubigen der farbigen Welt ihre Beiträge in größerem Umfang hinzufügen. Eine solche Gesamtschau wird eines Tages ein faszinierendes Bild der Kirche ergeben. Aber schon die Schau in unserer Heimat bringt wahrlich Interessantes und Nachdenklichmachendes genug. Wenn im nachfolgenden Aufsatz von den Zeugnissen frommen Glaubens vorwiegend in Bayern die Rede ist, dann aus zwei Gründen. Einmal konnten wir in unserem allverehrten Wilhelm Hess einen Kenner und Sachverständigen für diese Arbeit finden, dann aber hat Bayern eine seit rund vierzehnhundert Jahren währende katholische und staatliche Tradition, die alle politischen und religiösen Fährnisse überstanden hat. Aber in diesem Zusammenhang ist noch zu beachten, daß der Bayer sich in seinem Anliegen nicht nur an Gott selbst wendet, sondern auch den Umweg über einen, wenn man so sagen will, für den besonderen Fall zuständigen Heiligen sucht. Diese Mittelbarkeit zu Gott führte zwangsläufig zu einer besonders ausgeprägten Heiligenverehrung, sei es durch den Bau von Privatkapellen oder durch Einführung eines Bittganges zur Gnadenstätte eines bestimmten Heiligen. Dieser religiösen Unbefangenheit entspricht eine besondere Bereitschaft zur Wundergläubigkeit, was naturgemäß die Entstehung einer ganzen Reihe von Wallfahrtsorten zur Folge hatte. Aber auch im täglichen Leben ist die Religion, ist Gott, sind die Heiligen miteinbezogen. Diese fast selbstverständliche Verbundenheit dauert noch heute an. So finden wir denn in dieser ungebrochenen Tradition dort auch die meisten gut erhaltenen Denkmale aus fast allen Jahrhunderten. Wenn unsere Bildreihe mit einer Madonna aus Mainfranken beginnt, so um erkennbar werden zu lassen, daß das Ausstrahlungsgebiet dieser Frömmigkeit sich bis ins Fränkische und Schwäbische fortsetzt. Interessant wäre es, auch die Ausstrahlungen ins Böhmisches und Österreichische zu erforschen. Hier würde es zu weit führen.

Oftmals wird gefragt, warum braucht der glaubende Mensch Zeichen? Ist es nicht viel echter, sich im Gebet direkt an Gott den Herrn zu wenden und auf Kreuze, Marterl, Heilige und Zeichen, auf Wallfahrten und Prozessionen, kurz auf all' die Äußerlichkeiten zu verzichten? Das mag für den einen gelten, für den anderen nicht. Selbst die heute als rational und nüchtern bezeichnete Jugend entbehrt nicht des Gefühls. Sie will es oft nicht wahrhaben, unbewußt gibt sie sich dem Gefühl und der Emotion hin, wie selten eine Jugend vorher – oder vielleicht wie alle Jugend vorher, nur anders. In diesem Zusammenhang sollte man vielleicht noch einmal in Heft 34 Seite 34/35 die Zuschrift „Meine moderne Kirche“ lesen. Mir scheint es notwendig – bei all den geistigen Auseinandersetzungen, bei den vielen rational bestimmten Aufsätzen in unseren Heften – auch diesem Gesichtspunkt einmal Raum zu geben.

Man muß bedenken, daß die innigste Liebe Zeichen verlangt, daß der Glaube nach Bekenntnis, Verdeutlichung und Beweis sucht. Diese Zeichen, diese Denkmale, aber auch Wallfahrten und Prozessionen, ebenso wie festliche Hochämter oder der Besuch in einer stillen Kirche mit dem sanften Licht strahlender Kerzen sind Gelegenheiten des Ausbruchs aus dem weltlichen Alltag, sind Berührungspunkte nicht nur von Gleichgesinnten, sondern des heilsbedürftigen Ich, mit dem Ewigen. Sie sind für uns, auf der Pilgerreise in die ewige Heimat, Aussichtspunkte ins Ewige, Stationen auf dem Weg in Sein Vaterhaus.

H. F.

G S M S G
S S E S S
M E M E M
S S E S S
G S M S G

das heißt:

Gott sei meiner Seele gnädig

So stirbt ein Sünder selig

Mein einziger Mittler erlöse mich

(Königsberg in Franken, Hausspruch
nach dem 30-jährigen Krieg)

Kleine Denkmale als Zeugnisse des Volksglaubens und der Volksfrömmigkeit

Die Mehrzahl des Wortes Denkmal kann Denkmäler und Denkmale lauten. Ein Kultusministerium definierte: „Denkmäler sind plastische Darstellungen und Erinnerungszeichen an Persönlichkeiten und Ereignisse“; das wären also die grünpangigen Landesväter und Polit-Heroen, die Bavarias und Germanias. Dagegen: „Denkmale sind Bauwerke, Stätten, Erinnerungsmale, die wegen ihres wissenschaftlichen, künstlerischen oder heimatlichen Wertes erhalten bleiben müssen.“ Daher also auch „Landesamt für Denkmalpflege“. Nun leuchtet ein, daß Denkmale auch solche des Glaubens und der Frömmigkeit des Volkes sein dürfen. Wer bezweifelt das bei Domen und Kathedralen, Wallfahrtsstätten und Kreuzgängen, Meisterwerken aus Bild und Stein in Kirchen und Museen (und Antiquitätenmessen)? Diese große sakrale Kunst ist hier nicht gemeint. Die „kleinen“ Denkmale des Religiösen sind unscheinbar, verstreut, dem unkundigen Blick oft nicht bemerkbar und schon kaum im motorisierten Vorbeiflitzten. Aber an Ort und Stelle gehören sie zum Gewohnten und Selbstverständlichen, zum Gewachsenen der Geschichte und des Glaubens. Sie sagen etwas aus über das, was der einfache Mensch glaubt, was er sich unter Glaubensinhalten zu seiner Zeit vorstellte, aber noch mehr darüber, wie er diesem Glauben Ausdruck gab und geben wollte. Klar, daß dabei Wahrheiten und Naivitäten rührend einträchtig neben einigem Aberglauben stehen. Diese kleinen Denkmale sagen zugleich etwas aus über die Frömmigkeit der Geschlechter, die Glaubens-treue, die Liebe zum Detail, über eine gute Meinung ebenso wie über Frevel und Sühne. Hinter ihnen steht die gute Hoffnung auf ein Heil, das in dieser Welt vielleicht nicht mehr erlebt, in einer jenseitigen besseren aber mit Gewißheit erwartet wurde.

Ich kenne die Fülle dieser kleinen Glaubensdenkmale in meiner oberdeutschen Heimat; ich weiß nicht, welche anderen Landstriche unseres größeren Vaterlandes des deutschen Kulturbereiches sich damit vergleichen lassen; sicherlich die ungezählten frommen Haussegen an den Schwellenbalken der niederdeutschen Fachwerkhäuser und die Bildstöcke in der Eifel. Die kleinen Denkmale sind gefährdet durch Nichtmehrkennen, Interesselosigkeit, Abkehr vom Überlieferten, am meisten durch die Unbedachttheit des stürmischen Zeitgeistes, dem Überflüssiges im Wege steht. Viele gingen in den letzten drei Jahrzehnten verloren.

Nun endlich ein paar Bezeichnungen, damit der Leser weiß, was er da auf Fahrt oder Wanderung ins Auge fassen könnte. Da sind also z. B.: Kreuzsteine und Steinkreuze, irische Hoch- und Rundkreuze, Feld-, Wetter- und Gipfelkreuze, „Waffen Christi“, Kreuzwege und Calvarias, Marterln und Bildstöcke aller Art (Gedenk-, Votiv-, Säulen-, Szenen-, Altarbildstöcke),

Totenleuchten, Licht-, Wege-, Prediger-, Dreifaltigkeitssäulen; das weiße Kreuz der Asylkirchen an Wand und Turm; das magische Quadrat eines Gebets (S. 4). Madonnen und Heilige an Haus, Tor, Brunnen und Brücken; Feld-, Berg-, Pest-, Votiv- und Patronatskapellen; Kreuzschlepper und Vesperbilder, Karner und Arme-Seelen-Nischen; Weichbild-, Haus- und Zunftzeichen – und schließlich die Überfülle der Gedenk- und Mahnmale des Totenkultes, der Grabsteine, Grabkreuze, Totenbretter, Friedhofskanzeln und dergleichen.

Bleiben wir außerhalb der Gotteshäuser und verstehen wir auch die Kultgeräte als ein Kapitel für sich. Nicht darauf eingegangen, aber erwähnt werden soll, was im christlichen Hause an mobilen kleinen Denkmälern Wert hat: der Herrgottswinkel und der Weihwasserkessel, das Hinterglasbild und die Weihezeichen des Dreikönigstages, die christliche Symbolbemalung an Schränken und Truhen, Taufgulden und Kerzendreier, Andachtsbild, Rosenkranz und Sterbekreuz, Braut- und Totenkrone. Das sind alles Gegenstände, bei denen sich das kleine Denkmal mit dem Brauchtum in der unmittelbaren menschlichen Wertschätzung des Gläubigen besonders eng berührt. Es sind auch dankbare Objekte volkskundlicher Forschung.

Nur wenige Bilder des Aufgezählten seien hier eingefügt. Kreuzsteine sind Steine beliebiger Form und Herkunft, oft frühmittelalterlich, auf die später ein Kreuz aufgebracht wurde. Ein Erlaß Papst Leos III. von 796 sprach sich gegen den an solchen Altsteinen hängenden Aberglauben aus und empfahl als Gegenmittel das Aufsetzen eines christlichen Kreuzes. Von daher ergibt sich der Übergang zu den spätmittelalterlichen Steinkreuzen. Diese sind von Anfang an als Kreuze gemeißelt. Sie sind relativ häufig, heißen fälschlich Hussitten-, Schweden-, Türken- oder Franzosenkreuze ob der schrecklichen Erinnerung an die Erschlagenen aus diesen Kriegszeiten. In Wirklichkeit sind Steinkreuze fast immer Sühnezeichen. Zahlreiche Sühneverträge des 13.–16. Jahrhunderts sprechen ausdrücklich die Verpflichtung des Schuldigen aus, ein solches Kreuz als Bestandteil der Abmachung mit der Sippe am Tatort oder anderswo zu setzen. Diese „Seelengeräte“ haben den Sinn des Ersatzes jener Sterbevorsorge (Buße), die der Tote nicht rechtzeitig oder nicht hinreichend hat treffen können, um sein Seelenheil sicherzustellen.

Da ist die Vielzahl herrlicher barocker Grabkreuze auf den Friedhöfen der Alpendörfer, welch ein wohlthuender Gegensatz zu der trostlosen Grabmalakunst der letzten 150 Jahre in den Massenfriedhöfen. Da ist das Kreuz mit allen Leidenswerkzeugen des Herrn, genannt die „Waffen Christi“; auf einem Epitaph in der Fuldaer Michaelskirche sind die 30 Silberlinge des Judas sogar alle einzeln hingeählt. Unterfranken als Freilichtmuseum Tausender von prächtigen Bildstöcken in Buntsandstein auf seinen Fluren und Weinbergen zeigt eine Marienkrönung von 1501, aber von der Romanik bis heute hätte es alle Stile dabei vorzuweisen. Auf die kleinen Holzmarterln und ihre Sprüche in Tirol können wir hier kaum eingehen, sie künden indessen von Humor auch im Geistlichen: für einen verunglückten Fuhrmann im Stubaital z. B.: „Der Weg in die Ewigkeit is ja gar nit weit. Um 7 Uhr fuhr er fort, um 8 Uhr war er dort.“ Oder: „Durch eines Ochsen Stoß kamst Du in Gottes Schoß, am dreißigsten Augustus – gelobt sei Jesus Christus!“ Von den Säulen sei die Regensburger Predigersäule erwähnt, außerhalb

der Mauern bei der Schottenkirche St. Jakob auf einem Anger, wo viel Platz für das Volk war und sich die Wege teilten. Bamberg steuert ein Weichbildzeichen bei: Weich kommt von vicus = Dorf, Bild von Bill = Recht; ein Zeichen also zur Markierung der Grenze einer Gemeinde, innerhalb deren das Marktrecht galt. Die einsame Kanzel im Freien vor einer Kirche in den Haßbergen Unterfrankens war ein Erfordernis für den Prediger an Fest- oder Wallfahrtstagen, um eine große Hörermenge zu erreichen. Und von den Kapellen sei nur ein Typ aus dem Alpenvorland vorgestellt, wie er so reizvoll in die Landschaft paßt und die Zwiebel auf dem Turm zum national-regionalen Abzeichen macht.

Die kleinen Denkmale selbst sind es, die stundenlang erzählen und große Aussagen machen können. Sie sind Zeugnisse der Geschichte, des Volkstums, des Volkscharakters, Zeugnisse des Rechts und des Brauches, Zeugnisse guter handwerklicher Arbeit, schönen Formsinnes und geraden Denkens unserer glaubensverwurzelten und bodengebundenen Altvorderen. Sie sind Ausdruck ihrer Dankbarkeit und Zuversicht, des Beachtens und Bewahrens wert.

Königstein 1969

Soldat und Frieden

Prof. Dr. E. Biser

Der Friede Gottes

Soviel sich das heutige Denken auf seinen ‚Realismus‘ zugute hält, wird doch von Tag zu Tag deutlicher, daß sich damit allein der gordische Knoten der wissenschaftlichen, sozialen und politischen Probleme nicht entwirren läßt. Mit der ‚exakten Bestandsaufnahme‘, ‚objektiven Analyse‘ und ‚realistischen Einschätzung‘ der Fakten ist es offensichtlich nicht getan. Zu groß und gewichtig ist der Rest, der dann immer noch bleibt und das Gefundene in Frage stellt. Daraus erklärt sich die auf den ersten Blick überraschende, im Grunde aber nur folgerichtige Tatsache, daß es im Gegenzug zum gängigen ‚Realismus‘ zu einer nachhaltigen Aufwertung des Utopischen kam, und dies keineswegs nur in jenen Kreisen, die ohnehin auf die marxistische Sozialutopie eingeschworen sind. Logisch ist diese Entwicklung, sofern sie der immer wieder bestätigten Erfahrung entspricht, daß heute realisiert wird, was vorgestern oder gestern noch uneinholbare Utopie zu sein schien. Ins Philosophische gewendet, heißt das: Zur Totalität des Seins gehört auch das Mögliche, und dies so sehr, daß das eine ohne das andere überhaupt nicht zu erreichen ist. Es ist der Traum von fernen und fernsten Möglichkeiten, der uns die noch unbekannten Wege zur Realität entdecken hilft. Oder kürzer: das Mögliche ist der Schlüssel zum Wirklichen. Im höchsten Maß gilt das von der – welthaft gesprochen – reinsten aller Utopien, dem Frieden. Wenn nämlich etwas ins allgemeine Bewußtsein gedrungen ist, dann die Überzeugung, daß die Menschenwelt keinen Bestand haben, ja noch nicht einmal als bestehend gedacht werden kann, wenn sie nicht als der ermöglichende Grund ihres Wirklich- und Ganzseins zu ihr hinzugedacht wird.

Die Wende des Bewußtseins

Aus diesem Grund kam es während der letzten Jahre in der Frage des Friedens zu einer kaum merklichen, aber tiefgreifenden Neuorientierung, wenn das Wort nicht zu hochgegriffen ist, könnte man sagen: zu einem Umbruch des Bewußtseins. Wer noch kurz zuvor, vor allem in der Zeit des Wiederaufbaus nach dem Zweiten Weltkrieg, das Interesse der Öffentlichkeit auf den Frieden zu lenken suchte, wurde bei allem obligatorischen Respekt doch unterschwellig als ein lästiger Mahner, wenn nicht gar als ein verstiegener Sektierer empfunden, der von den drängenden Forderungen des Tages ungebührlich ablenkte. Friede, ja – darauf lief die durchgängige Einstellung hinaus; aber keinesfalls als Thema systematischer Besinnung und

organisierter Bemühung. Denn zuerst müsse das Näherliegende erreicht werden: eine stabile Ordnung, sozialer Ausgleich und politische Sicherheit. Friede dagegen, das sei etwas wesentlich Späteres, ein lockendes Fernziel zwar, aber gerade darum ein Menschheitsziel, dem man sich erst nach Absolvierung des aktuellen Pensums hingeben dürfe.

Demgegenüber brach sich mittlerweile weithin die Erkenntnis Bahn, daß dieses vermeintlich Irreale und utopisch Ferne das tatsächlich Vordringlichste, Erstzubedenkende und Erstzuerstrebende ist, das Prinzip aller Verwirklichungen und die Gewähr aller Sicherheiten. Mit der Registrierung dieses Umschwungs ist indessen solange nichts erreicht, als es nicht gelang, seine Ursachen aufzudecken. Diese dürften sowohl im Politischen als auch im Anthropologischen zu suchen sein. Was die politische Erfahrung der letzten Jahrzehnte anlangt, so war und ist sie vom Scheitern der großen Hoffnung der Nachkriegszeit bestimmt. Anstatt des erwarteten Aufbaus einer stabilen, auf gegenseitige Respektierung gegründeten und vom Geist einer weltweiten Solidarität getragenen Ordnung kam das nahezu komplette Gegenteil dieses Wunschbilds zustande: ein Zustand von höchster Instabilität, der seinen Fortbestand letztlich dem Gleichgewicht des Schreckens verdankt und in seiner Anfälligkeit durch immer neu aufflammende, meist mit brutaler Härte ausgetragene Konflikte lokalen Umfangs beleuchtet wird. Im Licht dieser Erfahrung mußte sich der Friede auch den Skeptikern als das unverzichtbare, in seiner Unentbehrlichkeit freilich unerreichte, wenn nicht unerreichbare Fundament einer humanen Gesellschafts- und Weltordnung erweisen. Und dies um so mehr, als sich das den bestehenden Modus vivendi garantierende Gleichgewicht des Schreckens mehr und mehr als die rein zufällige und darum unkontrollierbare Folge der ständig fortschreitenden technologischen Entwicklung darstellt. Der anthropologische Anstoß zur Neueinschätzung des Friedens ging in erster Linie von der Freilegung des menschlichen Aggressionstriebes durch die moderne Verhaltensforschung aus. Wenn die Lorenzschen Thesen, wie neuere Analysen (so des Oxford-Zoologen N. Tinbergen) zeigten, auch einer gründlichen Überprüfung und weitgehender Revision bedürfen, bleibt doch das Bild eines vielfach, selbst aus Angst oder Altruismus zur Aggression geneigten Menschen, eines Menschen also, der zu nichts weniger als zum Frieden disponiert ist und der doch selbst in seinem aggressiven Verhalten nichts anderes als Surrogate dessen will, was der Ausdruck ‚Friede‘ besagt.

Mensch und Friede

In diesem Zusammenhang gesehen, gerät das Verhältnis von Mensch und Frieden in eine fast unauf löbliche Aporie. Auf der einen Seite geht uns nichts so unmittelbar an wie der Friede, ohne den wir nicht sein und kein menschenwürdiges Leben führen können; auf der anderen Seite liegt uns nichts so fern wie er. So erscheint er gleichzeitig als das absolut Notwendige und schlechthin Unerreichbare, und der Mensch, der ohne ihn nicht auskommt, als das innerlichst friedlose Wesen, das sich das lebenswichtigste aller Güter aus eigenen Kräften nicht zu verschaffen vermag. Unaufhebbar tief ist das Mißverhältnis, das zwischen dem Frieden — schon im unreflektierten Verständnis des Wortes — und der ebenso egoistisch auf sich selbst bezogenen wie aggressiv gegen andere gerichteten Menschen-

natur besteht. Wenn der Mensch aber außerstande ist, die Voraussetzung seiner integralen Menschlichkeit selbst zu schaffen, bleibt ihm nur, sie wie die übrigen Güter, die ihm gleicherweise unentbehrlich und unerreichbar sind – wie Liebe, Glück und Gnade – zu erwarten. Dahin konkretisiert sich der utopische Zug in der Vorstellung, die das Wort Friede gemeinhin erweckt. Und das besagt: Der Friede geht deshalb nicht in die Reihe des Verfügbaren, Machbaren ein, weil er zuletzt nur ersehnt und erhofft und, wenn er sich als diese Hoffnung erfüllt, entgegengenommen werden kann. Er ist keine Gabe, mit der sich die Menschheit – etwa auf dem Weg philosophischer Reflexion oder politischer Aktion – selbst beschenkt, sondern eine Gewährung, mit der sie sich beschenken lassen muß. An dieser Stelle erreicht der Sinn des Friedens, wie er sich vom Menschen her, als anthropologisches Desiderat also, darstellt, seine größte Annäherung an die christliche Heilsbotschaft, die ihrem Wesen nach die Botschaft von dem durch Gott zugesprochenen und gewährten Frieden ist. Wenn die Menschheit dem Christentum, wie Hegel in seiner Philosophischen Weltgeschichte (von 1839) versichert, das Bewußtsein der Freiheit verdankt, dann noch viel mehr die Gewißheit von der Realisierbarkeit dessen, was sie von sich aus nur als Utopie zu denken vermag, des Friedens.

Nicht als werde damit Recht und Wert der persönlichen und kollektiven Friedensarbeit in Frage gestellt. Ist ihr doch seit jeher aufs deutlichste bewußt, daß die Schaffung des Friedens einem andern Gesetz als dem der kalkulierbaren Verursachung durch menschliches Zutun folgt. Bei allem, was sie an Fortschritten auf dem Weg zur Befriedung der sozialen und politischen Verhältnisse erzielt, lebt sie daher der Überzeugung, daß sie nichts erreicht hätte, wenn es ihr nicht gegeben worden wäre, weil das Geleistete bei aller Anstrengung zuletzt doch den Charakter einer ungeschuldeten, unerzwingbaren Gewährung hatte. Wie es der Entwurf zu Hölderlins Hymne ‚Friedensfeier‘ ausspricht, gibt es hier keine Proportion zwischen Leistung und Ergebnis, so daß am Ende aller Aktionen doch nur das Staunen bleibt,

wozu du mir,
Woher du seiest, seliger Friede!

Ebensowenig ist die Bedeutung der theoretischen Beiträge in Abrede gestellt. Doch ist für sie alle symptomatisch, was sich am Sinn des Grundworts eirēne ablesen läßt. Danach steht der menschlich entworfene und gedachte Friede in einem primär negativen Aspekt. Mit dem Schluß der Odyssee gesprochen besagt Friede soviel wie die Unterbrechung des kriegerischen Grundzustands. Und nicht nur dies; es bedarf bei Homer sogar einer ausdrücklichen Intervention der Götter, damit auch nur diese Unterbrechung zustande kommt. Demgemäß verweisen sämtliche Ansätze zu einer spekulativen Ausdeutung dessen, was das Wort Friede besagt, auf das Angewiesensein des Menschen, daß ihm gesagt werde, was der Friede wesenhaft ist und wie er, der von Natur aus Friedlose, zu einem angemessenen Friedensverständnis kommen kann. Denn alles, was der Menschengeist dazu beitragen kann, hat seiner ganzen Struktur nach den Charakter einer Frage, die als solche darauf angelegt ist, von außen und oben beantwortet zu werden.





Das Evangelium pacis

Mit der biblischen Friedensbotschaft hat es die besondere Bewandnis, daß sie diese Antwort nicht nur faktisch gibt, sondern sich auch als diese Antwort versteht. Unmißverständlich geht das aus der Friedenslehre des Epheserbriefs hervor, der zunächst betont, daß Christus durch sein Kommen den Frieden verkündet habe (2, 17), und abschließend geradezu die Wendung ‚Evangelium des Friedens‘ (6, 15) gebraucht. Damit deutet er die Heilsbewegung insgesamt als ein ‚Sich-Zutragen‘ des Friedens und diesen als das ‚Entgegen-Kommen‘ Gottes zu der in ihrer Friedlosigkeit auf die göttliche Hilfe angewiesenen Welt. Das aber heißt: Christus und die durch ihn vermittelte Offenbarung kommen nicht ungerufen. Wie die Gleichsetzung von Evangelium und Frieden zeigt, gehen sie vielmehr antwortend auf jene Wesenssehnsucht des Menschen ein, die aus seiner Unfähigkeit resultiert, sich das ihm Unentbehrlichste aus eigener Kraft zu verschaffen. Doch bezieht sich diese Gleichsetzung mehr noch auf die Inhaltsfrage, konkret gesprochen auf die Frage nach dem Anteil der Friedensthematik am Ganzen des biblischen Kerygmas. Mit der Wendung des Epheserbriefs ist darauf zu antworten, daß das Evangelium auf den Frieden nicht nur beiläufig, neben andern Themen, eingeht, sondern daß es seine zentrale Thematik zur Sprache bringt, wenn es vom Frieden redet, ja daß es als Evangelium von nichts mehr und vordringlicher zu reden hat als vom Frieden. Ob diese überraschende Gleichsetzung zutrifft, läßt sich mit Hilfe einer einfachen Gegenprobe entscheiden. Entspricht sie den Tatsachen, so muß sich nämlich in den relativ wenigen Stellen, wo ausdrücklich vom Frieden die Rede ist, ein Widerschein aller wesentlichen Wahrheiten finden, auf die sich die biblische Heilsbotschaft gründet. Dieser Nachweis läßt sich tatsächlich erbringen. Denn im Unterschied zu andern Aussagen sind die auf den Frieden bezogenen eigentlich ‚offen‘, so daß ihre Nennkraft die ausdrückliche Thematik übersteigt. Diese Offenheit erstreckt sich insbesondere auf drei Motivkreise, auf den kosmologischen, den soteriologischen und den messianisch-christologischen, die in ihrer Gesamtheit die Totalität der biblischen Heilsbotschaft ausmachen. Demgemäß schwingen in den einzelnen Friedensworten ganz unterschiedliche Begleitmotive mit. In denen des Alten Testaments, das durchaus mit unverwechselbar eigener Stimme spricht, vor allem das Moment der integralen Kreatürlichkeit, im Neuen die Vorstellung vom göttlichen Heil und seiner Aneignung, dies jedoch mit der Einschränkung, daß weder hier der Gedanke der seinshaften Ordnung noch dort der Heilsgedanke fehlt. Gemeinsam ist beiden Testamenten überdies das Bestreben, die ‚Sache‘ des Friedens mit der Person seines gottgesandten Stifters in Beziehung zu setzen und schließlich mit ihm zu identifizieren. Dieser dreifachen Akzentuierung sei nunmehr an Hand der wichtigsten Belegstellen nachgegangen.

Die Betonung der seinshaften Integrität legt sich dem alttestamentlichen Friedenskerygma schon von der Vokabel schalom her nah, da diese ihrer Grundbedeutung nach die Vorstellung des kreatürlichen Ganz- und Heilseins, aber auch der es ermöglichenden Ordnung impliziert. Das bestätigt der Gebrauch von schalom in Gruß- und Segensformeln (Ex 4, 18; Lv 6, 26), seine Verkoppelung mit Begriffen wie Leben (Mal 2, 5), Wahrheit (Sach 8, 19 – wobei der konkrete, auf das Moment der Verlässlichkeit und Treue abhebende Sinn des alttestamentlichen Wahrheitsbegriffs zu bedenken ist)

und Gerechtigkeit (Jes 32, 17; Ps 85, 11) und nicht zuletzt seine Kontrastierung mit der Gegenvorstellung von Krieg und Streit (1 Kg 20, 18; Jes 27, 4; Jer 9, 7), gelegentlich auch von Angst (Ez 7, 25) und Schrecken (Hi 21, 9), Trübsal (Sach 8, 10) und Verderben (Jer 29, 11). So ist es kein Zufall, daß die erste, wenn auch unausdrückliche Friedensaussage des Alten Testaments die Gestalt des von Gott geschaffenen Kosmos nachzeichnet. Das geschieht in der Schlussszene der Sintfluterzählung, wenn das Gottesgericht, das die sündige Welt fast schon in die Nacht des uranfänglichen Chaos zurückgeworfen hatte, dem größeren Erbarmen Gottes Raum gibt und als Zeichen dessen der Regenbogen über der verwüsteten Erde aufscheint. So viel der Gedanke an die mythische Vorstellung von dem in den Wolken abgestellten Kriegsbogen der Gottheit für sich hat, liegt doch eine innerbiblische Erinnerung näher: Mit seinem siebenfarbenen Rund zeichnet der im Wolken-dunkel erstrahlende Bogen die Kuppel der am zweiten Schöpfungsmorgen erschaffenen ‚Himmelswölbung‘ nach (vgl. Gen 1, 6 ff.), durch dessen ‚Lücken‘ sich zuvor die verheerenden Fluten des himmlischen Ozeans ergossen hatten (7, 11), das jetzt aber den Lebensraum auf Erden wieder unverehrt überdacht: „Und Gott sprach: Dies ist das Zeichen des Bundes, den ich zwischen mir und euch und zwischen allen Lebewesen, die bei euch sind, für künftige Geschlechter stifte: Meinen Bogen stelle ich in die Wolken; er soll ein Bundeszeichen sein zwischen mir und der Erde“ (9, 12 f.). Und wie zur Bestätigung dessen erneuert Gott in gleichem Zusammenhang den Auftrag des letzten Schöpfungstags, die Bestellung des Menschen zum Herrn über die ganze Schöpfung, wie es unter allen Kreaturen nur ihm, dem zum Bild Gottes Geschaffenen, zukommt (9, 1–17). So wirkt diese erste Vergewärtigung des Friedens in der Tat wie eine Besiegelung des Schöpfungswerks, das seinerseits als sein innerstes, mit Gottes schöpferischem Wirken selbst verfügbares Formprinzip erscheint.

Es kann daher nicht verwundern, wenn der ausdrückliche Gebrauch des Wortes schalom fast durchweg den Reichtum der Schöpfungsgüter vergegenwärtigt, so etwa die Jesaiasstelle, die den Barmherzigen im Zug der göttlichen Segnungen, angeführt vom Frieden, erblickt (58, 8) oder das mehrfach überlieferte Wort vom Wunschbild des israelitischen Kleinbauern, dem ‚Friede‘ in der Hoffnung besteht, unbehelligt „unter seinem Weinstock und Feigenbaum“ wohnen zu dürfen (1 Kg 5, 5; Mich 4, 4; Sach 3, 10), und daß selbst die alttestamentliche Friedensprophetie ihre Vision vom messianischen Friedensreich nicht anders als in Bildern kreatürlicher Segensfülle auszudrücken vermag (vgl. Ps 72, 7. 16 f.; Jes 9, 1–6; 11, 5–9). Diesen Grundzug greift ein rabbinischer Kommentator der aaronitischen Segensformel auf, wenn er erklärt: „Groß ist der Friede; denn Gott hat nichts Schöneres geschaffen, um es den Gerechten zu geben, als den Frieden.“ Noch konzipierter wirkt derselbe Gedanke in der Fassung, die ihm Rabbi ben Gamliel gibt: „Auf drei Dingen steht die Welt, auf dem Recht, der Wahrheit und dem Frieden“, eine These, die Rabbi Mona durch den Zusatz ergänzt, daß die drei Dinge letztlich eine einzige Sache sind; denn „überall, wo Recht ist, ist Friede, und überall, wo Friede ist, ist auch Recht“¹⁾. Selbst bei Hermann Cohen klingt diese Auffassung noch nach, wenn er im Schluß-

¹⁾ Nach J. J. Stamm/H. Bietenhard, *Der Welfriede im Lichte der Bibel*, Zürich 1959, 69.

kapitel seiner ‚Religion der Vernunft aus den Quellen des Judentums‘ (von 1919) den Frieden als die Versöhnung des Menschen mit Gott, mit sich selbst und mit seiner todverfallenen Existenz deutet und von ihm sagt, er mache „das ganze Leben zu einem Fest“, er bringe „den Naturfrieden in die Menschenwelt“ und „die Grundstimmung der Naivität in die Weltbetrachtung“²⁾. Wenn in den Friedensaussagen des Neuen Testaments dieser ‚kosmische‘ Aspekt auch fühlbar zurücktritt, so fehlt er, wie die paulinische Gleichsetzung von Friede und Ordnung zeigt, doch keineswegs; „denn Gott ist“, so motiviert der Apostel seine Mahnung zur liturgischen Disziplin, „kein Gott der Unordnung, sondern des Friedens“ (1 Kor 14, 3). Ebenso vernehmlich wie vom Weltbezug des Friedens spricht die erste Intonation des Motivs aber auch von seiner essentiellen Verknüpfung mit dem Gedanken des göttlichen Heilswerks. So sehr der Friede Gottes die Schöpfung durchwaltet und aus ihrer Ordnung aufsteht, ereignet er sich doch am reinsten dort, wo sich Gott seiner Kreatur als Retter annimmt und in ihre Geschichte eingeht. Auf's neue bestätigt dies, daß die Offenbarung, die als Selbstmitteilung des geschichtlich handelnden Gottes in erster Linie von diesem Handeln Kunde bringt, bei ihrer Friedensverkündigung von nichts anderem als von sich selber redet. Ein deutlicher Schwerpunkt der biblischen Friedensbotschaft liegt deshalb dort, wo das göttliche Heilswirken zuständige Gestalt gewinnt: auf dem Gottesbund des Alten Testaments und seinem neutestamentlichen Pendant, der Kirche. Nicht umsonst verheißt der Gottesspruch nach der Sintflut den Regenbogen als das Bundeszeichen der wiedergewonnenen Gemeinschaft des Menschen mit seinem Schöpfer. Und da der Mensch für die Kreatur als ganze steht, erstreckt sich der göttliche Friedensbund auch auf diese, auf „die Tiere des Feldes, die Vögel der Luft und das Gewürm der Erde“ (Hos 2, 20). Doch bleibt er als freie Stiftung zwischen Gott und seinem menschlichen Partner ganz in dessen Bundestreue gestellt. Darum vermag ihn keine äußere Gewähr, und sei sie so heilig wie das Gesetz oder so erhaben wie der Tempel zu garantieren (vgl. Jer 7, 4 ff.), sondern allein diese Treue, die sich in aufrichtiger Gottes- und Nächstenliebe bekundet (vgl. Jes 48, 18; 58, 7 ff.). Wo diese Bedingung erfüllt ist, da steigt der Friede als Statthalter Gottes vom Himmel herab, um alle, die sich dem sanften Joch seiner Herrschaft beugen, in seine Obhut zu nehmen und wie eine Mauer vor Gewalt und Verderben zu beschirmen (60, 17 f.).

Auf die Kirche als die Erfüllung des alttestamentlichen Gottesbundes bezogen, kehrt dasselbe Bild, wenigstens der Grundkonzeption nach, im Epheserbrief wieder, jetzt aber um den Gedanken bereichert, daß die Bewahrung durch den Frieden nur demjenigen zuteil wird, der seinerseits den Frieden wahr, oder nun mit dem Wortlaut der Stelle gesprochen, der „die Einheit des Geistes wahr durch das Band des Friedens“ (4, 3). Die Bedeutung der Aussage liegt sowohl in der Art, wie sie die Kirche bezeichnet, als auch in der Verbindung, in die sie die so deklarierte Kirche mit dem Frieden bringt. Beides gehört unaufhebbar zusammen. Wie nur im Namen des Friedens von der Kirche als der zuständigen ‚Einheit des Geistes‘ gesprochen werden kann, so lebt die als geistige Einheit verstandene und bejahte

²⁾ Dazu K. Löwith, Philosophie der Vernunft und Religion der Offenbarung in H. Cohens Religionsphilosophie (Sitzungsberichte der Heidelberger Akademie der Wissenschaften, Philosophisch-historische Klasse, Jahrgang 1968, 7. Abhandlung) 26 f.

Kirche, soviel sie an divergierenden Momenten umspannen mag, zuinnerst aus dem Geist des Friedens. Nicht als lasse sie sich mit dem Frieden schlechthin gleichsetzen; wohl aber herrscht zwischen ihr und ihm ein Wechselverhältnis, auf Grund dessen das eine immer nur durch das andere ist: die als Geistesinheit erfahrene Kirche nur durch den Frieden und der vollkommene Friede nur durch die als freie Einigung der Geister verstandene und gelebte Kirche. Daß damit keine zu weitreichenden Folgerungen gezogen sind, zeigt die korrespondierende Philipperstelle, die das vom Friedensbezug der Kirche Gesagte auf das Bewußtsein des einzelnen zurücknimmt und damit ins Spirituelle übersetzt: „Und der Friede Gottes, der alles Begreifen übersteigt, wird eure Herzen und Gedanken in Christus Jesus bewahren“ (4, 7). Auch hier geht es um die, jetzt freilich mehr subjektiv verstandene ‚Einheit des Geistes‘, die es im Widerstreit der Empfindungen und Intentionen zu erhalten gilt. Das ist das Werk des Friedens. Nach Art eines Axioms, nur unvergleichlich umfassender und wirkmächtiger, ergreift er die ins Verderbliche abgleitenden Neigungen und die irreführenden Gedanken, um sie in dem zu verankern, der ebenso die Fülle des Heils wie der Wahrheit ist. Deutlicher noch als im Wort des Epheserbriefs dokumentiert sich hier das Wechselverhältnis, in welchem der Friede zu den Gewährungen des göttlichen Heilswillens und den Äußerungen des menschlichen Heilsverlangens steht. Er krönt sie nicht nur als ihre höchste Erfüllung, sondern begründet sie auch als ihr Prinzip. Denn nur was dem Frieden entstammt, kann auch zum Frieden führen.

Mit dem Nachdruck, den die Philipperstelle auf den Namen Jesus Christus legt, lenkt sie den Blick von der ‚Sache‘ des Friedens auf die Person seines Künders und Stifters. Und das nicht von ungefähr; denn der Friede, den das Evangelium proklamiert, ist mehr als nur der aller Kreatur zugrunde liegende Ordnungsentwurf, mehr auch als nur die kostbare Frucht des göttlich gewährten und menschlich erlangten Heils; er ist zuerst und zuletzt die reinste Selbstmitteilung Christi, der Hauch seiner Präsenz, das Leuchten seines Angesichts, die Huld seines Herzens. Eine Vorahnung dessen geht schon durch die Friedensaussagen des Alten Testaments. Das gilt vor allem von der erregenden Szene des Richterbuchs, in welcher Gideon, vom Machterweis des zu ihm redenden Gottesboten betroffen, endlich begreift, wen er vor Augen hat. Als seine Opfergabe, vom Stab des Engels berührt, in Flammen aufgeht, erkennt er, „daß es der Engel Jahwes war“ (6, 22). Zur formellen Aussage verfaßt sich ihm diese Einsicht vollends im Titel des Altars, den er zum Gedächtnis der denkwürdigen Begegnung errichtet: „Jahwe ist Friede“ (6, 24). Die Brücke zum Neuen Testament schlägt indes nicht diese Stelle selbst, sondern allem Anschein nach ihre zwar wortgetreue, der Funktion nach jedoch umstrittene Wiederholung beim Propheten Micha (5, 4 a)³⁾. Um so klarer liegen die Dinge im Neuen Testament, das den Gipfel seiner Friedensverkündigung fraglos in dem Satz des Epheserbriefs erreicht: „Er ist unser Friede“ (2, 14). Was im Blick auf die Kirche nur bedingt zutrifft, gilt hier, bei der Identifikation des Friedens mit Christus, uneingeschränkt und absolut. Denn Christus stiftete nicht nur, wie es an der dem Epheserwort entsprechenden Stelle des Kolosserbriefs

³⁾ Nach Th. H. Robinson und F. Horst, Die Zwölf Kleinen Propheten (Handbuch zum Alten Testament, hrsg. von O. Eissfeldt 1/14), Tübingen 1954, 143 handelt es sich bei Vers 4a lediglich um „eine redaktionelle Überschrift“ zum anschließenden Passus.

heißt, „durch das Blut seines Kreuzes Frieden“ (1, 20), auch gibt er, jetzt in der Sprache des Johannes-Evangeliums ausgedrückt, den Seinen nicht nur Frieden, wie ihn die Welt niemals geben kann (14, 27); er ‚ist‘ vielmehr im Vollsinn dieser Gleichsetzung ‚unser Friede‘, so daß fortan vom Frieden streng genommen nicht mehr die Rede sein kann, es sei denn im Hinblick auf ihn, weil überall dort, wo der Friede aufrichtig ersehnt und mit ungeteilter Hingabe erstrebt wird, er, Christus, im Fluchtpunkt dieses **Wollens** steht. Wer ihn findet, findet mit und in ihm den Frieden, so wie ein jeder, der sich vorbehaltlos der Sache des Friedens verschreibt, ob er sich dessen bewußt wird oder nicht, im Letzten Christus, den zur Selbstwirklichkeit gelangten Frieden meint.

Von dieser mystischen Selbigkeit rührt alles her, was die neutestamentlichen Schriften darüber hinaus vom Frieden zu sagen haben, ob es sich dabei um das Engelwort handelt, mit welchem das Lukas-Evangelium (2, 14) die Geburt des gottgesandten ‚Retters‘ (2, 11) überschreibt, oder um die paulinische Zurechnung des Friedens zu den ‚Geistesfrüchten‘ (Gal 5, 22) oder schließlich um das Wort des Kolosserbriefs (3, 15), das in Anlehnung an das prophetische Bild von der durch Friede und Gerechtigkeit regierten Gottesstadt den Frieden zum Herrscher des christlichen Herzens erklärt und diesen Gedanken mit der friedvollen Einung aller im mystischen Leib motiviert. Was zunächst das lukanische Engelwort anlangt, so steht seinem Verständnis freilich die unvorstellbare Sprachgewohnheit entgegen, die seine Aussage in einen ‚huldigenden Wunsch‘ umbiegt. Indem es den Frieden Gottes über die Erde und die Menschen des göttlichen Wohlgefallens ansagt, spricht es vom Frieden aber nicht, wie diese Gewohnheit will, in Form eines Desiderats, sondern indikativisch, also im Stil einer feststellenden Aussage⁴⁾. Nachdem der Friede in Gestalt des menschgewordenen Gottessohnes leibhaftig zur Welt herabstieg, ist die Sehnsucht der friedlosen Menschheit über alle Erwartung hinaus erfüllt, so daß, was seine Präsenz anlangt, kein Wunsch mehr offenbleibt. Seither ist er dem Dasein eingestiftet und allen, die ihn suchen, nah. Das und nichts anderes will das ‚et in terra pax‘ besagen. Ebenso ist auch die Galaterstelle, die den Frieden zu den Früchten des Pneuma rechnet, nur von seiner Identität mit Christus her ganz verständlich. Wo der Geist weht, gedeiht mit Liebe und Freude zusammen auch der Friede, weil der Geist im neutestamentlichen Verständnis nichts neben und außer Christus bezeichnet, sondern die Seinsweise jener, die in Christus ihr mystisches Lebensprinzip gewannen. Im gleichen Ansatz ist es auch begründet, daß die dritte Aussage, die sich im übrigen wie eine Zusammenschau sämtlicher Motive annimmt, dem Frieden die Rolle eines inwendigen Herrschers zuschreibt. Denn im Motiv des Herrschens klingt ebenso der alttestamentliche Gedanke von der Weltgestalt des Friedens an wie die paulinische Überzeugung von seiner ordnenden, umschirmenden und bewahrenden Kraft. Wenn es sich aber so verhält, daß der Friede diejenigen, die ihn fanden, nicht nur mit Gott, der Welt und sich selbst versöhnt, sondern zugleich bis in ihre Gedankengänge und Willensregungen hinein bestimmt, dann liegt entscheidend daran, daß die biblische Friedensbotschaft auch in die Sprache des

⁴⁾ Dazu J. Schmid, Das Evangelium nach Lukas (Das Neue Testament, hrsg. von A. Wikenhauser und O. Kuss, 3), Regensburg 1940, 58 f.

Denkens und der Praxis übersetzt wird. Dann gilt es, die Wahrheit dieser Botschaft verstehend anzueignen und praktisch zu betätigen, weil sie nur in dem Maß, wie sie den ganzen Menschen ergreift, zur Geltung kommt.

„Gedanken des Friedens“

In der Sprachgewohnheit, die das Verständnis des Engelworts belastet, spiegelt sich ein noch wesentlich schwereres Mißverhältnis. Es besteht in dem tief eingewurzelten Hang, den Frieden als etwas utopisch Fernes, zumindest aber als ein fernliegendes Ziel zu denken und dessen Erreichung von Voraussetzungen, die außer ihm liegen, zu erwarten. Demgegenüber besteht die Summe dessen, was die biblische Friedensbotschaft mit wachsendem Nachdruck herausstellt, in der Erkenntnis, daß zum Frieden nichts anderes als er selbst verhelfen kann, daß er also als Ziel zugleich sein eigener Grund und Antrieb ist. So entspricht es, genauer besehen, allen Gegebenheiten der letzten Größenordnung. Wie sie in ihrem eigenen Licht stehen und darum nur durch sich selbst, und niemals auf dem Weg einer nur äußeren Erhellung, in Blick zu bringen sind, so kommen sie auch nur durch sich selbst zustande. Sie sind, wie ihre eigene Wahrheit, so auch ihr eigenes Prinzip. Darin liegt auch die Differenz, um welche das neutestamentliche Friedensverständnis das der alttestamentlichen Schriften überragt. Während für das Alte Testament der jesaianische Grundsatz gilt *Opus iustitiae pax* (32, 17), formuliert das Neue, wenn auch an relativ entlegener und darum wenig beachteter Stelle, die genaue Gegenthese dazu. Sie beschließt die Weisheitsreflexion des Jakobusbriefs und lautet: „Die Frucht der Gerechtigkeit wird im Frieden gesät für jene, die Frieden stiften“ (3, 17). Eindeutig ist hier die Gerechtigkeit die Frucht, der Frieden aber der Boden, dem sie, zusammen mit dem Frieden, von dem im Nachsatz die Rede ist, entspringt. So ergibt es sich aber nicht nur aus der Einsicht in den primordialen Rang, der dem Frieden gleich allen andern, das Dasein erfüllenden und krönenden Gegebenheiten zukommt, sondern unmittelbarer und zwingender noch aus seiner Identität mit dem, der in und mit der Gabe seines Friedens sich selber gibt, weil er nach dem Zentralsatz des Epheserbriefs der vollkommene Friede ist. Im Licht dieser Gleichsetzung gesehen, ist der Friede die elementarste Manifestation Christi, sein Eigenstes und Persönlichstes zwar, dies Selbsteigene jedoch im Modus des Veräußert- und Mitgeteiltheits. Von daher ist der Friede nach christlichem Verständnis das schlechthin Erstgegebene, Anfängliche und Grundlegende, das in dieser Anfänglichkeit nicht aufhört, Ziel und Leitstern zu sein, als dieses Ziel jedoch nur durch sich selbst erreicht werden kann.

Diese Erkenntnis ruft zunächst nach ihrer Anwendung auf dem Feld der wissenschaftlichen Auslegung des Gottesworts, der Theologie. Und dies um so mehr, als bis zur Stunde, von wenigen Ansätzen abgesehen, eine explizite Theologie des Friedens fehlt. So viel zur Erklärung dieses Mangels aufgeführt werden kann; er ist und bleibt der große Skandal in der Geschichte der Theologie, weil diese sich schon von ihrem Ursprung her an die Friedensthematik verwiesen sieht. Denn nicht genug damit, daß der johan-neische Christus seine offenbarende Selbstmitteilung ausdrücklich als die Gewährung seines Friedens deklariert, überträgt der Epheserschluß diese Bezeichnung in seiner Rede vom Evangelium pacis auch noch in aller Form

auf die in den heiligen Schriften niedergelegte Botschaft. Indessen läßt sich diesem Mangel nicht einfach dadurch abhelfen, daß man den thematisch gebundenen Entwürfen einen weiteren hinzufügt, der, analog zu den Beiträgen zu einer Theologie der Geschichte, der Hoffnung und des Todes, der Thematik des Friedens gewidmet wäre. Dem steht schon die Tatsache entgegen, daß in den biblischen Friedensaussagen die Totalität der mitgeteilten Inhalte zur Sprache kommt, was doch zugleich dazu anreizt, die Totalität dieser Inhalte unter dem Gesichtspunkt des Friedens abzuhandeln. Wenn man zudem bedenkt, daß der Friede dem Zeugnis der Glaubensurkunden zufolge als Prinzip und nicht nur als Zielgut gedacht sein will, ist es offensichtlich mit einer spekulativen Verarbeitung der biblischen Daten nicht getan. Dann läuft die Konzeption einer wirklichen ‚Theologie des Friedens‘ vielmehr auf den Versuch hinaus, den biblischen Friedensgedanken in das Fundament der Theologie einzubringen, und das besagt, sie als ganze aus dem Wort vom Frieden zu entwickeln. Nur skizzenhaft und fragmentarisch kann angedeutet werden, wie ein derartiger Versuch zu verfahren hätte.

Was die theologische Glaubensbegründung anlangt, so träte mit dem Versuch, sie dem Aspekt des Friedens zu unterstellen, vor allem das Problem der menschlichen Heilsbereitschaft in den Vordergrund und damit jene Frage, die trotz aller Diskussionen noch immer unerledigt ist. Versteht man sie mit der Tradition als die Frage, ob und in welchem Sinn der Mensch *capax Dei* ist, so führt sie tatsächlich in unauflösliche Aporien, da jedes positive Angewiesensein auf das göttliche Heil dessen Unverfügbarkeit aufzuheben und so die Differenz von Natur und Gnade zu nivellieren scheint. Anders, wenn man sie als die Frage nach der menschlichen Friedensfähigkeit und Friedensbereitschaft stellt. Zwar bleibt auch dann ein Rest der angedeuteten Antinomie, dies jedoch im Ganzen einer Verhältnisbestimmung, die das Moment des realen Angewiesenseins mit dem der freien Zuwendung verbindet. Auch sie ergibt sich aus der zentralen Identifikation. Weil Christus im Geschenk seines Friedens nichts von ihm Verschiedenes, sondern sich selber gibt, geschieht mit ihm dem menschlichen Heilsverlangen Genüge, ohne daß das Gewährte zu einer Funktion der kreatürlichen Selbstverwirklichung herabsinkt. Gleichzeitig geht es um ein echtes, aus den Wurzeln menschlicher Existenznot aufsteigendes Verlangen, weil ein Menschsein, das sich zur vollen Menschenwürde erhebt, nur im Frieden möglich ist⁵⁾.

Ähnliche Perspektiven eröffnen sich für die den theologischen Zentralkomplex aufbauenden Traktate und Disziplinen. Für die Gotteslehre bietet der Friedensgedanke die Möglichkeit, das Gottesgeheimnis von ihm selbst und seiner Selbstmitteilung her zu denken und nicht, wie es vielfach geschieht, im Blick auf welthafte Verhältnisse und Modelle. Der Schöpfungslehre zugrundegelegt, verhilft der als Inbegriff kreatürlicher Ordnung und Zuordnung verstandene Friede zu einem wesentlicheren Verständnis jener konstitutiven Verbundenheit der Kreaturen, die sie nach gegenseitiger Übereinkunft als der Bedingung eines erfüllten Selbstseins streben heißt. Analog dazu läßt in der Christologie der mit Christus gleichgesetzte Friede das jeder Aussage eingeschriebene ‚Pro nobis‘ in einer Weise hervortreten, daß die Lehre von Christus und seinem Erlösungswerk tatsächlich als das

⁵⁾ Mit allem Nachdruck betont das schon Augustinus in *De civitate Dei* IXX, 13.

Herzstück der gesamten christlichen Heilslehre ersichtlich wird. Demgemäß führt der Friedensgedanke in der Gnadenlehre zur Überwindung der einseitig individualistisch konzipierten Begriffe, da er die Gnade anstatt als einen persönlichen Inbesitz als die den Menschen über seine naturhaften Möglichkeiten hinaushebende Lebensgemeinschaft mit Gott und den Mit-erlöst zu verstehen gibt. Erst recht gilt das von seinem Beitrag zur Ekklesiologie. In seinem Licht erscheint die Kirche, wie bereits der biblische Durchblick zeigte, als die von ihm, dem Frieden, ermöglichte, gewahrte und besiegelte *Communicatio Spiritus*, die sich immerfort aus dem Widerstreit von Individuum und Gemeinschaft, Freiheit und Autorität, Charisma und Amt aufbaut, da die divergierenden Kräfte und Tendenzen in ihr, mit Maxismus Confessor gesprochen, den ‚gemeinsamen Ort‘ einer bleibenden Koexistenz finden⁶⁾. Den Grenzfall der Reihe bildet indessen die Eschatologie. Denn hier, wo das Endziel aller Dinge zum Thema wird, stellt sich die Aufgabe, den Frieden als theologisches Prinzip zur Geltung zu bringen, radikaler als sonst. Bestand sie bisher in dem Versuch, den jeweiligen Gegenstand aus dem Frieden herzuleiten oder doch in seinem Licht zu bedenken, so geht es jetzt umgekehrt darum, ihn im Blick auf den Frieden zu Ende zu denken. Die anfänglich zurückgewiesene Denkgewöhnung hatte somit doch, wie die Äußerungen einer übergreifenden Geistigkeit gemeinhin, ein legitimes Recht; nur bezog sich dieses auf die Grenz- und Endthematik der Theologie und nicht auf das Feld der Alltagswirklichkeit, wo es die allgemeine Meinung suchte. Für die Eschatologie besagt das, daß sie noch vor der Erörterung ihrer Einzelfragen versuchen muß, Welt und Mensch auf ihr endzeitliches Werdeziel hin zu interpretieren, weil sich die Fragen nach den ‚letzten Dingen‘ nur auf diesem Hintergrund überzeugend beantworten lassen.

Mit innerer Konsequenz greift die Integration des Friedens an dieser Stelle über den Bereich der Theologie hinaus, indem sie eine Umstrukturierung der ganzen Denkweise fordert. Jetzt erst wird deutlich, was es mit dem Postulat, dem Frieden den Rang eines Prinzips zuzuerkennen, letztlich auf sich hat. So richtig der Gedanke war, daß mit dem Frieden begonnen werden muß, wenn sich nicht fremde, störende und verstörende Elemente in das Gefüge der Friedenskonzeption einnisten sollen, geschieht seinem Anspruch doch dann erst wirklich Genüge, wenn es gelang, die Denkbewegung insgesamt auf ihn als ihr Sinn-Ziel hinzulenken. Der Grund leuchtet ein. In jedem andern Fall bliebe ein vom Frieden verschiedenes Nachher denkbar. Das aber schließt der konsequent gedachte Friede aus. Seinem innersten ‚Recht‘ zufolge widersetzt er sich der Vorstellung, daß nach ihm ein fremder, womöglich sogar entgegengesetzter Zustand eintreten und das von ihm Gestaltete zerstören oder doch gefährden könne. Und das heißt, daß der Friede von der ihm eingeschriebenen ‚Logik‘ her als das letzte, unüberholbare Woraufhin aller Dinge und Entwicklungen gedacht sein will. Das bedingt rückwirkend eine ganz neue Einstellung zu den faktischen Gegebenheiten. Nicht als verlören sie, im Blick auf den Frieden besehen, an Relevanz und Gewicht. Wohl aber treten sie in den Aspekt einer nicht nur historischen, sondern ontologischen Vorläufigkeit, die sie in einem anderen als dem gewohnten Kontext erscheinen läßt. Bildeten sie zuvor in ihrer Gesamtheit die ‚Welt‘ des unabänderlich Bestehenden und Hinzunehmenden,

⁶⁾ Mystagogia, c. 1.

so jetzt das Stadium einer ‚Geschichte‘, die ihre größere Zukunft noch vor sich hat und diesem Ziel auf dem Weg tiefgreifender Wandlungen entgegenstrebt. Wer die Dinge im Licht des Friedens sehen lernt, sieht darum nicht etwa, wie der von Selbsttäuschungen geblendete Optimist, weniger, sondern mehr. Wegblickend von ihrem Gewesensein, dem sie mit ihrem ‚Wesen‘ verhaftet sind, bringt er sie von dorthin in Blick, wo sie für noch ungenutzte Werdemöglichkeiten offenstehen. Das meint schon das zweifach überlieferte Friedenswort der alttestamentlichen Prophetie, das von den in Jawas Friedensreich geeinten Völkern verheißt: „Umschmieden werden sie ihre Schwerter in Pflugscharen und ihre Speere in Winzermesser“ (Mi 4, 3; Jes 2, 4).

Unüberhörbar ist der Realismus, der diese vielleicht kühnste Aussage der biblischen Friedensverheißung kennzeichnet. So hoch sich seine Erwartungen spannen, erhofft es sich den Frieden doch keineswegs von ungefähr, sondern von einem sehr konkreten Zutun des Menschen. Gleichzeitig denkt es aber so kritisch vom menschlichen Friedenswillen, daß es sich die Umwandlung der Waffen in Geräte des Ackerbaus und damit der Kultur im anfänglichsten Sinn des Wortes — der Kultur als *agri-cultura* — nur von der Neuordnung in dem von Gott heraufgeführten Friedensreich erhofft. Dahin sind die Erwägungen über die bewußtseinsprägende Bedeutung des Friedens zu ergänzen. Nur scheinbar wird, wer sich ihm als Prinzip anheimgibt und die Dinge auf ihn als ihr Erfüllungsziel hin zu Ende denkt, zum Utopisten. Denn die Zukunft, auf die der Friede verweist, unterscheidet sich abgrundtief von der leeren Zukunft der Utopie, weil sie die Zukunft Gottes und die Ereignis seines Reiches ist. Wer sich ihr zuwendet, träumt nicht; er hofft. Wer aber hofft, hat sich vom Wahn aller verführerischen Menschheitsträume gelöst und die Konversion zum bleibend Wahren und Wirklichen vollzogen.

Die Not der Praxis

Wenn sogar die Stelle, die am kühnsten von den Segnungen des Friedens zu reden wagt und als solche ganz aus der Hoffnung auf die Heraufkunft der göttlichen Heilszeit lebt, ausdrücklich auf das menschliche Zutun Bezug nimmt, steht außer Zweifel, daß der Friede auch theologisch gesehen vor allem ein Thema der Praxis ist. Was es mit der Wahrheit des Friedens auf sich hat, kommt somit, biblisch gedacht, erst im Maß seiner Verwirklichung voll ans Licht. Der erste Schritt scheint freilich nicht dazu angetan, diese Erwartung zu bestätigen. Denn mit der Hinkehr zu den Fragen der Praxis beginnt sich das Problem des Friedens nur um so nachhaltiger zu komplizieren.

Trieb der Friede bei dem Versuch, ihn sinngerecht zu denken, den Denken in einen Bruch mit seiner Welt, so gerät er jetzt, nach dem Weg zu seiner Verwirklichung befragt, gleichsam in Konflikt mit sich selbst. Denn wie soll er in einer Sphäre zur Geltung gebracht werden, die allenthalben das Kainszeichen der Friedlosigkeit aufweist? Sich der auf Machtpositionen gegründeten, dem Recht des Stärkeren verschriebenen Weltverfassung gegenüber allein auf die Überzeugungskraft der Friedensidee verlassen, wie es der Pazifismus aller Schattierungen will, hieße doch faktisch, das Feld

der bösen Gewalt überlassen und damit das Prinzip der Friedfertigkeit bis zur Selbstvernichtung treiben. Der bösen Gewalt dagegen mit Gewalt widerstehen, käme in letzter Konsequenz einem Verrat am Geist des Friedens gleich, der als reiner Selbstzweck angesehen und darum auf keinem andern als dem von ihm selbst gewiesenen Weg durchgesetzt sein will. So scheint die Sache des Friedens in jedem Fall verloren, gleichviel, ob sie widerstandslos aufgegeben oder aber gewaltsam verteidigt wird. Weniger pessimistisch ausgedrückt heißt das, daß die Sache des Friedens, wenn irgendwo, dann auf dem schmalen Grat zwischen beiden Gegenvorstellungen bedacht und ausgetragen werden muß. Und das heißt des weiteren, daß ihr nichts so abträglich ist wie der immer wieder unternommene Versuch, den gordischen Knoten des überaus komplexen Problems durch den Schwertstreich der Verketzerung zu durchtrennen. Solange diese Weltzeit andauert, wird es immer wieder einzelne und ganze Gruppen geben, die sich aus kalkulierter Prinzipientreue oder unreflektiertem Sendungsbewußtsein dem Frieden bedingungslos, bis zur Selbstaufopferung, hingeben und in dieser Haltung uneingeschränkt zu respektieren sind. Gleiches Recht wird aber auch der Standpunkt Pascals für sich beanspruchen dürfen, wonach der Friede als die Gewähr für Wahrheit und Gerechtigkeit notfalls mit Gewalt verteidigt werden muß, weil sonst mit ihm zusammen all das untergeht, wofür sich zu leben wahrhaft lohnt ⁷⁾.

Indessen läßt sich der Knoten der Aporie wenigstens partiell entwirren, wenn man nur mit dem Neuen Testament nach dem adäquaten Subjekt der Friedenspraxis fragt. Das lukanische Engelwort antwortet darauf mit dem Hinweis auf die Menschen des ‚guten Willens‘, wobei der Urtext keinen Zweifel darüber läßt, daß mit der bona voluntas nicht die Gut-Willigkeit des Menschen, sondern der dem Menschen zugewandte Heilswille Gottes gemeint ist. Konsequenterweise zu Ende gedacht, läuft das auf die Beseitigung eines zweiten, nicht minder zäh eingewurzelten Vorurteils hinaus. Zum Frieden befähigt ist danach gerade nicht jeder Beliebige, wie die landläufige Ansicht will, sondern erst der von Gott Erwählte und in die Lebensgemeinschaft mit ihm Einbezogene. Noch deutlicher erhellt das aus dem Friedenswort der Bergpredigt, das seiner eigentümlichen Logik zufolge mit der Verheißung zugleich den Grund der Befähigung nennt: „Selig die Friedensstifter, denn sie werden Söhne Gottes heißen!“ (5,9). Und das besagt: Nicht der ‚menschliche‘, sondern erst der ‚göttliche‘, zur Würde der Gotteskindschaft erhobene Mensch ist der berufene Täter des Friedens. Und er ist dazu so wesentlich disponiert, daß er keiner vermittelnden Maxime oder auch nur eines befeuernden Anstoßes bedarf. Vielmehr ist es ihm so natürlich, Frieden zu stiften, wie es der Blume natürlich ist zu blühen und dem Licht zu leuchten. Insofern gilt von ihm in abgeschatteter Weise, was vom göttlichen Urheber des Friedens zu sagen war: der Friede ist die Urtat und Urgabe, die elementare Ausstrahlung seines Wesens.

Ist also der Friede machbar? Theologisch gesehen: ja und nein! Nein, sofern er nicht in der Macht des Menschen steht und dort, wo er durch menschliche Initiative zustandekommt, die ungeschuldete Gewährung Gottes bleibt und von seinen Initiatoren auch stets als solche erfahren wird. Ja,

sofern diese Gabe ganz an die Hingabe des Menschen gebunden ist und gerade in ihrer Unverfügbarkeit nach dem Einsatz aller menschlichen Energien ruft. Dazu gehört nicht zuletzt die Einsicht in das Gesetz seines Erdenkens und die Bedingung seiner Verwirklichung. Das aber heißt, auf die Ergebnisse der Überlegung zurückbezogen: Mit dem Frieden ist erst dann ein Anfang gemacht, wenn er als das schlechthin Anfängliche begriffen und, was im Grund dasselbe besagt, als das Ziel aller Ziele bejaht wird.

Linksradikalismus und Kommunismus

Gliederung

1. Die außerparlamentarische Opposition
2. Die politische Linke in der Bundesrepublik
 - a) Zwischen SPD und KPD
 - b) Die Kommunisten
 - c) Die radikale Linke
3. Der SDS als Avantgarde der Revolution
 - a) Die Ideologie des SDS
 - b) Die Ziele des SDS
 - c) Die Kampfmethoden des SDS

1. Die außerparlamentarische Opposition

In den letzten Jahren hat sich in der deutschen Publizistik ein Schlagwort eingebürgert, das vorher nicht bekannt war: „Außerparlamentarische Opposition“, abgekürzt: APO.

Der Grund dafür liegt darin, daß die linksradikalen Studenten sich diese Bezeichnung nach ihren ersten Demonstrationen beilegen, und zwar ganz zu Unrecht.

Außerparlamentarische Opposition gab und gibt es in allen parlamentarischen Demokratien. Auch in der Bundesrepublik gab es sie seit ihrer Gründung. Zu Anfang bestand sie vorwiegend aus ultrarechten Gruppen, die sich zum Teil sogar zu richtigen Parteien entwickelten wie zum Beispiel die SRP. Trotz des Verbotes dieser Partei haben die Ultrarechten bis heute laufend an Anhang gewonnen. Ihren Kristallisationspunkt haben sie in der NPD gefunden, die auf Bundesebene die bedeutendste und gefährlichste außerparlamentarische Opposition von rechts ist.

Nach dem Verbot der KPD begann sich auch eine linke außerparlamentarische Opposition zu formieren. Sie reicht von den Kommunisten über die Pazifisten bis zu den Anarchisten und tritt unter den verschiedensten Firmenschildern in Erscheinung.

Zeitweise können auch große Interessenverbände wie z.B. der BDI, die Gewerkschaften oder der Bauernverband zur außerparlamentarischen Opposition werden. Da diese Verbände über erhebliche Druckmittel verfügen, können sie die Entscheidungen des Parlaments und der Regierung oft stark beeinflussen. Außerparlamentarische Opposition findet aber auch in Presse, Rundfunk und Fernsehen statt. Das beste Beispiel dafür ist die „National- und Soldatenzeitung“ sowie verschiedene linke Regional- oder Untergrundblätter. Aber auch in den großen überregionalen Zeitungen und

Zeitschriften wird mehr oder weniger außerparlamentarische Opposition betrieben. Ein Musterbeispiel außerparlamentarischer Opposition sind einige politische Magazine der beiden deutschen Fernsehprogramme. Sie ist besonders wirksam, weil das kommentierte Bild den Menschen leichter ansprechen kann als das unillustrierte Wort.

Es fehlt in der Bundesrepublik außerhalb des Parlaments also nicht an Opposition, und das ist selbstverständlich und auch gut. Wo die Meinungs- und Redefreiheit nicht nur leere Phrase, sondern Wirklichkeit ist, wäre es verwunderlich, wenn es die außerparlamentarische Opposition nicht gäbe.

Es ist ein hervorstechendes Charakteristikum der APO, daß sie zumeist negativ-kritisch ist und eine ungeheure Lautstärke im wahren und übertragenen Sinne des Wortes entfaltet. Gegenstand ihrer Kritik sind nicht so sehr die Taten oder Unterlassungen von Regierung und Parlament, sondern tatsächliche oder angebliche Mißstände.

Dieses Charakteristikum beruht auf der besonderen Situation der APO. Die Opposition innerhalb des Parlaments verfügt, insbesondere durch ihre Mitarbeit in den Ausschüssen, über genügend Informationen, um sich mit der Regierungsmehrheit sachlich auseinanderzusetzen. Diese Informationen hat die APO nicht. Sie muß deshalb, um überhaupt gehört zu werden, alles aufbauen, übertreiben, oft sogar maßlos. Die linksradikale APO ist in den letzten Jahren sogar dazu übergegangen, in der Öffentlichkeit zu randalieren und der Polizei Straßenschlachten zu liefern.

Insgesamt ist die außerparlamentarische Opposition, gleich ob sie links oder rechts steht, in einer parlamentarischen Demokratie eine ganz normale Erscheinung. Sie kann auch eine positive Funktion erfüllen, wenn sie durch ihr Wirken die etablierte Macht dazu drängt, auf manchen Gebieten schneller und entschlossener zu handeln als sie es sonst tun würde. Um nur ein Beispiel zu nennen: Ohne die Studentenrebellionen wären die Hochschulreformen in Deutschland, Frankreich und Italien nicht so weit vorangekommen wie sie es heute sind.

2. Die politische Linke in der Bundesrepublik

In der Bundesrepublik gibt es eine ganze Anzahl linkssozialistischer Gruppen und auch Grüppchen. Man kann sie grundsätzlich in drei Lager einteilen:

- die Gruppen zwischen SPD und KPD
- die orthodoxen Kommunisten sowjetischer Prägung
- die radikalen und anarchistischen Gruppen links von den Kommunisten.

a) Zwischen SPD und KPD

sind folgende Gruppen angesiedelt:

- Die „Deutsche Friedensunion“ (DFU), eine Partei, die sich im wesentlichen aus Altkommunisten, Linkssozialisten und Pazifisten zusammensetzt. Sie wird von der SED unterstützt und hat deswegen wenig theoretische Eigenständigkeit, weswegen sie von den anderen linkssozialisti-

schen Gruppen auch nicht sonderlich geschätzt wird. Sie verfügt allerdings über einen gut ausgebauten Organisationsapparat.

- Der „Sozialistische Bund“ (SB), der zwar nur einige hundert Mitglieder hat, aber beachtlichen Einfluß auf Gewerkschaften, linksorientierte SPD-Mitglieder und verschiedene Studentenverbände ausübt. Ihre bedeutendsten Exponenten sind Professor Abendroth, Professor Heydorn und Professor Flechtheim.
- Die „Vereinigung Unabhängiger Sozialisten“, eine kleine, locker zusammengefügte Gruppe, welche „Die andere Zeitung“ herausgab.
- Der „Initiativausschuß zur Gründung einer sozialistischen Partei“, eine weit links stehende marxistische Gruppe, die weder die SPD noch die KPD als Arbeiterparteien anerkennt. Sie beschäftigt sich mit der Erarbeitung moderner sozialistischer Theorien auf marxistischer Grundlage und gibt einen „Informationsbrief“ heraus.
- Der „Internationale Bund Demokratischer Sozialisten“, zu dem sich 1967 deutsche, österreichische und schweizerische Linksozialisten zusammengeschlossen haben.
- Das „Sozialistische Zentrum“, ein Zusammenschluß der meisten größeren Linksgruppen. Es wurde im Februar 1968 in Offenbach gegründet, um für die Bundestagswahlen 1969 eine „sozialistische Alternative“ zu bieten.

b) Die Kommunisten

Seit dem Verbot der KPD waren die Kommunisten gezwungen, in den Untergrund zu gehen. Sie arbeiteten, zumeist in kleinen Gruppen, vor allem in den großen Industriebetrieben.

Einigermaßen überraschend stellte sich am 25. September 1968 auf einer Pressekonferenz in Frankfurt am Main ein „Bundesausschuß zur Neukonstituierung einer Deutschen Kommunistischen Partei“ vor. Ihm gehörten in der Mehrzahl ehemalige mittlere Funktionäre der KPD an. Vom längst bestehenden „Initiativausschuß zur Wiedezulassung der KPD“ war nur Kurt Erlebach in dem neuen Bundesausschuß vertreten.

Die „Deutsche Kommunistische Partei“ wurde am 27. Oktober 1968 in Frankfurt am Main gegründet.

In der „Erklärung zur Neukonstituierung einer kommunistischen Partei“ heißt es wörtlich:

„Die kommunistische Partei, die wir neu konstituiert haben, wird die Traditionen der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung, die Traditionen von Marx, Engels, von Bebel, Luxemburg, Liebknecht und Thälmann in sich aufnehmen ...“ *)

Trotz der Versicherung, daß die DKP sich an die Vorschriften des Grundgesetzes halten werde, kann die DKP demnach faktisch nur als Nachfolgeorganisation der KPD angesehen werden.

*) Siehe Inf. f. d. Tr. 8/69

Die überstürzte Gründung der DKP und das positive Echo aus Ost-Berlin und Moskau legen die Vermutung nahe, daß die Sowjets befürchteten, nach ihrem Einmarsch in die CSSR könnte die sowjetisch orientierte Linke in der Bundesrepublik zu anderen Linksgruppen abwandern.

Bei den Bundestagswahlen scheint es den Kommunisten zunächst darauf anzukommen, die 5 %-Klausel zu überspringen und möglichst viele Linkssozialisten in den Bundestag zu bringen, ganz gleich aus welchem Lager sie kommen.

Deswegen nämlich hat die DKP am 7. Dezember 1968 in Frankfurt mit anderen Linksgruppen ein Wahlbündnis geschlossen, das als neue Partei deklariert wurde, die den Namen „Aktion Demokratischer Fortschritt“ (ADF) erhielt. Ihr gehören neben der DKP an

- die DFU,
- der BdD, „Bund der Deutschen“, eigentlich eine Vorgängerorganisation der DFU, die organisatorisch längst in der letzteren aufgegangen war,
- die „Vereinigung Unabhängiger Sozialisten“,
- die „Freie Soziale Union“,
- Teile des SDS („Sozialistischer Deutscher Studentenbund“),
- linke Schülerorganisationen,
- links orientierte Gewerkschaftler,
- über hundert kleinere Gruppen der linken APO.

In ihrem Programm fordert die neue Partei in der Hauptsache

- Verwirklichung des im Grundgesetz proklamierten demokratischen und sozialen Rechtsstaates,
- Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrages durch die Bundesregierung,
- Aufhebung der Notstandsgesetze,
- Senkung der Verteidigungsausgaben,
- Verbot der NPD,
- Volle Mitbestimmung der Arbeiter in allen Betrieben,
- Kampf gegen das „Monopolkapital“,
- Anerkennung der DDR,
- Anerkennung der Oder-Neiße-Linie.

Das Programm der ADF ist ein klassisch-kommunistisches Programm. Die Bundestagswahlen werden zeigen, wie viele Anhänger die Kommunisten 1969 in der Bundesrepublik noch oder wieder haben.

Die „Neue Linke“

Die radikale Linke in der Bundesrepublik ist vor allem an den Universitäten und Hochschulen sowie in bestimmten Kreisen der Intellektuellen beheimatet.

Die Ereignisse der beiden letzten Jahre an den Universitäten West-Berlins und der Bundesrepublik haben den Eindruck erweckt, daß alle Studenten Revoluzzer oder bestenfalls Gammler seien. Das trifft aber nicht zu. Von

den mehr als 300 000 Studenten in der Bundesrepublik sind zwar 80 % politisch interessiert in dem Sinne, daß sie sich sorgfältig informieren und die Entwicklung aufmerksam verfolgen. In politischen Verbänden sind aber insgesamt nur etwa 6–7 % organisiert.

Weitere 5 % sind in schlagenden Verbindungen, 8 % in nichtschlagenden Verbindungen und 8 % in konfessionellen Gruppen.

Die Erfahrungen haben jedoch gezeigt, daß es den radikalen politischen Gruppen immer wieder gelingt, große Massen von Studenten zu Demonstrationen zusammenzubringen, denen sich dann auch Jugendliche anschließen, die auf Radau, Krawall und Gewalttätigkeit aus sind. Dadurch entsteht ein falsches Bild von den Studenten überhaupt.

In Wirklichkeit will die überwältigende Mehrheit der Studenten nichts weiter als studieren, um anschließend einen akademischen Beruf zu ergreifen. Wenn sich so viele von den Radikalen verführen und mißbrauchen lassen, so hat das objektive Gründe.

Die Verhältnisse an den meisten Universitäten und Hochschulen sind heute nicht mehr geeignet, ein ordentliches und zügiges Studium zu gewährleisten. Hörsäle, Seminare und Bibliotheken sind derart überfüllt, daß eine konzentrierte Arbeit oft nicht möglich ist. Es fehlt aber nicht nur an Raum, sondern auch an Lehrkräften, besonders der mittleren Ebene. Die Studenten fordern einhellig eine Verbesserung der Studienbedingungen, eine Beendigung des unfruchtbaren und Zeit vergeudenden Massenbetriebes.

Sie forderten es lange vergeblich, weil Struktur und Organisation der deutschen Universitäten faktisch noch tief im 19. Jahrhundert stecken. Die strenge hierarchische Ordnung, die Einteilung in Fakultäten, in denen Fächer zusammengefaßt sind, die miteinander nichts zu tun haben und die ein Dekan, der Leiter einer Fakultät, vielfach nicht überschauen kann, das Prinzip der Ordinariate, deren Inhaber in ihrem Bereich Diktatoren sind und meistens auch so handeln, die stark eingeeengte Bewegungsfreiheit der Dozenten, Assistenten und Wissenschaftlichen Räte, die unzeitgemäßen Prüfungsordnungen, all diese alten Zöpfe des 19. Jahrhunderts machen es der Universität unmöglich, sich selbst zu reformieren und Studienverhältnisse zu schaffen, die den Erfordernissen der heutigen Zeit genügen würden.

Die Leidtragenden sind alle Studenten. Sie sind deswegen zu Recht unzufrieden, ständig gereizt und gehen deswegen nur zu gern auf die Straßen, um auf die Mißstände in den Hochschulen aufmerksam zu machen.

Da sich die Universitäten als unfähig erwiesen haben, sich selbst zu reformieren, richten sich die Augen der Studenten auf den Staat und den Gesetzgeber, bis jetzt leider auch meistens vergeblich. Es wurde zwar eine Menge über Hochschulreformen geredet, es wurden auch schon viele Vorschläge von kompetenter Seite gemacht, Entscheidendes ist aber nicht geschehen, wenn man von einigen Experimenten absieht, die auch nur mit halbem Herzen unternommen wurden.

Erschwerend kommt in der Bundesrepublik noch hinzu, daß die Kulturhoheit bei den Ländern liegt und diese damit für die Reform der Universitäten zuständig sind. 11 Kultusminister sind jedoch nicht leicht unter einen Hut zu





bringen. Die Studenten sind also bis jetzt auch vom Staat und Gesetzgeber enttäuscht worden.

In dieser Seelenlage sind sie entsprechend anfällig auf die Parolen der radikalen politischen Gruppen, die die Studentenschaft unter dem Vorwand, für eine Reform der Universitäten zu kämpfen, für ihre politischen Ziele mißbrauchen.

Und die radikalen Linken haben in der Tat nur politische Ziele und visieren nicht mehr und nicht weniger an als eine politische Revolution unter extrem marxistisch-maoistischen Vorzeichen.

Zu den wichtigsten linksradikalen Gruppen gehören:

- Der „Sozialistische Deutsche Studentenbund“ (SDS), in dem etwa 1 % der Studenten, etwa 2500, organisiert sind. Er war ursprünglich der Studentenbund der SPD. Da sich der SDS in den Jahren 1959 bis 1961 immer mehr radikalisierte, beschloß der Parteivorstand im November 1961, sich von ihm zu trennen. Seitdem ist der SDS immer radikaler geworden. Die Marxisten-Leninisten in ihm wurden inzwischen von Trotzisten, Maoisten, Fidelisten und Anhängern des deutsch-amerikanischen Philosophieprofessors Herbert Marcuse überholt. Trotz seiner ideologischen Zerrissenheit und Verwirrung ist der SDS Motor, Inspirator und Organisator der meisten Studentenunruhen, insbesondere der Ausbreitungen und Gewaltakte in Universitäten und auf der Straße.
- Der „Sozialdemokratische Hochschulbund“ (SHB), ca. 2000, von der SPD als Ersatzorganisation für den SDS geschaffen, ist inzwischen auch auf marxistische Positionen abgeglitten und somit in eine gefährliche Nachbarschaft mit dem SDS geraten. Die SPD hat sich vom SHB zwar noch nicht getrennt, hält aber Distanz zu ihm. Der SHB seinerseits lehnt die Führung der SPD und ihre Politik strikt ab, hält aber Fühlung zu linken Gruppen der Partei. In seiner Hochschulpolitik und außerparlamentarischen Opposition schwimmt er völlig im Kielwasser des SDS.
- Der „Liberaler Studentenbund Deutschlands“ (LSD), ca. 800, eine Studentengruppe der FDP, der seine liberalen Grundsätze jedoch fast völlig aufgegeben und sich sogar zur Gewaltanwendung gegen Sachen bei Demonstrationen bekannt hat. Auch er befindet sich in seiner außerparlamentarischen Opposition ganz im Schlepptau des SDS.
- Die Humanistische Studentenunion, ca. 700.
- „Aktionszentrum Unabhängiger und Sozialistischer Schüler“ (AUSS). Er entstand im Jahre 1966/67 und hielt im Juni 1967 in Frankfurt am Main seinen ersten zentralen Kongreß ab. Der AUSS betrachtet Elternhaus und Schule als „Klassengegner“ und fordert vor allem eine praxisbezogene Sexualaufklärung in der Schule. Die Lehrer sollen nicht mehr „Informationsmonopolisten“ und „Regler von Verhaltensweisen“, sondern „Arrangeure des Lernprozesses“ sein. Der SDS hat von Anfang an versucht, den AUSS zu seiner Hilfstruppe zu machen, aber das ist ihm bis jetzt nur teilweise gelungen, weil sich der AUSS zum größten Teil aus Superindividualisten zusammensetzt.
- Der „Sozialistische Lehrerbund“. Er wurde im März 1968 von 62 Lehrern in Frankfurt am Main gegründet. Er betrachtet sich als Teil der APO

und fordert vor allem eine Revision des „autoritären Beamten- und Disziplinarrechtes“ und eine „qualifizierte Mitbestimmung der Schülerschaft bei allen Entscheidungen, die die Schule betreffen . . .“

- Die „Republikanischen Clubs“. Sie sind Zentren der Meinungsbildung der außerparlamentarischen Opposition. Diese Meinungsbildung wird vorwiegend vom SDS bestimmt und läuft somit auf die geistige Vorbereitung einer linkssozialistischen Revolution hinaus. Republikanische Clubs gibt es heute in ca. 60 Städten der Bundesrepublik, besonders in den Großstädten.
- Die linksradikalen „freischwebenden“ Künstler. Dazu gehören z. B. Schriftsteller wie Hans Magnus Enzensberger, der im Suhrkamp-Verlag die ultralinke Zeitschrift „Kursbuch“ redigiert bzw. schreibt, Peter Weiß, Erich Fried, Martin Walser, Erich Kuby und viele andere. Auch Heinrich Böll, der keineswegs linksradikal ist, gehört zur außerparlamentarischen Opposition.

Der SDS als Avantgarde der Revolution

Obwohl im SDS nur etwa 1 % aller Studenten organisiert sind, ist es ihm doch gelungen, bei allen studentischen Aktionen innerhalb und außerhalb der Universitäten die Führung an sich zu reißen.

Das hat verschiedene Gründe. Zunächst stellt die SDS-Führung ein erhebliches intellektuelles Potential dar. Die meisten dieser Revoluzzer, die so viel Zeit mit Diskussionen, Demonstrationen und Krawallen vergeuden, gehören trotzdem zu den fleißigsten und besten Studenten. Wichtiger ist aber, daß sich der SDS nach der Weisung Lenins eine „Elite von Berufsrevolutionären“ herangebildet hat. Die kleinen, aber theoretisch und praktisch gut ausgebildeten Gruppen führen die Anweisungen ihrer Führer bedingungslos durch und sind immer zu jeder Aktion bereit. Außerdem verfügt der SDS über ein präzise arbeitendes und engmaschiges Informationsnetz zwischen allen Universitätsstädten.

Es ist also die dauernde Aktionsbereitschaft und Aktionsfähigkeit des SDS, die ihm die Führung über alle anderen Studentengruppen eingebracht hat. Es hat sich schon an verschiedenen Universitäten gezeigt, daß andere Studentengruppen oder die AStAs aktionsunfähig waren und auf den SDS warteten.

Der SDS findet aber auch nachhaltige Unterstützung von Kreisen außerhalb der Universitäten.

All diese Umstände geben der radikalen Minderheit eine Bedeutung, die sie allein auf Grund ihrer zahlenmäßigen Stärke nie haben könnte.

a) Die Ideologie des SDS

(Vergl. auch „Information für die Truppe“ 6/68, S. 424–434)

Der SDS hat keine geschlossene Ideologie wie zum Beispiel die Kommunisten. Es gibt zeitweise sogar große Meinungsunterschiede, die in endlosen, heftigen Debatten ausgetragen werden. Einige ideologische Postulate sind jedoch unumstritten.

Die Ideologie des SDS fußt auf Marx, besonders auf seiner Lehre über die Lohnarbeit und das Kapital sowie auf seiner Entfremdungstheorie. Von Engels hat der SDS insbesondere die Thesen aus dem Werk „Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates“ übernommen. Von Lenin wirken besonders die Schriften „Staat und Revolution“ und „Was tun“ auf die Ideologie des SDS ein, von Rosa Luxemburg stammt die Idee des Räte-systems und von Herbert Marcuse schließlich die Beurteilung des sogenannten „Spätkapitalismus“, der Situation des Menschen in diesem System und die Ideen zum Umsturz der Industriegesellschaften. Marcuse ist somit der bedeutendste geistige Vater der SDS-Ideologie.

In gewissem Maße wurden auch Anleihen bei Castro und Mao gemacht. Von Castro stammt die These, daß es keiner Partei bedürfe, um den Massen ein revolutionäres Bewußtsein beizubringen, sondern daß sich während des Kampfes von selbst ein „komplizierter Lernprozeß“ vollziehe. „Allein die ununterbrochene produktive Verwertung und Austragung der vorhandenen Widersprüche ermöglicht den Lernprozeß der Menschen, den Erziehungs-prozeß der Menschen und damit die Permanenz der Revolution“ (Dutschke). Von Mao stammt die Idee der permanenten Kulturrevolution, die eine Erstarrung des revolutionären Elans und eine durch die moderne Arbeitsteilung geförderte neue Entfremdung verhindern soll.

Für den SDS besteht die heutige Welt nicht aus einem sozialistischen und einem kapitalistischen Lager, sondern aus den industriellen und den nicht-industriellen Gesellschaften. Diese beiden Gesellschaften befinden sich in einem antagonistischen (unversöhnlichen) Widerspruch. Innerhalb der industriellen Gesellschaft sei der Spätkapitalismus ein relativ stabiles, aber irrationales System. Durch die Notwendigkeit, die Produktionskapazitäten ständig auszuweiten, konzentriere sich das Kapital immer mehr bei wenigen großen Gesellschaften, was zu einer immer krasserem Monopolisierung der Wirtschaft führe.

Um das irrealer Karussell von Produktion und Konsumption in Bewegung zu halten, sei eine „Bewußtseinsindustrie“ (Reklame) entstanden, die dem Menschen dauernd neue Bedürfnisse einrede und ihn damit immer mehr sich selbst entfremde. Der Mensch sei nicht mehr das, was er sein sollte, sondern das, wozu ihn die Reklame mache: zu einem sinnlosen Konsumenten mit immer neuen Bedürfnissen und Begierden.

Daß dieses System nicht schon längst in einer tödlichen Krise versunken sei, verdanke es allein dem Staat, der es durch seine Einflußnahme auf die Wirtschaft am Leben erhalte.

Der ständig wachsende Einfluß des Staates auf die Wirtschaft sei jedoch mit dem Bestreben verbunden, die Menschen einer totalen Disziplin zu unterwerfen. Da der Ausbruch einer sozialen Gruppe, aus den Konsumgewohnheiten das ganze System gefährden würde, müsse er mit allen Mitteln verhindert werden.

Somit werde die Gesellschaft gezwungen, sich ganz in den Dienst des reibungslosen Produktions- und Konsumptionsablaufes zu stellen. Tue sie das, genieße sie relativ viel Freiheit, protestiere sie, trete die Polizei auf den Plan.

Ganz folgerichtig sieht der SDS deshalb in der parlamentarischen Demokratie nur eine wertlose Fassade und einen wertlosen Aufwand. In Wirklichkeit werde das Volk von einer Machtelite beherrscht, die in den zentralen Apparaten der Wirtschaft, der Politik und des Militärs sitze. Um dem Volk den für das System notwendigen Konsum aufzwingen zu können, und gleichzeitig zu verhindern, daß die Menschen die Wirklichkeit erkennen, bedienen sich die Herrschenden eines gewaltigen Manipulations- und Repressionsapparates, der den Menschen ihre Konsumgewohnheiten, ihre Verhaltensweise, ihre Bedürfnisse und Begierden und sogar ihr Verhalten in der Intimsphäre aufzwingt, ohne daß sie es merken. Die Folge sei ein falsches Bewußtsein, eine Entpersönlichung, Neurosen der verschiedensten Art und wachsende Kriminalität.

Unter diesen Umständen sei es kein Wunder, daß die Arbeiter ihr Klassenbewußtsein verloren hätten, daß sie sich sogar wohl fühlten in diesem System und deshalb die Notwendigkeit einer Revolution nicht einsähen.

Deswegen setzt der SDS seine ganze Hoffnung auf die Intellektuellen, zu denen er sich selbst in erster Linie zählt. Sie, so meint der SDS, können auf Grund ihrer größeren Kenntnisse und Sensibilität der totalen Manipulation entgehen und den Arbeitern wieder ein revolutionäre Bewußtsein beibringen. Gewisse Hoffnungen setzt der SDS auch auf die sogenannte „neue Arbeiterklasse“, also die Facharbeiter, die technische Intelligenz und die „Arbeiteraristokratie“. Diese Schicht spiele eine entscheidende Rolle beim Funktionieren des gesamten Systems, sie könnte es auch am empfindlichsten stören.

Den Grund dieses ganzen Übels sieht der SDS in dem Privateigentum an den Produktionsmitteln und im Profitstreben als einziger Triebfeder allen Wirtschaftens. In dieser Auffassung hat der SDS seine intimsten Berührungen mit der Ideologie des Marxismus-Leninismus.

Der SDS will das spätkapitalistische System, diese „manipulierte Gesellschaft“ zerstören. Was will er an ihre Stelle setzen? Bernd Rabehl, der Hauptideologe des SDS, sagte: „Wir arbeiten momentan nur mit den Mitteln der Negation, ein konstruktives Programm haben wir nicht.“

Auch Herbert Marcuse, der unentwegt die gewaltsame Zerstörung des „spätkapitalistischen“ Systems predigt, äußert sich nur sehr verschwommen, wenn er gefragt wird, was er an seine Stelle setzen will. Er spricht lediglich von „neuen Bedürfnissen“, die an die Stelle der alten „spätkapitalistischen“ Bedürfnisse treten sollen.

„Die neuen Bedürfnisse, die nun wirklich die bestimmte Negation der bestehenden Bedürfnisse sind, lassen sich vielleicht summieren als die Negation der das heutige Herrschaftssystem tragenden Bedürfnisse und der sie tragenden Werte ...

Negation des Leistungsprinzips, der Konkurrenz, Negation des heute ungeheuer starken Bedürfnisses nach Konformität, nicht aufzufallen, kein Außenseiter zu sein, Negation des Bedürfnisses nach einer verschwendenenden, zerstörenden Produktivität, die mit Destruktion untrennbar verbunden ist, Negation des vitalen Bedürfnisses nach verlogener Triebbefriedigung. Diese Bedürfnisse werden negiert in dem Bedürfnis nach Frieden ... dem Bedürfnis nach Ruhe, dem Bedürfnis nach Alleinsein, der Sphäre der Privatheit ... dem Bedürfnis nach Glück ...!

Der SDS hat also keine konkrete Alternative anzubieten wie die Kommunisten, die das „kapitalistische“ System genauso radikal zerstören wollen wie der SDS, die aber, im Gegensatz zum SDS, genau wissen, was danach kommen soll und wie man es macht.

Einige konkrete Ziele hat der SDS aber doch.

b) Die Ziele des SDS

Der SDS behauptet immer, er wolle die Revolution, die Zerstörung des „spätkapitalistischen“ Systems. So heißt es z. B. in den „26 Thesen zur politischen Ortsbestimmung des SDS“, die im September 1967 veröffentlicht wurden:

- „... daß er (der SDS) als Lösung der Widersprüche im Spätkapitalismus den Umsturz aller am Profit orientierten Gesellschaftsordnungen ansieht.“ (These 2)
- „Der Umsturz ist notwendig geworden, denn die Erhaltung der bestehenden Gesellschaftsverhältnisse ist nicht mehr ohne eine ungeheure Verschwendung gesellschaftlicher Ressourcen möglich.“ (These 3)

Revolution und Sturz der „spätkapitalistischen“ Gesellschaften will der SDS nach den Prinzipien des marxistischen Klassenkampfes durchführen. Wie bedenkenlos der SDS dabei vorgeht, mag ein Wort von Rudi Dutschke verdeutlichen:

„Natürlich ist es, marxistisch gesehen, schwachsinnig, für 30 Pfennig Mensazuschuß zu streiken. Und dennoch fördern wir den Streik, unterstützen ihn. Er hält Emotionen wach, bringt Massen in Bewegung, genau wie Vietnam, der Notstand, der Ostermarsch.“

Das In-Bewegung-Halten der Massen ist bis heute das vornehmste Ziel des SDS geblieben, weil er sich davon eine allmähliche Revolutionierung der Gesellschaft erhofft. Was nach der Revolution kommen soll, weiß niemand. Rudi Dutschke hatte zu Beginn seiner Revolutionärskarriere zumindest einige halbwegs konkrete Vorstellungen, die von Rosa Luxemburg entliehen waren. Er sagte, „daß wir (der SDS) ein System von direkter Demokratie anzielen — und zwar von Räte-demokratie, die es den Menschen erlaubt, ihre zeitweiligen Vertreter direkt zu wählen und abzuwählen, wie sie es auf der Grundlage eines gegen jedwede Form von Herrschaft kritischen Bewußtseins für erforderlich halten“.

Mit der Einführung des Räte-systems will der SDS zunächst an den Universitäten und Hochschulen beginnen, um sie dann auf die Berufsschulen, Oberschulen, Gewerkschaften und schließlich auf den ganzen Staat und die Wirtschaft zu übertragen.*)

In der Wirtschaft sollen alle Betriebe von Arbeiterräten kontrolliert werden. Zwei Drittel der Räte sollen aus Arbeitern bestehen, ein Drittel aus Spezialisten der Produktion, der Technik und der Verwaltung. Die Arbeiterräte sollen Vertreter in einen Branchenrat entsenden, der den Branchenplan mit dem wirtschaftlichen Gesamtplan abstimmt.

Darüber soll ein Oberster Branchenrat stehen, der das „gesellschaftliche Gesamtinteresse“ verkörpert.

*) Siehe dazu Inf. f. d. Truppe 4/69 S. 239—251 „Der Mythos der Räte“

In dieser Gesellschaft ist für die ehemaligen Besitzer der Produktionsmittel natürlich kein Platz. Sie sollen in „Reservaten“ ihr Geld verzehren oder im alten Stile weiterleben können, „ohne noch Modebeispiel zu sein“. Das sind Vorstellungen, die man zum größten Teil als frühmarxistisch bezeichnen kann und die in der Vergangenheit noch niemals und nirgends verwirklicht werden konnten, angefangen von der Pariser Kommune bis zu den Kommunen Mao Tse-tungs. *)

c) Die Kampfmethoden des SDS

Bisher ist es dem SDS immer nur darauf angekommen, in der Öffentlichkeit Unruhe zu stiften, den friedlichen Bürgern Angst einzujagen und die Staatsgewalt zu provozieren.

Die Basis seiner Aktionen ist die Unzufriedenheit der meisten Studenten mit den Verhältnissen und Studienbedingungen an den Universitäten und Hochschulen. Diese nutzt er aus, um unter falschen Parolen die Masse der Studenten für seine revolutionären Ziele zu mißbrauchen. Durch die Solidarisierungstaktik gelingt es dem SDS immer wieder, Wirkungen zu erzielen, die seiner zahlenmäßigen Stärke völlig unangemessen sind.

Für *Straßendemonstrationen* hat der SDS folgende Taktik entwickelt, wie aus dem sogenannten Hamburger Papier des SDS hervorgeht:

„Gesetze sind dazu da, daß man sie unterläuft und umgeht... Die Guerilla-Taktik in der Mönckebergstraße: Wir laufen auf – die Polizei läuft an – wir laufen weg – lassen zurück einen Passantenauflauf und einige Flugblattverteiler. Taktische Figuren: Kreuzungskarussell oder Zebra-streifenzickzack vom Rathaus bis zum Hauptbahnhof. Waffen gegen politischen Übereifer: Konfetti, Luftschlangen, Bonbongeschosse, Wasserpistolen und homerisches Gelächter.“

Weiter heißt es in dem Hamburger Papier:

„Revolution ist das Allerernsteste. Systemimmanenter Protest wo immer möglich: Appelle an die Christenheit und die abendländische Gesittung... Für Gottesdienste unter freiem Himmel, Bittgesänge und Prozessionen gelten weder Anmeldepflicht noch polizeiliches Auflösungsrecht...“

Nichts ist lustiger als Revolution.“

Demonstrationen des SDS verfolgen meistens das Ziel, eine solche Unordnung anzurichten, daß die Polizei gezwungen ist, gesetzliche Zwangsmaßnahmen zu ergreifen. Provokateure sorgen dann dafür, daß die Polizei „Märtyrer“ schafft. Damit hat nicht nur der SDS einen Anlaß, die „autoritäre Staatsstruktur“ oder gar „faschistische Tendenzen“ im Staate lauthals anzuprangern.

Wie bereits erwähnt, bringt der SDS die Studentenmassen mit völlig irreführenden Parolen zusammen, zum Beispiel mit der berechtigten Forderung nach Hochschulreformen, mit Protesten gegen Fahrpreiserhöhungen, Er-

höhung der Mensapreise, gegen die NPD oder den Krieg in Vietnam. Der SDS nützt die berechnete oder verständliche Protesthaltung der Studenten jedoch für seine revolutionären Ziele aus, indem er die Führung der Demonstrationen an sich reißt, bis zu dem Zeitpunkt, da sich eine massenpsychologische Eigengesetzlichkeit herausbildet. Dazu heißt es in einem Münchener SDS-Bericht:

„Die richtige Führung entwickelt die eigene Initiative der Massen. Werden die Massen richtig geführt, macht sich die Führung immer entbehrlicher; ihr Rückzug aus der vordersten Linie kann dann zum Beweis auf den Erfolg werden.“

Tatsächlich gelingt es den SDS-Leuten oft, Prgeleien mit der Polizei zu provozieren, sich aber noch rechtzeitig zurückzuziehen. Die Schlagstcke der Polizisten treffen dann Unschuldige, manchmal sogar harmlose Zuschauer. Das löst dann ungeheure Solidarisierungsprozesse unter den Studenten aus oder führt zu Berichten harmloser Zuschauer in der Presse über die Brutalität der Polizei.

Hier muß erwähnt werden, daß die Polizei tatsächlich oft härter vorgegangen ist als es der Situation angemessen war, aber das ist dem SDS gerade recht.

Für seine Straßendemonstrationen hat der SDS auch eine originelle Methode von den radikalen Studenten der USA übernommen, die

„Picketing-line“, eine Art Spaziergangprotest. Einzelne Studenten tauchen in belebten Straßen mit Plakaten auf, auf denen provozierende Parolen angebracht sind. Sie stehen in mehr oder weniger großen Abständen am Straßenrand und schweigen zunächst. Dagegen kann die Polizei nicht einschreiten, weil es sich um Meinungskundgebungen einzelner handelt, die nicht anmeldepflichtig sind. Selbstverständlich sammelt sich um solche Protestler schnell eine Anzahl neugieriger Passanten an. Andere Mitglieder des SDS provozieren darauf eine Diskussion mit dem Plakatträger, an der sich auch bald die Passanten beteiligen. So entsteht in kurzer Zeit eine Zusammenrttung, gegen die die Polizei aus verkehrstechnischen Gründen einschreiten muß. Da die Polizei es aber in diesem Falle vorwiegend mit harmlosen Passanten zu tun hat, muß sie sich zwangsläufig vor der Bevölkerung ins Unrecht setzen. Die SDS-Provokateure ziehen indessen in eine andere Straße, in ein Kaufhaus, in Bahnhöfe usw., um ihr Spiel von neuem zu beginnen.

Das eigentliche Ziel des Picketing-line besteht darin, die Polizei mit harmlosen Bürgern zu konfrontieren und die Staatsautorität in Verruf zu bringen oder lächerlich zu machen.

Auch die Kampfmethoden in den Universitäten und Hochschulen hat der SDS von den radikalen amerikanischen Studenten übernommen.

Das „Sit-in“ ist ein Sitzstreik in Hörsälen, Seminaren, Treppenhäusern oder vor Eingängen, mit dem jede Lehrtätigkeit unterbunden wird. Er wird vom SDS immer so vorbereitet, daß es den Anschein hat, der Sitzstreik sei spontan entstanden. Dann ist diese Demonstration nämlich nicht anmeldepflichtig und darf somit auch nicht mit Zwangsmitteln aufgelöst werden. Meistens werden bei den Sitzstreiks Resolutionen angenommen, die angeblich auch

spontan entstanden sind, in Wirklichkeit aber vom SDS schon längst vorbereitet waren. Genauso kommen Solidaritätstelegramme von anderen Universitäten oder Studentenverbänden zustande.

Das „Teach-in“ ist eine Versammlung, auf der einseitig orientierte Referenten über ein aktuelles Thema sprechen, wonach eine Diskussion stattfindet. Die Diskussionsredner werden vorher vom SDS bestimmt und gedrillt. Im Saal sind Gruppen von Dauerklatichern und Buhrufern so geschickt verteilt, daß Studenten mit anderen Meinungen überhaupt nicht zu Worte kommen. Auch das „Teach-in“ endet gewöhnlich mit der Annahme einer Resolution, die vom SDS längst vorbereitet war, aber als Ergebnis einer „plebiszitären Meinungsbildung“ bezeichnet wird.

Das „Go-in“ besteht in dem gewaltsamen Eindringen einer Gruppe von Studenten in eine Vorlesung, Versammlung oder sonstige Veranstaltung, um die Anwesenden zur Diskussion zu zwingen. Weigern diese sich, dann wird die Veranstaltung mit Megaphonen oder anderen Lärminstrumenten so lange belästigt, bis die Teilnehmer auseinanderlaufen.

Seit den Studentenunruhen im Mai 1968 in Paris gehört zur Taktik des SDS aber auch die brutale Gewalt. Rektorate, Seminare, Bibliotheken, was immer auch sich als Ziel eignet, werden mit Gewalt erstürmt.

In einigen Fällen wurde sogar das Mobiliar zerstört und Akten verbrannt. Ideologie, Ziele und Kampfmethoden des SDS lassen also keinen Zweifel, daß diese Studentenorganisation eine linksradikale Gruppe ist, die Revolution um der Revolution willen machen will und der dafür alle Mittel recht sind.

In den letzten Monaten ist es um den SDS etwas ruhiger geworden. Das liegt vor allem daran, daß er ideologisch zerstritten ist. Die radikale Linke ist in Deutschland wie seit eh und je mehrfach gespalten. Man muß aber damit rechnen, daß aktuelle Anlässe ihn wieder zu gemeinsamen Aktionen vereinigen könnten.

Aus dem KOK

München – OTL Thaler

Am 27. 3. 1969 beschloß in Königstein/Taunus ein repräsentativer Kreis katholischer Offiziere und Unteroffiziere aus allen Wehrbereichen gemeinsam mit den Vertretern des Königsteiner Offizierkreises (KOK), nunmehr den KOK zu einem Kreis katholischer Soldaten (Offiziere, Unteroffiziere und später evtl. Mannschaften) zu erweitern.

Als erste größere Veranstaltung für den Standort München findet am 7. 10. 1969, 19.30 Uhr, in der Funk-Kaserne in München 23, Frankfurter Ring 218, ein Podiumsgespräch mit anschließender Saaldiskussion statt über das Thema: „Brauchen wir Katholiken Beratungsstellen für Kriegsdienstverweigerer?“

Referenten:

Generalmajor a. D. W. Heß

Pater Mayer-Lauingen SJ (Leiter der Beratungsstelle in München)

Regierungsrat Ditterich, Wehrbereichsverwaltung VI, stellvertretender Vorsitzender der Prüfungskammer für KDV

Hierzu darf ich Sie und Ihre Gattin heute schon herzlich einladen. Da keine 2. Einladung mehr erfolgt, bitte ich, den Termin vorzumerken.

Wegen der Vorbereitungen für den Abend wird gebeten, die obere Hälfte des beiliegenden Blattes abzutrennen und im Fall der Teilnahme bis 15. 9. 1969 ausgefüllt an den zuständigen Standortpfarrer zu senden.

Damit auch späterhin allen Interessenten durch die Obmänner in den Kasernen bzw. durch die kath. Standortpfarrer regelmäßig die Einladungen zu den Veranstaltungen des Kreises katholischer Soldaten (etwa sechs Veranstaltungen im Jahr) zugesandt werden können, darf ich bitten, daß alle interessierten Offiziere, soweit sie bisher nicht vom KOK eingeladen wurden, sowie alle interessierten Unteroffiziere, die untere Hälfte des beiliegenden Blattes abtrennen, ausfüllen und innerhalb der nächsten 2 Wochen beim zuständigen Standortpfarrer abgeben.

Ulm – M. K. Nusser

Bericht über die monatliche Zusammenkunft des Königsteiner Offizierkreises im Bereich der Militärpfarrgemeinde Ulm.

Stenogramm einer Zusammenkunft aus der Sicht des Sprechers:

Erstmal überlegen. Was machen wir im Juni? Die Maidiskussion war mit fünfzehn Offizieren des Standortes relativ gut besucht; die Diskussion über das Thema „Warum denn gleich alles reformieren“ war jedoch zu hektisch und zu unausgeglichen. Die Progressiven hatten gegen die „Stockkonservativen“ keinen leichten Stand. Doch man sprach sich gründlich aus, und das war schließlich gut so.

Aber nun im Juni? Fronleichnamsfest oder 17. Juni. Beide Tage bieten sich an. Der 17. Juni wäre geeignet, über die Kirche „drüben“ zu sprechen.

Aussprache mit Militärpfarrer Mattenschlager. Er zeigt sich über die Thematik skeptisch. Dann ein Einfall. 20 Kilometer von Ulm entfernt liegt die Stadt Ehingen. Kleinstadt mit 14 000 Einwohnern. Der ehemalige Standortpfarrer Ziegler ist dort seit Jahren Stadtpfarrer. Traditionsgebundenes Städtchen. Hat eine hundert Mann starke „schimmernde“ Bürgerwehr. Am Vorabend veranstaltet diese Bürgerwehr einen großen Zapfenstreich zu Ehren des Allerheiligsten. Wäre eine Möglichkeit! Wir laden ein:

Sehr geehrte Herren! Liebe Freunde!

Unsere nächste Zusammenkunft findet am kommenden Mittwoch, dem 4. 6. 1969, statt. Da dies der Vorabend zu Fronleichnam ist, werden wir am Großen Zapfenstreich der Ehinger Bürgerwehr teilnehmen, der alljährlich zu Ehren des Allerheiligsten stattfindet.

Anschließend setzen wir uns in einem Ehinger Lokal gemütlich zusammen und können dann im gemeinsamen Gespräch über den Sinn und die Form des Fronleichnamsfestes sprechen. Anzug: Zivil.

Die Einladungen gehen hinaus. Neben den altgewohnten Freunden laden wir diesmal auch mehrere evangelische Offiziere und eine Reihe von höheren Unteroffizieren ein. Das Echo auf die Einladung ist gut. 25 Teilnehmer melden sich an. Die im nahegelegenen Dornstadt befindlichen Offiziere des Panzerbataillons sind auf dem Übungsplatz und sagen ab. Trotzdem – der Bus wird voll. Ein bißchen gespreizt, die Stimmung auf der Hinfahrt. Unteroffiziere und evangelische Offiziere noch etwas abseits; doch das gibt sich. Dann „Großer Zapfenstreich“ von der Zuschauerkulisse her erlebt. Eindrucksvoll und irgendwie faszinierend. Das Ganze schließt mit der Nationalhymne ab. Anschließend in die „Krone“. Alles an einer Tischrunde vereint, eröffne ich die Gesprächsrunde. Stelle die eben mit innerer Begeisterung erlebte Szene in Frage, und schon ist die regste Diskussion im Gange. Werde angeschossen; hauptsächlich von den evangelischen Offizieren. „Ihr habt eine solch kontinuierliche Tradition; warum wollt Ihr das nun alles in Frage stellen, ohne etwas wirklich Neues dagegenzustellen.“ Ein junger Oberleutnant: „Wir müssen doch endlich heraus aus den konventionellen Traditionalismus. Fronleichnam in einer heutigen Welt soll demonstratives Christentum mit innerem Gehalt sein.“

Viele gute Gedanken treten zutage. Ich berichte von meinen Erfahrungen als Vorsitzender des Pfarrgemeinderates in einer größeren Arbeitergemeinde. „Allein durch das Abschaffen der Laubstauden an den Wegen habe ich mir den Unmut des gemeindlichen Christenvolkes zugezogen.“ Der Vorschlag, einen Feldaltar auf einer Anhöhe zu erstellen und die Gemeinde in einer Art „Bergpredigtsituation“ um das Allerheiligste zu versammeln, stieß auf heftigsten Widerstand im Pfarrgemeinderat, einschließlich Ortspfarrer. Ein Stabsfeldwebel meint: „Laßt unsere Kirche durch Experimente nicht instabil werden.“ Der miteingeladene neue Leiter der Standortverwaltung, ein Oberamtmann meint: „Ich bin evangelisch; Euer Gespräch beeindruckt mich; Euer Zweifel ist gut – wer zweifelt, denkt nach.“ Militärpfarrer Mattenschlager appelliert; „Das gute Alte mit hineinnehmen in unsere Zeit; nicht

mit aller Gewalt modern sein wollen, sondern Formen im Wandel der Zeit finden.“

Alles in allem: eine gute Diskussion. Alles ist in Schwung. Ich denke: „Jeder hat nun sprechen können, und das wirkt nach — was will man mehr.“ Man trinkt ein württembergisches „Viertel“ und unterhält sich nun von Mann zu Mann. Glänzende Atmosphäre! Eine Stunde vor Mitternacht fasse ich zusammen. Sage „Sind wir nicht eine herrliche Kirche, wenn wir uns so auf den Weg machen“. Wir fahren zurück. Gute Stimmung im Bus. Nun ist es ganz anders als auf dem Herweg. Verschiedene Meinungen waren da; verschiedene Konfessionen waren da; verschiedene Dienstgrade waren es auch, aber unser Militärfarrer sagte es richtig: „Es ist das eine Volk Gottes.“ Wir verabschieden uns. Die Herzlichkeit ist echt, ist brüderlich. Wieder ein Abend — aber nicht nur ein Abend — ein reiches Erleben für alle. Fahre durch die Nacht nach Hause und denke; was mach' ich im Juli? Irgend was — aber in diesem Geiste muß es sein. Das war's aus Ulm. Nur eine kleine Gemeinschaft unseres Königsteiner Offizierkreises — aber Christus mitten unter uns.

Diez/Lahn — OTL Oldiges

Beinahe wäre ich geneigt, in die allgemeine Unsitte zu verfallen, einen Brief mit einer Entschuldigung zu beginnen; sie kommt aber noch. Ich schreibe Ihnen (dem Redakteur) als einer, der sich dem Königsteiner Offizierkreis verbunden fühlt, dem Sie freundlicherweise die Königsteiner Offizierbriefe seit Jahr und Tag zusenden und der sie auch liest, der seit 1961 an der Tagung in Königstein teilgenommen hat, dem das Konzept des Kreises nicht ganz paßte, der trotzdem gern an verschiedenen Veranstaltungen teilgenommen hätte, wenn Ort und Dienst es erlaubt hätten. Warum schreibe ich Ihnen?

Erstens möchte ich mich bedanken für die Zusendung der Briefe; ich habe sie schon gut verwerten können. Ich hätte das schon längst tun sollen, und hier bringe ich nun die erwähnte Bitte um Entschuldigung vor.

Hauptsächlich wurde ich zu diesem Brief aber durch den Artikel von Helmut Korn in Heft 34 der Offizierbriefe angeregt. Endlich fand ich das verwirklicht, was ich seit Jahren angestrebt habe — nämlich die Verbindung bzw. Wechselbeziehung zwischen KOK und Militärgemeinde. Was hier dargestellt wird, wurde bereits 1961/62 in Augustdorf praktiziert. Ich habe die Jahresberichte über die Arbeit des KOK in den letzten Jahren verfolgt und sie jetzt noch einmal gelesen. Die Berichte haben alle einen Grundton; sie zeigen das Wollen des KOK, geben Hinweise, lassen aber von Jahr zu Jahr mehr erkennen, daß Theorie und Praxis nicht übereinstimmen (ausgenommen der Raum Bonn–Köln). Hinsichtlich der Aktivität sind keine Fortschritte, eher sind Stagnierung und Passivität festzustellen.

Von diesen Jahresberichten unterschied sich der Bericht mit den Dokumenten 1–4 wesentlich. Es würde den Rahmen des Briefes sprengen, wollte ich auf Einzelheiten eingehen. Nur soviel:

Jetzt kann nicht mehr der Vorwurf der Abkapselung erhoben werden. Auch „das Schmoren im eigenen Saft“ hat aufgehört.

Gemeinde und Standortpfarrer sind die zentralen Mittelpunkte. Während sonst KOK-Arbeit oft in sich zusammenfiel, wenn das aktive Mitglied versetzt wurde, bleibt jetzt die Arbeit bestehen; ein Neuaufbau ist nicht erforderlich, wenn mal wieder „ein Aktiver“ auftaucht.

Militärgeistliche, mit denen ich über die neue Konzeption sprach, äußerten sich positiv, so daß ich der Ansicht bin, daß von dieser Seite die angebotene Hilfe gern angenommen wird.

Wer gibt nun den Anstoß? Es muß vermieden werden, daß der eine auf den anderen wartet.

Ich bin sicher, daß das hier Geäußerte längst von Ihnen überlegt und eventuell schon gelöst ist. Zum Schluß eine Anregung:

In den Briefen wird still und verschämt auf finanzielle Unterstützung der Briefe hingewiesen. Ich habe in dieser Hinsicht auch lässig gehandelt, werde mich aber bessern.

Hätte ich an irgendeiner Stelle der Briefe einen Hinweis auf ein Bankkonto gefunden, hätte der Hinweis längst zum Erfolg geführt. Möchte annehmen, daß es anderen ähnlich geht.

Idar-Oberstein – M.H.-J. Unger

Das Idar-Obersteiner Modell – ein Weg für die praktische Arbeit

Es gibt sicherlich viele Wege, die Vorstellungen und Ziele des KOK zu verwirklichen. Gemeinsam ist ihnen das Bemühen, in neuen, zeitgemäßen Formen die Arbeit unserer Seelsorger in der Militärpfarrgemeinde zu unterstützen.

Dieser Bericht soll darstellen, wie man es auch machen kann. In Idar-Oberstein haben wir vor über einem Jahr einen „Katholischen Männerkreis St. Barbara“ gegründet, der sich bis heute in zunehmendem Maße an Beliebtheit und Zuspruch erfreut.

Seit Jahren ist man überall auf der Suche nach Wegen, katholische Soldaten wieder ansprechbar für religiöse Fragen zu machen. Dabei zeigen sich Schwierigkeiten aller Art. Einmal ist es die besondere Struktur der Militärpfarrgemeinde mit dem ständigen Wechsel ihrer Wehrpflichtigen und Zeitsoldaten, zum anderen die Ausdehnung über mehrere Standorte, welche die Arbeit des Seelsorgers erschweren. Hinzu kommen die negativen Auswirkungen der Bundeswehrsiedlungen – von ihren Einwohnern selbst bisweilen Getto genannt – und die psychologischen Barrieren zwischen den Dienstgraden. Weitere Probleme sind die Skepsis und ständig wachsende Kritik der jüngeren Generation, denen leider nicht in gleichem Maße die Bereitschaft zum eigenen Engagement gegenübersteht sowie eine Resignation und Ermüdung bei vielen älteren Kameraden.

Es gibt auch einige Militärpfarrer, die gegenüber den Bestrebungen des KOK deutliche Vorbehalte haben.

Gott sei Dank, sind all die aufgezeigten Schwierigkeiten nicht überall im gleichen Maße und in voller Konzentration anzutreffen. So fand vor mehr als einem Jahr im Standort Idar-Oberstein die Anregung aus dem Kreise der Laien zu neuer Aktivität in der Militärseelsorge eine große Aufgeschlossenheit und Bereitschaft auf seiten des Standortpfarrers. Einerseits war diese Bereitschaft nicht selbstverständlich, da der Pfarrer kurz zuvor mit einem Bibelkreis wenig gute Erfahrungen gemacht hatte. Es war nicht gelungen, über eine Handvoll Getreuer einen weiteren Kreis zu interessieren.

Auf der anderen Seite war jedoch das Interesse eines größeren Kreises in der Pfarrgemeinde an aktuellen Fragen des Konzils wie der modernen Enzykliken nicht zu übersehen. Hier war auch der Ansatzpunkt.

Schon nach den ersten Besprechungen war man sich über folgendes klar: Eine Männerrunde sollte Soldaten aller Dienstgrade sowie zivile Interessenten aus dem Standort umfassen. Damit wollten wir den schon lange beabsichtigten Sprung des KOK über das Offizierkorps hinaus realisieren. Gleichzeitig wollten wir aus dem nur militärischen Bereich die Brücke einmal zu örtlichen Pfarrgemeinden, wie zu gleichgesinnten Einzelpersonlichkeiten im Standort schlagen und somit der Gefahr der Einseitigkeit entgegen. Eine Umfrage bestätigte unseren Optimismus. Das Interesse an einem Kreis, wie wir ihn vorhatten, war größer als erwartet. Dabei kamen uns, das sei zugegeben, die persönlichen Bekanntschaften zwischen einer Reihe von Angehörigen unserer Militärpfarrgemeinde und einem am Ort bestehenden Katholischen Akademikerkreis zu Hilfe.

Eine Organisationsgruppe beschäftigte sich mit dem „wo“, „wann“, „wie oft“, „wie“ der geplanten Veranstaltungen, außerdem mit der Frage: Wie groß soll der Kreis werden? und wie soll das Unternehmen heißen?. Dabei zeigte sich, daß im Organisieren Soldaten bisweilen besser sind als der Pfarrer und daß hier eine gute Gelegenheit zu wertvoller Unterstützung und Mitarbeit für den Laien gegeben ist.

Die praktische Durchführung hat eine Reihe von organisatorischen Erfahrungen als bewährt bestätigt. Eine derartige Veranstaltung darf *nicht zu häufig* und soll *nach Möglichkeit immer am gleichen Ort und zu einer gleichen feststehenden Zeit* stattfinden. Wir haben uns für einmal monatlich entschlossen und haben nach einer Aussprache jeweils einen bestimmten Tag im Monat festgelegt. Damit konnte sich jeder Interessierte auf lange Zeit hin einstellen. Da wir eine konzentrierte Beschäftigung mit relativ schwierigen Themen ins Auge gefaßt hatten, haben wir, gegen manche Widerstände, uns entschlossen, es vorerst bei einer ausschließlichen Männerrunde zu belassen, wobei kein Werturteil über Aufgeschlossenheit und Qualifikation unserer weiblichen Gemeindemitglieder gefällt werden sollte. Gleichzeitig waren wir uns von Anfang an im klaren, daß aus unserem Kreis kein philosophisch-theologisches Seminar werden sollte. In aller Bescheidenheit wollten wir uns als mündige Laien mit Fragen beschäftigen, bei denen ein Christ in der heutigen Zeit mitreden können muß.

Als Form wählten wir einen Kurzvortrag von höchstens 30 Minuten, der reihum von Mitgliedern des Kreises zu halten ist, an den sich dann jeweils eine eingehende Aussprache zum Thema anschließt. Der äußere Rahmen der Konferenztafel, an der jeder von seinem Platz aus jeden anderen Teil-

nehmer sieht sowie eine geschickte Diskussionsleitung sind hierfür wertvolle Voraussetzungen.

Einen entscheidenden Punkt stellte die Themenauswahl selbst dar. In der ersten Zusammenkunft wurde nach den einleitenden Worten des Standortpfarrers über Sinn und Ziel dieses Kreises folgende Themenzusammenstellung zur Auswahl eines Jahresprogramms vorgelegt:

1. Die Kirche und die Bevölkerungsexplosion
2. Das Problem des Pazifismus
3. Die moraltheologische Diskussion über den modernen Krieg
4. Friede und moderner Krieg
5. Der Glaube und die gesellschaftliche Wirklichkeit
6. Die Kirche und der politische Konservatismus
7. Die Kirche und die soziale Revolution in Lateinamerika
8. Religiöse Werte im technischen Zeitalter
9. Die sittlichen und politischen Konsequenzen der technischen Revolution
10. Naturrecht und geschriebenes Recht
11. Die Erklärung über die Religionsfreiheit
12. Autorität und Gehorsam in der Kirche
13. Was erwartet der Nichtchrist von der Kirche
14. Die Kirche als Volk Gottes
15. Die Kirche im Dialog mit den heutigen Kulturen
16. Das Prinzip vom Ganzen und die freie Verfügung des Menschen
17. Christliche Armut inmitten einer Wohlstandsgesellschaft
18. Verantwortungsvolle Elternschaft
19. Ökumenische Fragen

Zu diesem Themenkatalog war eine auch für den Laien erfaßbare Fachliteratur beschafft und bereitgestellt worden.

Der Kreis der Beteiligten selbst – es waren etwa 20 Männer unserer ersten Einladung gefolgt – wählte nun für das erste halbe Jahr nach Aktualität und besonderen Interessen 6 Themen aus. Sechs Herren, nach beruflicher Vorbildung oder eigenen Interessen qualifiziert, übernahmen je eines der Themen.

Aus der Erkenntnis, daß wir alle durch den beruflichen Alltag erheblich belastet sind und für den einzelnen kaum Zeit zur Vorbereitung auf jedes Thema besteht, andererseits aber aus dem Bestreben die Diskussionen so lebhaft und erfolgreich wie möglich zu gestalten, haben wir folgendes festgelegt:

Der jeweilige Vortragende erstellt über seine Vorbereitung einen kurzen „Roten Faden“, eine „Zusammenstellung von aktuellen Fragen“ zum Thema oder eine „Zusammenstellung von wichtigen Punkten“, die dann mit der Einladung für die nächste Veranstaltung allen Teilnehmern übersandt werden. Diese Methode erwies sich als eine große Hilfe und Zeitersparnis bei der Vorbereitung aller Teilnehmer. In konzentrierter Form erhält auf diese

Weise jeder Anregungen und eine Hinführung zum Thema, die in der Praxis zu einer Bereicherung der Aussprachen und zu einer Verbesserung der Ergebnisse geführt haben.

Wie diese erweiterten Einladungen gestaltet wurden, sollen Ihnen nachfolgende Beispiele zeigen.

Zu unserer nächsten Männerrunde am nächsten Dienstag, dem 24. September 1968 um 20.00 Uhr im Pfarrsaal St. Barbara, Auf Klotz, lade ich Sie herzlich ein.

Hauptmann Kleineidam, Artillerieschule Idar-Oberstein, wird uns in einem Kurzreferat „Das Problem des Pazifismus“ in diese Problematik einführen und zur Diskussion hinlenken.

Aus dem Repertoire der Pazifisten:

„Besser ein lebendiger Hund als ein toter Löwe“

„Der Krieg verhilft nicht dem Recht zum Sieg, sondern dem Stärkeren“

„Dem Menschen angemessen sind nur die Mittel des Geistes und der Liebe“

„Christus hat bei seiner Festnahme ein Beispiel für die Gewaltlosigkeit gegeben“

Fragen, die uns angehen:

Wann ist für uns Christen Gewaltanwendung erlaubt, wann sogar geboten?

Wie ist das christliche Friedensgebot heute im Zeitalter der Superwaffen zu verwirklichen?

Wie halte ich es mit den Wehrdienstverweigerern?

Die nächste Männerrunde findet statt am Dienstag, dem 22. 10. 1968 um 20.00 Uhr im Pfarrsaal St. Barbara, Auf Klotz. Zu dieser bevorstehenden Runde lade ich Sie wiederum herzlich ein.

Major Unger, Artillerieschule Idar-Oberstein, wird uns in die Thematik „Friede und moderner Krieg“ einführen und zur Diskussion hinlenken.

Ende der Runde um 22.00 Uhr.

Zehn Fragen zum Thema: „Friede und moderner Krieg“

1. Was verstehen wir heute unter „Modernem Krieg und Frieden“?
2. Sind „Krieg“ und „Frieden“ Begriffe der Theologie, des Rechtes, des Völkerrechtes oder der Ideologien?
3. Ist die Kirche (siehe Konzilsdebatte zu Schema 13) überhaupt kompetent in solchen Fragen?
4. Was versteht man unter „Gerechtem und ungerechtem Krieg“ aus kirchlicher und aus kommunistischer Sicht?
5. Was legitimiert nach kirchlicher Sicht eine Verteidigung?
6. Wäre eine „atomare Verteidigung“ in einem „gerechten Krieg“ noch verwerflicher als ein „ungerechter Angriff“ in begrenztem Rahmen mit konventionellen Waffen?
7. Sind die heutigen Rüstungsausgaben sittlich noch zu verantworten angesichts der Not in den unterentwickelten Ländern?
8. Wie ist das Widersprüchliche zwischen dem „Gebot der Liebe“ und dem „Dienst an der Waffe“ zu überwinden?

9. Gibt es ein Recht oder sogar eine Pflicht auf individuelle und staatliche Selbstverteidigung?
10. Kann die Kirche zu diesen Fragen Patentrezepte geben, nur beschwörende Lehren erteilen oder sichtbare Mitverantwortung tragen?

Am kommenden Dienstag, dem 26. November 1968 um 20.00 Uhr im Pfarrsaal St. Barbara, Auf Klotz, findet unsere nächste Diskussionsrunde statt. Hauptmann Billert, Artillerieschule Idar-Oberstein, spricht zum Thema: „Verantwortungsvolle Elternschaft“

Verantwortung, Gewissen, Empfängnisverhütung, Päpstliche Enzyklika „Humanae vitae“, Übervölkerung, Ernährungsprobleme, — alles Stichworte, die eine lebhaftige Diskussion garantieren.

Fragen zum Thema:

- Geht die Enzyklika von einer zu idealisierten Auffassung der Ehe aus?
- Ist der scholastische Naturbegriff, auf den die Enzyklika aufbaut, heute noch haltbar?
- Was sagt die Medizin und Biologie zur Methode Knaus-Ogino und zur Pille?
- Was verteidigt die Enzyklika „Humanae vitae“?
- Papst und Gewissen? Papst oder Gewissen? Gewissen ohne Papst? Verantwortung und Zwiespalt?

Nach langer Zeit trifft sich unsere Männerrunde am Dienstag, dem 18. März 1969, 20.00 Uhr im Pfarrsälchen St. Barbara, Auf Klotz.

Referent des Abends ist Herr Wolfgang Ganster, Idar, mit dem Thema: „Die Bedeutung der christlichen (kath.) Soziallehre für die Wirtschaftspolitik“.

Zum Thema:

1. Was ist begrifflich unter christlicher Soziallehre zu verstehen?
2. Auf welchen Grundprinzipien basiert die christliche (kath.) Soziallehre?
3. Welche Wirtschaftsformen begünstigt die kath. Soziallehre (Liberalismus, Neoliberalismus, Sozialismus-Kommunismus, demokratischer Sozialismus)?
4. Gibt die christl. Soziallehre echte Orientierungshilfen zur Behebung und Beseitigung sozialer Konfliktsstoffe?
5. Ist die katholische Soziallehre antikapitalistisch?

Nach dem Reigen der Festtage lade ich Sie wiederum herzlich ein zu unserer Männerrunde am Dienstag, dem 14. Januar 1969, 20.00 Uhr, im Pfarrsälchen St. Barbara, Auf Klotz.

In das Abendthema: „Autorität und Gehorsam“ wird Hauptfeldwebel Paul vom VKK 413 die Einleitung geben.

Sind Autorität und Gehorsam fragwürdig geworden in Kirche, Staat, Familie und Bundeswehr? Darüber wollen wir uns Gedanken machen.

Aus dem Inhalt des Vortrages:

Vorfälle der letzten Zeit, welche Anlaß zur Kritik gaben.

Ist die Entscheidung des Gewissens ein Freibrief für uns kath. Christen?

Was sagt der Papst zu der Entwicklung in der Kirche?

Ist Autorität und Gehorsam in der Kirche nötig?





Fragen, die uns bewegen:

1. Sind die Warnungen der Bischöfe vor „Irrlehren und Ungeduld“ berechtigt?
2. Sollen Verfahren gegen Theologen öffentlich geführt werden?
3. Hat der Katholikentag in Essen seinen Zweck erfüllt und sind Katholikentage in unserer Zeit noch angebracht?
4. Warum fordern die Wissenschaftler eine Reform?
5. Was können wir dazu beitragen, damit eine gewisse Ruhe in die Christen kommt?

Unterlagen:

1. Presseauswertung
2. Akademisches Monatsblatt Nr. 2
3. Anzeiger für die kath. Geistlichkeit Nr. 12
4. Herder Korrespondenz Nr. 11
5. Proklamationen und Manifeste der Weltgeschichte von K. H. Peter

Beim Rückblick auf das praktische Ergebnis eines Jahres können wir mit Freude feststellen: unsere Mühe hat sich gelohnt!

Wir sind offensichtlich mit unserem Männerkreis auf eine richtige Spur gekommen. Bei vielen unserer heutigen Christen, gerade, wenn sie in ihrem Berufsleben vorwiegend „Gebende“ sind, besteht ein großes Bedürfnis, von Zeit zu Zeit auch selbst wieder einmal geistig „aufzutanken“. Ohne einen derartigen Anstoß und eine Gelegenheit zum Austausch ist es für den einzelnen schwer, aus dem Alltagsgetriebe herauszukommen und sich selbst mit Fragen zu beschäftigen, wie sie hier aufgezeigt wurden.

Außerdem bietet dieser Kreis eine erwünschte Gelegenheit zur Begegnung von Pfarrgemeindemitgliedern und Gleichgesinnten, von jung und alt, von Zivil und Militär aller Dienstgrade. Besonders erfreulich ist die Erfahrung, daß sich unsere Unteroffiziere auch hier tatkräftig beteiligen und von allen anerkannt, ein gewichtiges Wort mitreden.

In den Kurzreferaten und Diskussionsbeiträgen kommen Ansichten, Erfahrungen und wissenschaftliche Erkenntnisse von Untergebenen und Vorgesetzten aller militärischen Dienstgrade, von Medizinern, Lehrern und Juristen, von Verwaltungsfachleuten und Geschäftsleuten, vom Priester und vom Laien zu Worte und tragen zur Bereicherung aller Beteiligten bei.

Nach einem Jahr praktischer Arbeit können wir feststellen, das Interesse der Anfangszeit ließ sich bis heute erhalten und konnte je nach Thema sogar noch gesteigert werden. Das gezeigte persönliche Engagement der Teilnehmer des Männerkreises bietet Ansatzmöglichkeiten für weitere Aktivierung des Pfarrgemeindelebens.

Wie bereits anfangs gesagt: Ein Modell, das Beachtung verdient! Sicherlich paßt es nicht in jede Gemeinde. In individueller Abwandlung und Anpassung an die jeweiligen örtlichen Gegebenheiten können wir damit aber einige Ziele des KOK, z. B. den Abbau der Dienstgradgrenzen in unserer religiösen Arbeit sowie eine Belebung des Gemeinschaftsgeistes in unseren Militärpfarrgemeinden erreichen.

Munster — M Kladiwa

Wenn bisher in den Königsteiner Offizierbriefen noch nicht viel über den KOK in Munster zu lesen war, heißt das nicht, daß es keinen KOK gäbe. Vielmehr treffen sich seit Dezember 1965 Offiziere und Beamte der in Munster stationierten Verbände, Einheiten und Schulen zu regelmäßigen Vortragsabenden und Veranstaltungen.

Allerdings ergibt sich auf Grund der vielen dienstlichen Vorhaben, Übungen, Vorführungen u. a. m. ein sehr unterschiedlicher Besuch dieser Abende. Vielleicht fühlten sich aber auch einige katholische Offiziere durch die bisherige Form der Einladungen nicht genügend angesprochen. Um einen engeren Kontakt untereinander herzustellen, wird deshalb in Zukunft in jedem Verband ein Kontaktmann oder Sprecher dazu beitragen.

Folgende Vortragsabende mit Aussprache fanden in den Monaten des letzten Halbjahres 1968 und 1969 statt:

- Tonbildervortrag: „Eindrücke von 3 jungen Priestern auf dem Weg nach und in Rom“
- Lichtbildervortrag: „Bericht einer Studienreise durch die Sowjetunion“
- Vortragsabend: „Essen 1968 — Eindrücke und Ausblicke vom Katholikentag“
- Kameradschaftliches Beisammensein:
Es wurden folgende Punkte besprochen:
 - Was ist und will der KOK
 - Bericht über die Wochenendtagung des KOK im WB II in Worphausen
 - Bericht über das Romseminar vom 1.–4. 11. 1968
- Adventliche Stunde unter dem Leitwort „Warten auf ein Licht“
- Gemeinsam mit „Kreis junge Familie“ wurde in der Karnevalszeit 1969 ein Tanzabend veranstaltet.
- Teilnahme an einer Veranstaltung der kath. Kirchengemeinde im Rahmen des Kulturringes: „Kirche wohin?“
Prof. Dr. J. Bergsma von der Akademie der Diözese Hildesheim in Goslar sprach über „aktuelle Fragen der Kirche“.
- Vortragsabend:
Bericht über die 9. Königsteiner Woche der Besinnung vom 24.–28. März 1969 und Aussprache über „die Zukunft des KOK im Rahmen der Laienarbeit in der Militärseelsorge“.

Hervorzuheben ist, daß oben angeführte Veranstaltungen nur durch die gute und harmonische Zusammenarbeit sowie Unterstützung unserer Militärpfarrer möglich waren.

Nach den Sommerferien ist folgendes Programm vorgesehen:

September 1969	„Bericht einer Entwicklungshelferin über ihren Einsatz in Peru“
Oktober 1969	„Besichtigung und Führung durch den Hildesheimer Dom“
November 1969	„Gespräch über die Wiedervereinigung im Glauben“
Dezember 1969	„Adventliche Stunde“
Januar 1970	Traditionsgemäß laden im Januar die MilPfarrer zum „gemütlichen Beisammensein mit Weinprobe ein“

Selbstverständlich sind zu den einzelnen Veranstaltungen auch unsere Damen willkommen.

Der KOK Bonn besteht, soweit ich aus den Unterlagen ersehen kann, seit 1960. Er wählte zunächst den damaligen Oberstabsarzt Dr. Redepennig und nach dessen Weggang fiel die Wahl Oktober 1963 auf mich. Seit den Anfängen ist die Zahl der Träger eigentlich immer konstant geblieben. Es waren zwischen 15 und 25 ständige Besucher, an manchen Veranstaltungen bis zu 40 und in einer Umfrageaktion vor wenigen Jahren erklärten sich etwa 70 Herren bereit, mitzutun. Wegen der starken dienstlichen und gesellschaftlichen Beanspruchung im Bonner Raum ist noch eine Anzahl von Herren, die uns im Wollen verbunden sind, in anderen Gremien tätig. Naturgemäß können sie ohne schwere zusätzliche Belastung ihres Familienlebens nicht noch bei uns aktiv sein. Ich denke da an die Mitträger in ärztlichen Vereinigungen, studentischen Verbindungen, in Parteien und nicht zuletzt an die Träger und Besucher des christlichen Kolloquium. Darüber hinaus hat sich eine starke Gruppe zu den Tagungen in Bensberg gesammelt. Erfreulich ist, daß aus all diesen Gruppen Hinweise, kurze Briefe, persönliche Gespräche und interessante Anregungen vermittelt wurden. So kann man tatsächlich feststellen, daß unter all den Offizieren ein gewiß einigendes Band besteht, das der Arbeit des KOK förderlich wurde. Viel wurde von diesen Anregungen für unsere Arbeit, für den Königsteiner Offizierbrief und für unsere Tagungen in Königstein verwertet. Doch hat sich in unserer Arbeit auch eine gewisse Grenze gezeigt. Diese Grenze liegt sicherlich auch im Ideenreichtum, in der Arbeitskapazität des Sprechers, aber auch in der Aktivität der Mitarbeiter. Deshalb, und weil meine persönliche Belastung in letzter Zeit, besonders durch die Arbeit am KOK-Brief und an einigen organisatorischen Aufgaben zu stark zugenommen hat, darf ich Sie bitten, für das neue Halbjahr 1969/1970 für Bonn einen anderen Herrn zum Sprecher zu wählen. Vielleicht gelingt es auch, eine ganz neue Form der Gemeinschaftsarbeit und Arbeitsleistung zu finden und dadurch eine erhöhte Effektivität zu erreichen.

Wir begannen 1962/63 mit einem Nachholbedarf. Gerne erinnern wir uns der einleitenden Vorträge unseres damaligen Standortpfarrers, Pater Dr. Koep. Ohne seinen mitreißenden Einsatz hätten wir die guten Anfänge unter Standortpfarrer Höfer nicht fortsetzen, ausbauen und bis zur Eigenständigkeit erweitern können. Unser Dank soll beiden geistlichen Herren gelten.

Dann haben wir bedeutende Männer in unserem Kreis zu Wort kommen lassen und manch' einer hat mir später versichert, daß ihm gerade erst in der Diskussion Gedanken gekommen sind, die seine Arbeit befruchtet haben oder befruchten werden. Auch ihnen gilt unser Dank.

Am 23. Juni schlossen wir das Halbjahr 68/69 mit einer interessanten Übersicht über die Pfarrarbeit, wie sie sich unser neuer Standortpfarrer, Pater Bollinger, vorstellt. Seine lebendige Schilderung fand allseits Anerkennung und in der Diskussion schälten sich die Besonderheiten des Bonner Raumes heraus. Zugleich zeigt sich aber eine Fülle von Ansätzen für eine erweiterte Arbeit. Dankbar wurde anerkannt, daß der KOK-Bonn nicht nur bereit, sondern auch in der Lage ist, das Wort, das wir dem scheidenden Pater Dr. Koep gaben, seinem Nachfolger durch treue Mitarbeit zu helfen, zu erfüllen. So gehen wir mit berechtigten Hoffnungen in das Halbjahr 1969/70. Es wird viele Neuigkeiten bringen und daher sollten

sich alle Herren Gedanken machen, wie man die Arbeit in Zukunft gestalten kann.

Zuvor aber noch ein Wort des Dankes an das gastgebende Haus, das Albertinum. Die Teilnahme war dort so selbstverständlich geworden, daß wir uns wie zu Hause fühlen konnten. Dank aber auch dem Bischofsamt, das uns über den Standortpfarrer in so unbürokratischer Weise unsere Abende ermöglichte.

Für das neue Jahr wird sich — ohne Ihnen allen bei der Festlegung der Arbeit vorgreifen zu wollen — eine Fülle von Themen anbieten. Nach der Wahl sollten wir auch über die zukünftige Form beschließen. Die in Königstein erarbeiteten Ergebnisse (KOB Heft 34, 35 und 36) bedingen, daß wir auch formell zu den Anregungen Stellung nehmen. Mit Freude wurde die Teilnahme von Feldwebeln an unseren Abenden begrüßt. Wir sollten daher auch die formelle Änderung beschließen. Man wird sich Gedanken über eine neue Bezeichnung machen müssen, über den zukünftigen Tagungsort, über die Zeiten. Sie werden Verständnis haben, wenn der Wahlausschuß sich — aus bisherigen Mitgliedern — in den nächsten Wochen Gedanken macht und Sie dann über die Probleme und Themen noch kurz unterrichten wird.

Schon jetzt aber notieren Sie bitte, Montag, 27. Oktober, wird die nächste Veranstaltung sein. Halten Sie sich bitte diesen Termin frei. Zum Schluß noch meinen persönlichen Dank für Ihre Hilfe und Unterstützung, für das Verständnis unserer Ehefrauen und soweit geschehen, auch für Ihre Mitarbeit, für Ihr Mittun, Ihr verzeihendes Lächeln bei Fehlleistungen des Sprechers und Ihr offenes Wort des Rates und der helfenden Kritik.

Hoffen wir auf eine gemeinsame Weiterarbeit in neuen Formen.

Satzungsentwurf für Arbeitsgemeinschaft katholischer Soldaten

1. Die Arbeitsgemeinschaft katholischer Soldaten ist ein Zusammenschluß von Soldaten aller Dienstgrade, die bereit sind – gleich in welcher Form; – in der Laienarbeit im Rahmen der katholischen Militärseelsorge aktiv mitzuarbeiten (und Lebensführung und Beruf aus der Sicht ihres Glaubens zu gestalten).

Wesentliche Aufgabe der Arbeitsgemeinschaft ist neben der Laienarbeit die Vertretung von Soldaten durch Soldaten im gesamtkirchlichen Bereich – sowohl auf nationaler, als auch auf internationaler Ebene –.

2. Die Arbeitsgemeinschaft katholischer Soldaten bildet zur Wahrnehmung der anstehenden Geschäfte einen ständigen Ausschuß mit Sitz in Bonn. Dieser Ausschuß wird auf der alljährlich stattfindenden zentralen Veranstaltung konstituiert. Der Wohn- bzw. Dienort seiner Mitglieder soll nach Möglichkeit im erweiterten Raume Bonn liegen.
3. An der Arbeitsgemeinschaft interessierte Soldaten wenden sich über ihren Standortpfarrer an den ständigen Ausschuß beim KMBA in Bonn.
4. Als Unkostenbeitrag wird eine Gebühr erhoben. In dieser Gebühr ist der Bezugspreis für den „Katholischen Soldatenbrief“, dem Organ der Arbeitsgemeinschaft, inbegriffen.
5. Die Arbeitsgemeinschaft katholischer Soldaten führt jährlich eine zentrale Veranstaltung durch. Diese soll im Zusammenhang mit der beratenden Versammlung der katholischen Militärseelsorge stattfinden.

Informationen aus Kirche und Welt

Schwerpunkte: Priesterfragen, Synode, Sozialstruktur, Entwicklungshilfe

Für unbesetzte Jugendkaplan-Stellen in den Dekanaten der Erzdiözese Köln sollen jetzt hauptamtliche Jugendleiter eingestellt werden. Diesen Beschluß des Kirchensteuerbeirats gab der Kölner Generalvikar Peter Nettekoven in einem Interview mit dem Bonner „General-Anzeiger“ bekannt. (KNA 1316)

Verheiratete Männer sollten zum Priestertum zugelassen werden, hat der Erzbischof von Brüssel und Mecheln, Kardinal Suenens, beim Symposium europäischer Bischöfe in Chur vorgeschlagen. Kardinal Alfrink, Erzbischof von Utrecht, meinte dazu nach seiner Rückkehr: „Dieses Thema wird zweifellos ein interessantes Diskussionsobjekt für die Flure der Römischen Bischofssynode sein.“ (KNA 1313)

Aus Nachwuchsmangel muß durchschnittlich jede Woche eine Niederlassung katholischer Schwestern in der Bundesrepublik geschlossen werden. Das erklärte der Fuldaer Weihbischof Prof. Dr. Eduard Schick. Er schätzt, daß in den nächsten 10 Jahren die Zahl der Ordensschwestern in der Bundesrepublik um etwa 10 000 zurückgeht. Die dadurch entstehende Lücke im sozialen Dienst der Kirche könne durch weltliche Kräfte nicht geschlossen werden. (KNA 788)

Pfarrersuche per Anzeige

Zum ersten Mal in der Geschichte der niederländischen katholischen Kirchenprovinz werden Pfarrer durch Zeitungsinserate gesucht: Eine kleine Gemeinde im Bistum Haarlem schreibt die demnächst freiwerdende Pfarrstelle durch Anzeigen in kirchlichen Blättern öffentlich aus. In der Anzeige sollen auch die Bedingungen genannt werden, die die Gemeinde an ihren zukünftigen Pastor stellt. Ähnlich will man bei der Besetzung des City-Pastorats in Amsterdam vorgehen. Hierbei sollen außer den kirchlichen Blättern auch Tageszeitungen eingeschaltet werden. Im Bistum Haarlem will man auf diese Weise der fortschreitenden „Demokratisierung“ entgegenkommen. (KNA 809)

Immer weniger Neupriester gibt es in den Niederlanden: Während 1957 noch 421 Priester geweiht wurden, waren es 1968 nur noch 148, und in diesem Jahr werden es voraussichtlich 109 sein. Im vergangenen Jahr haben allein 196 Priester ihr Amt aufgegeben. Die Gesamtzahl der niederländischen Priester ging von 13 570 im Jahre 1965 um 429 auf 13 141 zurück. (KNA 995)

Als einen zweiten Weg zum Priestertum bezeichnete der Freiburger Generalvikar Prälat Dr. Robert Schlund die Möglichkeit, in Zukunft bereits in anderen Berufen erprobte Männer zum priesterlichen Dienst zuzulassen. Eine solche Strukturreform der Seelsorge sei grundsätzlich möglich, und eine solche Entwicklung habe seiner Ansicht nach mehr Zukunft als die heute allenthalben geforderte Aufhebung des Zölibats. Wie verlautete stehen

einige Mitglieder der Deutschen Bischofskonferenz einem solchen Vorhaben sehr positiv gegenüber. (KNA 1072)

Mit einer Studienreform der Seelsorgehelferinnenausbildung ist für 1970 zu rechnen. Der Pastoralkommission der Deutschen Bischöfe liegt zur Zeit ein Entwurf vor, der auf der nächsten Frühjahrskonferenz zur Abstimmung gelangen soll. Danach soll die Ausbildung von drei auf vier Jahre verlängert werden: zwei Jahre theoretische und ein Jahr praktische Ausbildung. Das letzte Jahr soll in Anpassung an die Forderungen der modernen Seelsorge Möglichkeit zur Spezialisierung bieten, z. B. für Großraumseelsorger, Pastoral oder Katechese, für Sonderaufgaben im Bistum, z. B. als Referentin für Frauen- oder Jugendseelsorger, sowie für Seelsorgeaufgaben im Krankenhaus. (KNA 1041)

Eine Abschaffung der Zölibatsverpflichtung für Priester haben 215 amerikanische Bischöfe bei ihrer diesjährigen Vollversammlung in Houston/Texas einstimmig abgelehnt. Der Papst hatte die Bischofskonferenzen um klare Stellungnahmen zu diesem Punkt gebeten. Meinungsumfragen des Gallup-Instituts haben ergeben, daß die Hälfte der 60 000 amerikanischen Priester für eine Abschaffung der Zölibatsverpflichtung für Priester eintritt. (KNA 789)

Die französische Priestergruppe „Echanges et dialogue“, der 700 Mitglieder angehören, veranstaltet am 21./22. Juni eine Gesamttagung, auf der folgende Forderungen diskutiert werden: Auflösung des Junktims von Zölibat und Priestertum, Erlaubnis zur Ausübung eines Zweitberufes und Freiheit zum politischen Engagement. Die französische Gruppe hält Kontakte zu Priestergruppen in Deutschland, Holland, Belgien, Österreich, Spanien, Brasilien und den USA. (KNA 1037)

Zölibatsversprechen später

Die endgültige Zölibatsverpflichtung sollen katholische Theologen künftig nicht mehr bereits bei der Subdiakonatsweihe, sondern erst bei der Priesterweihe eingehen. Diesen Vorschlag machte die zuständige Kommission der Hildesheimer Diözesansynode. Danach würde das endgültige Zölibatsversprechen erst nach einer einjährigen praktischen Tätigkeit in der Seelsorge erfolgen. (KNA 781)

Niederländischer Klerus zum Zölibat

Eine Zölibats-Umfrage unter 8879 niederländischen Priestern, Diakonen und Subdiakonen, die von der soziologischen Fakultät der Katholischen Universität von Nijmegen im Auftrag der Niederländischen Bischofskonferenz durchgeführt wurde, ist jetzt veröffentlicht worden. Die Antworten von 84 % der Angeschriebenen ergaben im einzelnen:

22 % sprechen sich für die Beibehaltung der Zölibatsverpflichtung für Priester aus, halten jedoch die Aufhebung für gewisse Gruppen oder für die Zukunft für annehmbar. Für Ausnahmen unter gewissen Umständen sind 25 % der Kleriker. Sowohl den verheirateten wie den zölibatär lebenden Priester wünschen 27 % der Befragten. Für eine sofortige und gänzliche Aufhebung der Zölibatsverpflichtung für Priester sprechen sich 21 % aus. Für eine un-

eingeschränkte Beibehaltung der gegenwärtigen Bestimmungen traten nur 5 % der Befragten ein. Nur 16 % möchten jedoch in nächster Zeit heiraten, wenn der Zölibat sofort aufgehoben werden sollte. 68 % meinen, daß verheirateten Priestern die Möglichkeit zur weiteren Ausübung ihres Amtes gegeben werden müsse. 81 % befürworten die Priesterweihe für verheiratete Männer. Über das Ergebnis der Untersuchung wurde vor seiner Veröffentlichung bereits Papst Paul VI. unterrichtet. (KNA 993)

Alarmierender Trend

Über 7000 Priester haben in den zurückliegenden sechs Jahren in Rom darum nachgesucht, laisiert und von der Verpflichtung zum Zölibat entbunden zu werden. Für 1969 rechnet der Vatikan mit 2600 bis 3000 Gesuchen. Die Anträge zeigen einen von Jahr zu Jahr steigenden und alarmierenden Trend. Eine entsprechende Untersuchung wurde auf Wunsch von Papst Paul VI. vor kurzem durch das neuerrichtete vatikanische Zentralamt für Statistik (des Staatssekretariats), erarbeitet. Die Studie mit den Ziffern der Laisierungsgesuche seit 1962 liegt inzwischen als geheime Verschlusssache bei den Chefs der römischen Kongregationen und den Nuntien jener Länder, in denen das Zölibatsproblem eine besondere Rolle spielt. Einzelheiten aus der Studie brachte die ZDF-Sendung „Tagebuch“ vom 23. Mai. In der vatikanischen Statistik nicht enthalten ist die „Dunkelziffer“ der Priester, die ohne Gesuch ihr Amt niederlegten oder die Kirche verließen.

Rein zahlenmäßig geben die Ziffern — bei rund 500 000 Priestern — keinen Anlaß zur Besorgnis. Der Trend ist jedoch alarmierend, kommentierte in der ZDF-Sendung der Soziologieprofessor Pater Osmund Schreuder OFM von der Universität Nijmegen. Seiner Meinung nach besteht auch kein Zweifel daran, daß der ZDF-Redaktion authentisches Material vorliegt. Schreuder, der im Auftrag von Kardinal Alfrink eine Zölibats-Umfrage unter den Priestern der niederländischen Kirchenprovinz durchführte, verwies auf den Zusammenhang von Amtsniederlegungen und Rückgang bei den Seminaristen. In den Niederlanden haben nach Schreuder im Jahre 1968 fünfzig Priester mehr ihr Amt niedergelegt als Neupriester geweiht wurden. Andere nordeuropäische Länder würden von dieser Entwicklung in nächster Zeit erreicht. Zum Problem selbst unterstrich Schreuder: Die Kirche steht vor einer „Berufskrise“, deren Ursachen weniger in der Frage der Ehe und Frau als vielmehr in der Autoritätskrise zu sehen sind.

„Neue Initiativen“ angesichts dieses alarmierenden Trends forderte in der ZDF-Sendung der Münchener Pastoraltheologe Prof. Leonhard Weber. So wie der Priester heute sei, habe er zwar alle urkirchliche Vielfalt der Dienste aufgesogen, jedoch nichts zu sagen. Die Kirche brauche wieder ein „breites Spektrum“ der Dienste, und zwar zugeschnitten auf die heutige Zeit, nicht nur mit Arbeitsverträgen, sondern mit Ordination und Weihe. In dieser Vielfalt der Ämter sei auch denkbar, daß Verheiratete zum Vorsteher bei der Eucharistiefeier ordiniert würden. Alle Kirchen — so Weber — stehen vor der Aufgabe, das Amtsverständnis zu überprüfen. Darin liege eine ökumenische Chance. Mit Nachdruck warnte Weber vor dem vorschnellen Urteil, es handle sich um eine „Glaubenskrise“, wenn junge Theologen oft eine andere Sprache sprächen. (KNA 992)

Briefe zum Zölibat

Auszüge aus einem geheimen Schreiben zum Zölibat der Priester, das Kardinalstaatssekretär Cicognani im Auftrage des Papstes an alle Bischofskonferenzen richtete, veröffentlicht „Der Spiegel“ in seiner jüngsten Ausgabe (14). Danach versichert Cicognani: „Der Heilige Vater übersieht gewiß nicht die Schwierigkeiten, die heutzutage aus der Einhaltung des Zölibats entstehen können.“ Er kenne auch die Argumente für eine Trennung von Priestertum und Zölibat, „und einige dieser Argumente zwingen zweifellos zum Nachdenken“. Angesichts der Fülle von Publikationen gegen den Zölibat sollten sich die Bischöfe jedoch im Gewissen einige Fragen stellen: „Haben wir uns wirklich klargemacht, was für die Kirche die Trennung von Priestertum und Zölibat bedeuten würde? Haben wir wirklich das große Ausmaß der Verwirrung erwogen, die eine solche Trennung nicht nur im Leben der Priester, sondern auch im Leben der gesamten Kirchengemeinschaft anstiften würden?“ Der Papst habe „Verständnis für die Leiden jener Priester, die – unter Umständen, über die allein Gott urteilen kann – den Zölibat aufgegeben haben“. Dennoch: „Wenn wir nicht alles in unserer Macht Stehende tun, damit die gegenwärtige Opposition gegen den Priesterzölibat aufhört, dann wären wir vor Gott schuldig für die verhängnisvollen Folgen.“ Ein ganz anderer Ton wurde in einem Brief über „abgefallene Priester“ angeschlagen, den Kardinal Ottaviani 1964 an alle Diözesanbischöfe und Ordensoberen richtete und der jetzt in „sog-Papiere“ (Priestergruppen) veröffentlicht wurde. Darin heißt es, daß sich Papst Paul VI. „heftig um den Schutz und die unbefleckte Bewahrung des heiligen Zölibates“ Sorge. „Dennoch ist er ängstlich bekümmert um das Schicksal derer, die ihre eigene priesterliche Würde und die mit der hl. Weihe übernommenen Bürden vernachlässigen und die mitunter so weit gehen, daß sie sich von Frauen fesseln lassen und bisweilen sogar versuchen, in einer zivilen Ehe, wie sie es nennen, zu leben... Dagegen wünscht der Höchste Pontifex nachdrücklich, daß, soweit möglich, die Anlässe und Angelegenheiten zum Abtrünnig- und Untreuwerden mit Stumpf und Stil ausgerottet werden...“ Wenn jedoch eine kirchliche Trauung ehemaliger Priester genehmigt werde, die im Konkubinat lebten oder eine zivile Ehe zu führen versuchten, so Ottaviani, solle sie „von dem Diözesanbischof persönlich ohne Zeugen und Schriftführer gefeiert werden... Auf diese Weise soll erreicht werden, daß die verirrten Priester, die mit ihren Familien bis dahin einen schlimmen Lebenswandel geführt haben, fortan unter dem Beistand der göttlichen Gnade ein christliches Leben führen...“ (KNA 611)

Priestergruppen: Offene Strukturen durch Solidarisierung

Durch die Annahme einer Satzung hat sich die Arbeitsgemeinschaft für Priestergruppen auf ihrem zweiten offiziellen Treffen am 26./27. Mai in Königshofen/Taunus formell konstituiert. 14 Priestergruppen verschiedener Prägung aus allen Teilen der Bundesrepublik mit annähernd 1000 Mitgliedern haben sich der Arbeitsgemeinschaft angeschlossen. Ziel: Hinarbeit auf offene Strukturen in der Kirche, die sich nach Ansicht der Gruppen nur durch Solidarisierung verwirklichen lassen, Mitarbeit an einer zeitgemäßen Neuinterpretation des Glaubens, öffentliche Bewußtseins- und Willensbildung, Freiheit der Meinungsäußerung, ungehinderter Informationsfluß,

Durchsichtigkeit der Verwaltungsvorgänge, Mitwirkung und Kontrolle bei Entscheidungen der Kirchenleitung. Die Delegierten sprachen sich dafür aus, die Phase der „Selbstbespiegelung“ aufzugeben und sich konkreten Aktionen zuzuwenden.

Im Mittelpunkt der Tagung standen Seelsorgefragen. Mehrere Resolutionen, u. a. zum Mischehenproblem, wurden verabschiedet. Fast einstimmig angenommen wurde ein Arbeitspapier zur Problematik geschiedener und wieder verheirateter Ehepartner. Als nicht zu verantwortendes Ärgernis wird darin der praktische Ausschluß dieser Menschen aus der Kirche bezeichnet, wodurch unzumutbare Lasten auferlegt würden. Ein innerkirchliches Gespräch über diese Fragen müsse in Gang gebracht werden. „Die Unauflöslichkeit der Ehe ist biblisch gesehen ein sittlich verpflichtendes Ideal, das die Kirche zu vertreten und der Christ anzustreben hat; sie ist ein Zielgebot, das verbindlich ist, ohne jedoch gesetzlich zu sein. Die Unauflöslichkeit der Ehe ist kein Gesetz oder Erfüllungsgebot, aus dem unmittelbar eine für alle Zeiten gültige Regelung hinsichtlich des Scheiterns einer Ehe oder der Wiederheirat abzuleiten wäre“, heißt es in dem Papier. Die Möglichkeit einer kirchlichen Trauung Geschiedener sollte nicht grundsätzlich verneint, sondern in jedem Einzelfalle sorgfältig geprüft werden. Dabei müsse mehr nach seelsorglichen als nach juristischen Gesichtspunkten geurteilt werden. Von der Deutschen Bischofskonferenz forderten die Delegierten die Errichtung einer Kommission, die für die Lösung dieses Problems einheitliche Richtlinien erarbeiten soll. (KNA 1009)

Erwartungen für Frankfurt

Die von Anfang an geplante Gliederung des „Ökumenischen Pfingsttreffens 1971“ in eine geschlossene Arbeitstagung und einen öffentlichen Teil stieß auf Kritik, nachdem nun auch die gemeinsame Vorbereitungskommission bei ihrer konstituierenden Sitzung diese Aufteilung bestätigte. Der Leiter des NDR-Kirchenfunks, Dr. Manfred Linz, stellte in einem Kommentar fest, die Annäherung der Kirchen werde heute nicht von den Kirchenführern getragen, sondern vom sogenannten Kirchenvolk. „Soll es bei diesem Anlaß ausgeschlossen werden von der eigentlichen Meinungs- und Willensbildung?“ Dr. Linz ließ bei dieser Fragestellung außer acht, daß das Ökumenische Pfingsttreffen eben nicht von den Amtskirchen veranstaltet wird, sondern vom Zentralkomitee der deutschen Katholiken und dem Präsidium des Deutschen Evangelischen Kirchentages. Der Präsident des Evangelischen Kirchentages, Dr. Richard von Weizsäcker, in einem Interview mit der Kölnischen Rundschau: „In Frankfurt werden nicht die Kirchen, sondern Christen beider Konfessionen miteinander reden.“ Es dürfte das Anliegen der Veranstalter sein, daß dieses Miteinander-Reden durch die Legitimation der Teilnehmer Gewicht erhält. Die Arbeitstagung wird sich aus Delegierten und Experten zusammensetzen. Wie aus Kreisen der Veranstalter zu erfahren war, soll vor allem verhindert werden, daß bereits die Delegierten Kompromisse verkörpern. Vielmehr sollen auch extreme Gruppen an der Arbeitstagung repräsentiert sein, damit sich aus der ganzen Bandbreite der Vorstellungen und Erfahrungen wirkliche Kompromisse des Gesprächs ergeben. Beobachter erwarten denn auch, daß sich mögliche „Fraktionen“ in der Arbeitstagung nicht innerhalb der Konfessionsgrenzen bilden werden,

sondern unter Theoretikern und Praktikern, Konservativen und Progressiven. Im übrigen ist auch die „geschlossene“ Arbeitstagung in dreifacher Hinsicht öffentlich:

1. Zu den Beratungspunkten werden Papiere und Vorschläge ausgearbeitet, die vorher publiziert werden und folglich der Vordiskussion geöffnet sind.
2. Journalisten und Beobachtern sind die Beratungen der Arbeitstagung zugänglich.
3. Die Ergebnisse der Arbeitstagung werden im öffentlichen Teil des Ökumenischen Pfingsttreffens zur Diskussion gestellt.

Den Veranstalter liegt daran, daß das Frankfurter Treffen zu konkreten Ergebnissen kommt und weitergeführt wird. Es ist zu erwarten, daß zu Fragen des politischen Dienstes der Christen, der Entwicklungspolitik der Kirchen, der Bildung eines nationalen Christenrates und vor allem der Mischehe Diskussionsergebnisse erzielt werden, die nicht von jener Vorsicht bestimmt sind, die bei den Kirchenführern gegenüber tiefgreifenden Annäherungsversuchen bisher herrschte. Darum ist auch der Wunsch in Kreisen der Veranstalter verständlich, die Kirchenleitungen möglichst stark an dem Treffen zu beteiligen, damit auch sie in die gemeinsamen Anliegen der Christen beider Kirchen integriert werden. (KNA 979)

„Heißer Herbst“ für die Kirche?

Ein Symposium europäischer Bischöfe wird es nach dem „Spektakulum“ von Chur voraussichtlich nicht mehr geben. Dies ist die fast einhellige Meinung aller Beobachter des Treffens der Bischöfe und der progressiven Priestergruppen in der Schweiz. Die Bischöfe wollten künftig unter allen Umständen verhindern, so wird berichtet, daß es noch einmal zu einer so spannungsgeladenen Konfrontation zwischen ihnen und der Presse sowie den Priestergruppen kommt, wie das in Chur der Fall war. Zwar sei es bei der Begegnung in der Schweiz trotz des Drucks der „Rebellen“-Priester und der bis in die Bischofsversammlung hineinreichenden Fühlfäden der Presse zu einem nicht unfruchtbaren Erfahrungs- und Meinungsaustausch gekommen, aber man habe sich angesichts der Situation in Chur nicht so auf die Anliegen des Symposions (Priestertum heute) konzentrieren können, wie es erforderlich gewesen wäre.

Der bereits 1967 in Noordwijkerhout/Niederlande aufgenommene nachkonziliare Dialog der europäischen Bischöfe werde jedoch sehr wahrscheinlich in einer etwas institutionalisierteren Form nach der Bischofssynode in Rom, die im Herbst stattfindet, fortgesetzt werden, so ist zu hören. Ob es sich dann schon um eine „Europäische Bischofskonferenz“ handle, hänge wesentlich von Verlauf und Ergebnis dieser Bischofssynode ab, bei der die Teilkirchen mit Sicherheit auf größere Selbständigkeit drängen würden. Geradezu pedantisch war man in Chur darauf bedacht, den informellen Charakter des Treffens zu betonen, das man weder als ein „Mini-Konzil“ noch als eine „Vor-Synode“ bezeichnet wissen wollte. Demgegenüber wird von Beobachtern hervorgehoben, Chur habe gezeigt, daß das Zweite Vatikanische Konzil eigentlich noch immer tage und seine Fortsetzung in solchen Zusammenkünften wie in der Schweiz finde. Man könne mit Recht von einem „fortwährenden Konzil“ sprechen.

Ob die Bischöfe bei ihrer Synode in Rom konzentrierter arbeiten können, als die Vertreter der nationalen europäischen Bischofskonferenzen in Chur, sei allerdings eine Frage; man werde wieder mit einem ähnlichen Ansturm von Journalisten wie bei dem Symposium in der Schweiz rechnen müssen und außerdem mit einem womöglich noch massiveren Auftreten der Priestergruppen, die sich in Chur auf europäischer Ebene formell zusammengeschlossen haben. Die Pläne für ein „Parallel-Rom“ würden bereits ausgearbeitet. Es sei daher mit einem „heißen Herbst“ für die Kirche zu rechnen.

In diesem Zusammenhang ist weiter zu erfahren, daß sich intern die Kritik an der „Hilflosigkeit“ der Bischöfe gegenüber den Priestergruppen in Chur verstärke. Für Rom wie überhaupt für die Zukunft müsse man sich etwas einfallen lassen, damit der Priesterstand nicht auseinanderbreche und damit die Kirche einem allgemeinen Chaos anheimfalle. Einige Ansatzpunkte im Selbstverständnis des Priestertums heute, wie sie vor allem der belgische Kardinal Suenens in Chur bei seiner Schlußansprache aufgezeigt hätte, seien immerhin gegeben, um eine „wirkliche Rebellion“ unter den Priestern aufzufangen. Tieferblickende Betrachter der Entwicklung hätten unmittelbar nach Beendigung des Konzils diese Situation frühzeitig vorausgesagt und darauf hingewiesen, daß die „Krise der Kirche“ nicht so sehr von den Laien als vielmehr von den Priestern ausgelöst werde. Da man auf solche Stimmen aber nicht gehört habe, stehe man nun ziemlich unvorbereitet den wachsenden Spannungen gegenüber. Bei der Synode in Rom müsse man sich auch etwas einfallen lassen, um dem berechtigten Informationsbedürfnis der Medien Rechnung zu tragen. So nichtssagende Pressekonferenzen wie in Chur dürfe es nicht noch einmal geben.

(KNA 1324)

Wöchentlich 100 Kinder werden gegenwärtig von den kirchlichen Hilfswerken aus dem biafranischen Kessel nach Gabun ausgeflogen. Daraus ergeben sich große personelle und finanzielle Probleme. Die Betreuung der schwerkranken Kinder kostet täglich 12 Mark. Die Hilfswerke wollen verstärkt um „Tagespatenschaften“ werben.

(KNA 793)

Gut angelaufen ist nach Angaben der Misereor-Geschäftsstelle die Aktion „Projektpartnerschaft“. Im Rahmen dieser Aktion bietet Misereor Jugendgruppen Hilfsprojekte zur anteiligen Finanzierung an. Das Hilfswerk übernimmt dabei die volle Garantie der Projektabwicklung.

(KNA 1073)

Ein Rekordergebnis erreichte in diesem Jahr das Fastenopfer der Schweizer Katholiken: Erstmals wurde die Grenze von 10 Mill. Franken überschritten. Seit 1963 war der Ertrag nie mehr so stark gestiegen wie in diesem Jahr.

(KNA 996)

Öffentlich kritisiert haben die spanischen Bischöfe von Santander, Cadix und Gerona die falsche Berichterstattung in Presse, Rundfunk und Fernsehen sowie die Pressezensur durch spanische Regierungsstellen. Vor allem wenden sich die als progressiv geltenden Bischöfe gegen Berichte über Priesterverhaftungen, zu denen die Kirchenleitung ihren Standpunkt nicht veröffentlichen konnte. Damit werde ihnen ein Grundrecht verwehrt, kritisieren die Bischöfe.

(KNA 997)

Als einen schweren Schlag für die deutsche Entwicklungshilfe bezeichnete Kardinal Döpfner die mögliche Abschaffung des Bundesministeriums für

wirtschaftliche Zusammenarbeit. Die Bemühungen um eine systematische und gezielte Öffentlichkeitsarbeit würden einen schweren Rückschlag erleiden, wenn es nach den Bundestagswahlen im Zuge einer Kabinettsreform zu einer derartigen Auflösung käme. Der öffentliche Rang der Entwicklungspolitik würde dadurch weiter herabgesetzt. Im übrigen wandte sich Döpfner gegen eine Entwicklungshilfe, die direkt oder indirekt an politische Bedingungen geknüpft ist. „Entwicklungshilfe darf nicht zum Druckmittel der Außenpolitik degradiert werden“, sagte der Kardinal. (KNA 1077)

1693 Entwicklungshelfer aus der Bundesrepublik sind gegenwärtig in Übersee im Einsatz. 1020 davon entsandte der Deutsche Entwicklungsdienst, 480 die katholische Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe, 156 die evangelische Organisation Dienste in Übersee und 37 die Arbeitsgemeinschaft privater Entwicklungsdienste. Von den insgesamt bisher entsandten 3476 Entwicklungshelfern kamen 1999 Freiwillige vom Deutschen Entwicklungsdienst und 840 von der Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe. (KNA 994)

Nach den fünf katholischen Bischöfen Rhodesiens haben sich jetzt auch die meisten protestantischen Kirchen gegen die neue rhodesische Staatsverfassung ausgesprochen, da sie „lilienweiß“ ist und eine Apartheid-Politik von verfassungs- und rechtswegen vorsieht. Die fünf katholischen Bischöfe des Landes verurteilen die Verfassung als moralisch nicht zu rechtfertigendes Statut. Die Vorschriften könnten nur „Haß und Gewalt hervorrufen“, sie seien in vielfacher Hinsicht der kirchlichen Lehre entgegengesetzt. (KNA 1075)

Die Schließung katholischer Grund- und Aufbauschulen in den USA wird die amerikanischen Steuerzahler mehr als 150 Mill. DM kosten. Diese Zahl ist das Ergebnis einer Untersuchung der Notre-Dame-Universität im amerikanischen Bundesstaat Indiana. Nach dieser Untersuchung wird es im nächsten Schuljahr in den USA elf neue katholische Grund- und Aufbauschulen geben, während 111 verkleinert und 301 endgültig geschlossen werden. Rund 60000 Schüler müssen aufgrund dieser Maßnahmen umgeschult werden und dadurch die öffentlichen Schulen mit Mehrkosten belasten. (KNA 1046)

Ein neues Kirchensteuer-Gesetz für Rheinland-Pfalz soll auf eine materiell-rechtliche Angleichung an die Gesetzgebung anderer Bundesländer abzielen und wird z. Z. von Rechtsexperten der Katholischen Büros in Mainz und Wiesbaden entworfen. Es soll nicht die Hebesätze ändern, wohl aber die Kappung (bei 4 %) verankern. Letzteres aus der Überlegung, daß der Kirchensteuer im Gegensatz zu den staatlichen Steuern keine sozialausgleichende Funktion zukomme. (KNA 766)

Das Recht des Kirchenaustritts soll in Baden-Württemberg landeseinheitlich geregelt werden. Im Stuttgarter Kabinett wurde dazu ein Vorverfahren beraten, nach dem der Austrittswillige seine Absicht dem Standesbeamten anzuzeigen hat. Erst einen Monat danach soll die eigentliche Austrittserklärung, ebenfalls beim Standesamt, möglich sein. (KNA 767)

Kindergarten-Gesetz

Ein Kindergarten-Gesetz nach vorschul-pädagogischen Gesichtspunkten wird gegenwärtig im rheinland-pfälzischen Sozialministerium konzipiert. Danach sollen bis 1980 Kindergartenplätze für alle Fünfjährigen, für 75 % der

Vierjährigen und für 50 % der Dreijährigen geschaffen werden. Über den Besuch können die Eltern frei entscheiden. Sie müssen nach ihren wirtschaftlichen Möglichkeiten zu den Betriebskosten beitragen. Die Öffentliche Hand soll nur einspringen, wenn kein geeigneter freier Träger zur Errichtung des Kindergartens vorhanden ist. Die Baukosten sollen zwischen dem Träger, dem Jugendamt und dem Land aufgeteilt werden. (KNA 774)

Das Vermögen der DGB-Gewerkschaften und ihrer Unternehmen wird auf einen Nennwert von rund 1,5 Mrd. DM veranschlagt. Von den rund 482 Mill. DM Beitrags-Aufkommen im Jahre 1968 konnten 15 bis 25 % an Überschüssen neu angelegt werden. Die Gewerkschafts-Baugesellschaft „Neue Heimat“, die eine Bilanzsumme von 7,5 Mrd. DM ausweist, erzielt pro Jahr 290 Mill. DM an Mieteinnahmen. Die gewerkschaftseigene Volksfürsorge Lebensversicherungs AG, die über einen Versicherungsbestand von fast 5 Mill. Verträgen verfügt, verbucht im Jahr Prämien-Einnahmen von rund 487 Mill. DM. (KNA 1000)

Die ausführliche „Pastorale“, eine Empfehlung zur Seelsorge an bekenntnisverschiedenen Ehepaaren, wird in Kürze im katholischen Grünewald- und im evangelischen Christian-Kaiser-Verlag erscheinen. Sie wird seit zwei Jahren von einem kleinen Arbeitskreis vorbereitet, dem sechs evangelische und fünf katholische Theologen und Wissenschaftler anderer Disziplinen, darunter auch der Bonner Moraltheologe Prof. Franz Böckle, angehören. (KNA 1038)

Deutsche Hilfe für Afrika

Eines von 2066 Entwicklungsprojekten in Afrika, die vom Hilfswerk der Deutschen Katholiken „Misereor“ und der Katholischen Zentralstelle für Entwicklungshilfe seit 1959 gemeinsam in Afrika gefördert wurden, ist das Rubaga-Hospital in Kampala/Uganda, das von Papst Paul VI. während seiner Afrika-Reise seiner Bestimmung übergeben wird. An dem Projekt, das in mehreren Ausbaustufen auf seine jetzige Größe von 200 Betten gebracht wurde, ist Misereor mit 412 000 DM und die Katholische Zentralstelle für Entwicklungshilfe, die ihre Arbeit aus Mitteln der Bundesregierung finanziert, mit 1 575 000 DM beteiligt. Insgesamt hat Misereor bisher 153,4 Mill. DM und die Katholische Zentralstelle 82,2 Mill. DM in afrikanische Entwicklungsprojekte investiert. (KNA 1282)

Für Sofortmaßnahmen in Südvietnam hat der Kirchensteuerbeirat des Erzbistums Köln 2 Mill. DM bereitgestellt. Die Verteilung der Mittel erfolgt über die südvietnamesischen Diözesen und deren Caritasorganisation. Auch Maßnahmen für Nordvietnam sollen demnächst fortgesetzt werden. (KNA 791)

Als Beweis der Hochschätzung wurde in Rom gewertet, daß Papst Paul VI. in seiner Generalaudienz am 23. April aus einem Werk des niederländischen Dominikaners E. Schillebeeckx zitierte. In seiner Ansprache zum Thema „Heiligung der Welt durch die Laien“ berief sich der Papst auf eine Definition des Laien aus dem Buch von Schillebeeckx „Die Kirche des Zweiten Vaticanums“. Pater Schillebeeckx war im vergangenen Jahr wegen seiner theologischen Veröffentlichungen vor die Glaubenskongregation zitiert worden. (KNA 787)

„Freiheit und Bindung“ heißt das neueste Buch von Professor Dr. Franz Böckle, Ordinarius für Moraltheologie an der Bonner Katholisch-Theologischen Fakultät, das im Verlag Butzon & Bercker erschienen ist. Es ist ein Buch zur Enzyklika „Humanae vitae“, in dem sich Böckle detailliert mit der Normenfrage auseinandersetzt. (KNA 1045)

Im Zusammenhang mit der Kommunalreform sind folgende Zahlen interessant: Von den zur Zeit in der Bundesrepublik bestehenden 25 000 selbständigen Gemeinden haben rund 11 300 bis zu 500 Einwohner, 6000 haben 500 bis 1000 Einwohner, 3700 haben 1000 bis 2000 Einwohner und 1200 haben 2000 bis 3000 Einwohner. Nur rund 11 % der selbständigen Gemeinden haben über 3000 Einwohner. (KNA 1047)

Reaktionen auf das Lehrschreiben der Bischöfe

Eine unterschiedliche Beurteilung fand das von der Deutschen Bischofskonferenz veröffentlichte Schreiben über „Die Kirche in der pluralistischen Gesellschaft“. Ein Sprecher der KAB vertrat die Ansicht, schon im Ansatz des Schreibens werde die Aufgabe von Kirche und Katholiken in der Gesellschaft vor allem in einer „Integrationsfunktion“ gesehen. Zu wenig sei darauf hingewiesen worden, daß sie „auch bewegende, auf Wandel drängende Elemente sein sollten“. Der selbstgestellten Aufgabe einer Anwendung der Pastoralkonstitution des Konzils auf die deutschen Verhältnisse habe das Schreiben nicht gerecht werden können, da die Bischöfe sonst zur Beantwortung von Fragen gezwungen gewesen wären, die unter den deutschen Katholiken strittig seien. Verdienstvoll sei, daß in einer „offenen und realistischen Haltung“ die noch längst nicht zum Allgemeingut gehörenden Positionen des Konzils dargelegt wurden. Auch die Leitung der Deutschen Kolpingsfamilie würdigte, daß die Bischöfe „in großer Klugheit“ die Konkretisierung von Grundsätzen den Gruppen von Katholiken überließen, die in der Gesellschaft zuständig seien und tätig werden müßten. Geradezu einer „Bewußtseinsumpolung“ komme die erklärte Bereitschaft gleich, auf staatliche Privilegien zu verzichten und dafür die Gläubigen zum gesellschaftlichen Engagement aufzufordern und zu verpflichten. Nach dem Kriege habe sich nämlich die Verbindung zwischen Staat und Kirche „etwas zu eng“ gestaltet, was für die Wirksamkeit beider Teile in einigen Punkten hinderlich gewesen sei.

Die SPD bezeichnete das Schreiben als Auftakt für ein neues Kapitel im Verhältnis zwischen Kirche und Staat. Im Pressedienst der Partei hieß es, die Abstinenz in der Parteipolitik, zu der sich die Kirche bekenne, sei keineswegs als Rückzug aus der Grundsatzpolitik mißzuverstehen. „Die Kirche in der Bundesrepublik will lediglich ihr Wächteramt antreten, einen Posten, den ihr avantgardistische Kirchenmänner wie der Wiener Kardinal König schon vor fünf Jahren angeraten haben.“ Die Bischöfe hätten dazu beigetragen, „daß die ideologischen Vorurteile aus der Politik verschwinden, die bisher den Weg zu einer echten politischen Alternative weitgehend versperrten“.

Ein Sprecher der CDU erklärte, das Lehrschreiben habe „mit großer Klarheit die Lehren des Konzils auf unsere staatliche und politische Wirklichkeit übertragen“. Das sei besonders wichtig gewesen, nachdem „die Konzilslehren unterschiedlich ausgelegt wurden“. Der Sprecher unterstrich, daß die

Bischöfe zwar den gesellschaftlichen und politischen Pluralismus anerkannten, dennoch den Gedanken zurückwiesen, der Christ könne den verschiedenen politischen Kräften gleichgültig gegenüberstehen. Die Gläubigen blieben aufgefordert, „Programm und Wirksamkeit politischer Parteien und Bewegungen an den Normen des Christentums zu überprüfen“. Die CDU begrüße die Aufforderung der Christen zur aktiven Mitwirkung in allen Bereichen des öffentlichen Lebens. In der Zentrale der CDU-Sozialausschüsse wurde besonders die „Absage an die Vertreter des liberalen Nachtwächter-Staates“ begrüßt. Das Schreiben habe zudem eindeutig die These widerlegt, daß die Kirche noch immer mit einer gewissen Reserve der demokratischen Staatsform gegenüberstehe. Bedauert wurde, daß die Stellung der Interessenverbände „zu ängstlich“ umrissen werde. Das Gemeinwohl nehme oft die Stellung eines „deus ex machina“ ein. „Die positive Bedeutung des Konflikts bei der inhaltlichen Ermittlung des Gemeinwohls wird unterschätzt“, hieß es bei den Sozialausschüssen.

Ein Sprecher der FDP meinte, insgesamt sei zu begrüßen, daß in einer solchen Form anstelle von parteiischen Wahlempfehlungen zu politischen Problemen Stellung bezogen werde. Die FDP vertrete jedoch die Ansicht, daß „eine vom Staat unabhängige Kirche allein die politische Dimension des Evangeliums zurückgewinnen“ könne. Die Definition der Autorität des Staates stamme zudem aus vergangenen Phasen. Niemand könne wissen, ob die Maximen des Staates jeweils denen der Kirche entsprechen. Eine zu nahe Anlehnung der Kirche an den Staat berge darum die „Gefahr der Komplizenschaft“ in sich. Insgesamt sei das Lehrschreiben kein mutiger Durchbruch, da es zwar eine Anpassung an die gewandelte gesellschaftliche Situation versuche, jedoch die Darstellung der Kirche als selbständige politische Kraft in der Gesellschaft zugunsten einer allgemeinen Besänftigung vernachlässige. (KNA 1025)

Bedeutendere Rolle der afrikanischen Bischöfe

Der afrikanischen Bischofskonferenz wird von Beobachtern in Zukunft eine **bedeutendere Rolle** in der Weltkirche zugemessen. Ihre Vollversammlung findet vom 28. bis 30. Juli in Kampala/Uganda statt. Papst Paul VI. wird zum feierlichen Abschluß eine Ansprache an die afrikanischen Bischöfe halten. Afrikanische Beobachter vermuten, der Papst habe ursprünglich zum Beginn der Vollversammlung sprechen wollen. Die Konferenz hätte ihn dann in seinem Anliegen durch eine Erklärung unterstützen können. Die Papstansprache vor den afrikanischen Bischöfen wird auch im Zusammenhang mit der römischen Synode im Herbst gesehen, auf der allgemein ein stärkeres Auftreten der afrikanischen Kirchenführer erwartet wird.

(KNA 1011)

Der Papst in Afrika

Die siebte große Auslandsreise von Papst Paul VI. führt ihn als ersten Papst der Neuzeit nach Schwarzafrika. Im Programm vorgesehene Höhepunkte des dreitägigen Aufenthaltes in Uganda sind der Abschluß der ersten Panafrikanischen Bischofskonferenz und die Einweihung eines Altares für die Kirche zum Gedächtnis der Märtyrer des Landes in Namungongo. Die Afrikareise des Papstes läßt sich unter pastoralen, ökumenischen, sozialen und politischen Aspekten sehen.





1. Pastoral: Die Kirche des Schwarzen Kontinents wird immer stärker afrikanisiert. Die Zahl der afrikanischen Bischöfe ist in den letzten Jahren überraschend gestiegen und damit die Tendenz der jungen Kirche, sich von den Missionen unabhängig zu machen. Bei der großen Empfindlichkeit der Afrikaner geht dieser Prozeß nicht immer ohne Schwierigkeiten vor sich, zumal die Afrikaner finanziell weitgehend von den Kirchen Europas, bzw. den verschiedenen päpstlichen Werken abhängig sind, was bei dem aufbrechenden afrikanischen Nationalismus auch von Bischöfen nur schwer ertragen wird. Der Papstbesuch dürfte das Selbstverständnis des afrikanischen Klerus erheblich stärken. Kombinationen für die Bischofssynode in Rom erscheinen allerdings verfrüht, da es dort kaum zu einem geschlossenen „afrikanischen Block“ kommen wird.

2. Ökumenisch: Bedingt durch die Geschichte von Uganda wird Katholisch-Sein – von 7 Millionen Einwohnern sind etwa 2 Millionen Katholiken – immer noch politisch gesehen. Das Königreich Buganda war hauptsächlich von Katholiken bewohnt. Die Loyalität der Baganda zu ihrem Häutling, dem Kabaka, ließ nach Vertreibung von Mutesa II. 1966 durch den heutigen Staatschef Dr. Apolo Milton Obote befürchten, daß sich der Landesteil Buganda gegen die Regierung erheben würde. Seitdem besteht ein durch die Regierung verhängter und immer wieder erneuerter Ausnahmezustand. Nachdem sich sowohl die protestantische wie die katholische Kirche in den vergangenen Jahren weitgehend aus der Politik zurückgezogen haben, könnte der Papstbesuch die Versöhnung der beiden Religionen besiegeln und damit ein mögliches Hindernis für die Nationwerdung beseitigen. An entsprechenden Gesten fehlt es jedenfalls nicht. So wird Paul VI. auch den traditionellen Mittelpunkt der Church of Uganda in Namirembe besuchen und der 16 Protestanten gedenken, die ebenfalls in den Jahren 1885 bis 1887 wegen ihres Glaubens hingerichtet wurden.

3. Sozial: Papst Paul VI. hat wiederholt sein Interesse an sozialen Problemen bekundet, zuletzt durch seinen Besuch bei der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) in Genf. Vatikanische Beobachter nehmen an, daß er in Kampala erneut an das Gewissen der Welt appellieren wird, den verhängnisvollen Kreislauf, der die armen Länder noch ärmer und die reichen Staaten noch reicher werden läßt, zu unterbrechen.

4. Politisch: In Kapala wird Paul VI. Gelegenheit haben, mit verschiedenen Oberhäuptern afrikanischer Staaten zusammenzutreffen. Eine Einladung des Obotes, anlässlich des Papstbesuches nach Uganda zu kommen, haben bis jetzt angenommen: Dr. Julius Nyrere, Staatspräsident von Tansania, Generalleutnant Joseph-Desirè Mobutu, Staatspräsident der Demokratischen Republik Kongo, General Jean Bedel Bokassa, Staatspräsident der Zentralafrikanischen Republik, und Gregorie Kayibanda, Staatspräsident von Ruanda. Der Papst wird diese Gelegenheit sicher nutzen, um eindringlich auf die großen Krisenherde Afrikas in Nigeria und im Sudan hinzuweisen und die Afrikaner aufzufordern, unverzüglich alles zu unternehmen, um die Ausrottung ganzer Völkerstämme zu verhindern. (KNA 1281)

Wiederaufleben des Staats-Shintoismus?

Die Liberal-Demokratische Regierungspartei Japans brachte kürzlich im Parlament eine Gesetzesvorlage über die Nationalisierung des Yasukuni-

Shintoschreins ein. Offiziell läuft die Gesetzesvorlage unter dem Titel „Staatliches Patronat“ über den Schrein, in dem mehrere Hunderttausend Kriegsgefallene aus der Zeit von 1870 bis 1945 eingeschreint sind. In Wirklichkeit handelt es sich nach Ansicht von Beobachtern um eine Verstaatlichung, wobei die Partei auf die Stimmzettel von einigen Millionen Hinterbliebenen und Verwandten der Kriegsgefallenen schiele.

Die christlichen, einschließlich der katholischen, Missionsgemeinschaften sowie weite Kreise der Bevölkerung, allen voran die Sozialisten und linksradikalen Verbände, laufen gegen diese Vorlage Sturm. Auch innerhalb der Regierungspartei besteht offensichtlich keine Einmütigkeit, ob diese Maßnahme im Einklang steht mit der Verfassung, welche die Unterstützung von religiösen Glaubensbekenntnissen aus Steuermitteln verbietet. Die sozialistischen Kreise sehen in der Verstaatlichung eine scharfe Kurswendung der Regierung nach rechts und befürchten eine Wiederbelebung der nationalistischen Tendenzen der Vorkriegsjahre und des Staats-Shintoismus. Wegen des starken Widerstandes, den die Vorlage bei großen Teilen der Bevölkerung auslöste, wird sie wahrscheinlich in der laufenden Legislaturperiode des Parlaments nicht mehr zur Diskussion kommen und damit auf die lange Bank geschoben werden. (KNA 1293)

Kommunisten im Sudan-Militärregime

Kenner der Verhältnisse im Sudan rechneten schon lange damit, die Afrika-Experten im Auswärtigen Amt wollten an einen bevorstehenden Militärputsch jedoch nicht glauben. Am Pfingstsonntag war es dann soweit: Ein „Nationaler Revolutionsrat“ schickte die sudanesishe Regierung unter Staatspräsident Ismail al Azhari und Ministerpräsident Mohammed Achmed Mahgub in die Wüste. Chef des Revolutionsrates wurde der bisherige Oberste Jaafar El Nimery, der Moskau ebenso gut kennt wie Khartum, neuer Ministerpräsident der ehemalige Präsident des Obersten Gerichtshofes, Abubakar Awadallah. Dem in der internationalen Presse noch höflich als „links“ umschriebenen neuen Regime gehören mindestens drei führende Mitglieder der Kommunistischen Partei an: Der aus dem Süden des Landes stammende Rechtsanwalt Joseph Garang war von 1956 bis 1963 Sekretär der Kommunistischen Partei. 1963 wurde er von dem heutigen Generalsekretär der Partei, Abdel Khalik Mahgoub, abgelöst. Mahgoub ist wiederum ein intimer Freund des neuen starken Mannes Awadallah. Als prominenter Kommunist und Führer der Arbeitergewerkschaft ist auch Makkawi Moustapha kein Unbekannter mehr. Farouk Abou Issa schließlich ist sogar Mitglied des Zentralkomitees der KPS.

In Militärputschen kennt sich der neue Ministerpräsident der „Demokratischen Republik Sudan“ aus: Er war bereits früher an verschiedenen paramilitärischen Umtrieben beteiligt und einer der führenden Köpfe beim Sturz des Militärregimes unter General Ibrahim Abbouds im Jahre 1964. Damals lehnte er das Amt des Ministerpräsidenten dankend ab, nahm dafür aber den Posten des Justizministers an. Er gehört zu der neuen Politik. Zum „Kampf gegen den Imperialismus“ der neuen Regierung gehört auch die Solidarisierung mit den übrigen arabischen Staaten im Palästina-Konflikt. Das neue Regime will seine Haltung zu den übrigen Ländern von dieser

Gretchenfrage abhängig machen. Beobachter urteilen, daß sich durch den Militärputsch der Konflikt zwischen Nord- und Südsudan eher verschärfen wird. (KNA 1013)

Frist für „Publik“

Der Verband der Diözesen Deutschlands hat sich auf seiner außerordentlichen Vollversammlung am vergangenen Montag in Fulda mit den finanziellen Problemen von „Publik“ befaßt, konnte jedoch offensichtlich noch nicht zu endgültigen Entscheidungen kommen. Aus den Erklärungen nach der Sitzung, die unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfand, läßt sich soviel entnehmen: 1. Die Diözesen stehen zu der eingegangenen Verpflichtung, das Startkapital für „Publik“ in Höhe von 15 Mill. DM aufzubringen. 2. Eine aus Bischöfen und Fachleuten bestehende Sonderkommission soll „im Einvernehmen mit dem Publik-Treuhändergremium“ die weiteren Entwicklungsmöglichkeiten der Wochenzeitung prüfen und der Herbst-Vollversammlung der Bischofskonferenz einen entsprechenden Bericht vorlegen. 3. „Bis dahin“ wird der augenblickliche Finanzbedarf des Unternehmens, offensichtlich durch das Vorziehen eigentlich erst später fälliger Ratenzahlungen der Diözesen, gedeckt. Interessant ist, daß sich nach Abschluß der Vollversammlung des Verbandes der Diözesen Vertreter aus zwölf Bistümern, die besonders entschieden für oder gegen das Fortbestehen von „Publik“ eintreten, zusammensetzten, um ihre Argumente gegenseitig abzuwägen. Über das Ergebnis dieses Gesprächs wurde bisher nichts bekannt. — Übrigens hatte der Kirchensteuer-Beirat des Erzbistums Köln sich nicht für eine Einstellung von „Publik“ ausgesprochen (ID Nr. 725 v. 24. 4. 1969), sondern sich lediglich dagegen ausgesprochen, über das bisherige Maß an bewilligten Mitteln hinaus weitere finanzielle Hilfen zu leisten (so erklärte es jedenfalls die Pressestelle des Bistums). (KNA 811)

„Publik“ setzte sich gegen „Schwarzen Brief“ durch

ppp/20. 6. 1969/ Eine gerichtliche Schlappe in seiner Kampagne gegen die liberale bischöfliche Wochenzeitung „Publik“ mußte jetzt der vertrauliche rechtskatholische Informationsdienst „Der schwarze Brief“ einstecken. Das Landgericht Paderborn trug auf Antrag von „Publik“ dem „Schwarzen Brief“ auf, eine Gegendarstellung des Wochenblattes zu veröffentlichen, die der Informationsdienst zuvor verweigert hatte. Sie richtet sich gegen eine Anzahl von Behauptungen des „Schwarzen Briefs“, die u. a. von einer ungünstigen Finanzlage, Auflagen- und Abonnentensituation des liberalen Blattes, einer bevorstehenden Verkleinerung der Redaktion und einer auf die Dauer unhaltbaren Lage von „Publik“ wissen wollten.

(ppp ue/206/—/na)

Ein klares Bekenntnis zum unfehlbaren Lehramt der Kirche hat nach dem Kölner Erzbischof Kardinal Höffner auch der Erzbischof von Paderborn, Kardinal Jaeger, gefordert. Wer fundamentale Aussagen des Credo — und dazu gehörten auch Struktur und Verfassung der Kirche — leugne, sei nicht mehr katholisch, sondern habe sich selbst außerhalb des Glaubens der Kirche gestellt, erklärte Kardinal Jaeger während eines Pontifikalamtes zum 6. Jahrestag der Krönung von Papst Paul VI. Als „Garant der Wahrheit“ bezeichnete er den „Lehrstuhl des Hl. Petrus und nicht irgendeine Theologie eines Professors“. (KNA 1314)

Eine Reihe „Berichte und Dokumente“ hat das Zentralkomitee der deutschen Katholiken gestartet, um das wachsende Interesse an seinen Veröffentlichungen und Stellungnahmen zu befriedigen. Die drei ersten jetzt erschienenen Ausgaben beinhalten: Satzungen, Statuten und Überlegungen zu den Räten des Laienapostolates; jüngste Veröffentlichungen und Erklärungen des Zentralkomitees (82. Katholikentag, Demokratisierung, Nigeria/Biafra, Süd-Sudan, gemeinsame Synode, „Humanae vitae“, „Politische Erklärung“); Vorträge vor der Vollversammlung des ZdK am 28./29. März. (KNA 1315)

Die Rolle der Katholiken im Erwerbsleben

Auswertung der Volkszählung von 1961 unter konfessionellen Aspekten. Wie stellen sich Sozialstruktur und Ausbildungsstand der Katholiken in der Bundesrepublik dar? Seit das Schlagwort vom „Bildungsdefizit“ der Katholiken auftauchte, ist diese Frage gestellt, wobei sich die Diskussion mehr auf die Beteiligung der Katholiken am Bildungsprozeß als auf ihre Rolle im Erwerbsleben konzentrierte. Die erforderlichen Daten und Unterlagen wurden zwar bei der letzten Volks- und Berufszählung vom 6. 6. 1961 erfaßt. In deren Aufbereitungsprogramm war jedoch die Untersuchung der soziologischen Strukturen und des Ausbildungsstandes unter konfessionellen Aspekten zunächst nicht vorgesehen. Es ist das Verdienst des Kulturbeirates beim Zentralkomitee der deutschen Katholiken, daß die gespeicherten Daten des Statistischen Bundesamtes unter technischer Hilfestellung der Statistischen Landesämter von Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz entsprechend neu programmiert wurden. Die hochinteressante Auswertung der Volkszählung von 1961 unter diesem besonderen Aspekt, besorgt von Dr. Traute Nellessen-Schumacher, wird in Kürze unter dem Titel „Sozialstruktur und Ausbildung der deutschen Katholiken“ im Verlag Julius Beltz, Weinheim/Bergstraße, erscheinen. Sie kommt u. a. zu folgenden Ergebnissen:

- In den Gruppen der Selbständigen, der mithelfenden Familienangehörigen und der Arbeiter sind die Katholiken überproportional, unter den Beamten und Angestellten unterproportional vertreten. Bei den Lehrlingen (insbesondere den kaufmännischen) bleiben die Katholiken erheblich unter ihrem Anteil an der Erwerbsbevölkerung zurück.
- Bei einem Anteil der Katholiken an der Erwerbsbevölkerung von 44 % stellen sie von den in der Landwirtschaft tätigen Selbständigen 52 %. Bei einem Vergleich der Betriebsgrößen (bewirtschaftete Fläche, Arbeitskräfte) zeigt sich jedoch eine wesentlich günstigere Struktur der von evangelischen Landwirten geführten Betriebe.
- Noch deutlicher zeigt sich bei den Selbständigen in Industrie, Handel, Gewerbe und den freien Berufen, daß mit der Größe der Betriebe der Anteil der Protestanten steigt und der der Katholiken entsprechend sinkt. Bemerkenswerterweise kommt diese Tendenz in den Ländern mit überwiegend katholischer Bevölkerung stärker zum Tragen als in den überwiegend evangelischen Bundesländern.
- Unter den Beamten sind die Katholiken in der Laufbahngruppe des einfachen und mittleren Dienstes nahezu proportional vertreten; über die

gehobene zur höheren Laufbahn hin verschiebt sich die Relation jedoch sukzessive zugunsten der Protestanten und zuungunsten der Katholiken. Auch hier ist die Diskrepanz in den katholischen Ländern wesentlich ausgeprägter als in den evangelischen.

- Bei den nichtbeamteten Arbeitnehmern verringert sich der Anteil der Katholiken sukzessive vom Handlanger über den Arbeiter zum Angestellten hin. Im Gegensatz hierzu haben die Protestanten die geringsten Anteilsätze in der Gruppe der Handlanger, die sich über den gelernten Arbeiter zum Angestellten hin entsprechend steigern.

- Ein Vergleich der Wirtschaftsbereiche ergibt, daß die Katholiken in der Landwirtschaft, im Bergbau und im Baugewerbe dominieren, während sie im Handel, im Verkehrs- und im Bankgewerbe sowie im Bereich der öffentlichen Verwaltung unterproportional vertreten sind.

- Aus der Untersuchung der beruflichen Tätigkeit der Katholiken mit höheren Bildungsabschlüssen ergibt sich: Für die Katholiken ist das Hochschulstudium weithin das Mittel zur Erringung einer Beamtenposition, während die Hochschulabsolventen der übrigen Bekenntnisse eher eine gehobene Position als leitender Angestellter, als Unternehmer oder als freiberuflich Tätiger anstreben. Während die Katholiken mit abgeschlossener Hochschulbildung im Bereich der Dienstberufe am Menschen überproportional vertreten sind, zeigt sich eine ausnahmslos unterproportionale Repräsentanz in den verschiedenen Sparten akademischer Berufsausübung, die in Wissenschaft, Forschung und Technik besonders ausgeprägt ist. Dabei war das Ausbildungsdefizit der katholischen Erwerbspersonen mit abgeschlossenem Hochschulstudium unter den Altersjahrgängen von 25 bis 65 Jahren 1961 nur halb so groß wie der Bildungsrückstand der Katholiken unter den damals Studierenden. Ähnliches gilt generell für die Ebene der abgeschlossenen Ausbildung an Fachschulen.

- Insgesamt sind die Katholiken in allen sozialen Gruppen (Selbständige, Beamte, Arbeitnehmer) durchaus proportional repräsentiert; durchweg weisen sie jedoch ihre höchste Anteilsquote in der niedrigsten, die niedrigste Anteilsquote in der höchsten Position aus. Ergibt sich die Sozialstruktur der Katholiken ähnlich wie ihr Bildungsstand aus der Siedlungsstruktur der Bundesrepublik? Die Vermutung liegt nahe, da die Katholiken in den Großstädten mit mehr als 200 000 Einwohnern nur 32,5 % der Bevölkerung ausmachen, die Protestanten jedoch 58,1 %. Noch eher kann jedoch angenommen werden, daß die Sozialstruktur der Katholiken nicht unerheblich die Entwicklung in der Siedlerstruktur beeinflusste. Denn: Von 1925 bis 1961 ist der evangelische Bevölkerungsanteil der Großstädte stärker gestiegen als derjenige der Katholiken. Die Untersuchung folgert daraus, „daß die Verteilung der katholischen bzw. der evangelischen Bevölkerung auf Stadt und Land zu einem nicht geringen Teil das Ergebnis konfessions-typischer Mentalitäten ist“.

Es muß noch einmal darauf verwiesen werden, daß die dargestellte Sozialstruktur der Katholiken auf den Daten von 1961 beruht. Eine Analyse der Entwicklungstendenzen wird erstmalig in einem Vergleich mit den exakten Daten der nächsten Volkszählung im Jahre 1971 möglich sein. Der Kulturbeirat beim Zentralkomitee der deutschen Katholiken will sich dafür

einsetzen, daß bei dieser Erhebung von vornherein eine Programmierung vorgesehen wird, die eine Auswertung unter konfessionellen Gesichtspunkten ermöglicht. (KNA 590)

Um eine europäische Friedensordnung

Für die Schaffung einer europäischen Friedensordnung sind im Augenblick nicht nur die politischen Voraussetzungen schlecht: auch die Diskussion darüber stagniert. In diesem Zusammenhang gewinnt der Plan des CDU-Abgeordneten und Vertriebenen-Politikers Dr. Herbert Czaja an an Interesse, der in seinem Kernpunkt die Schaffung europäisierter Territorien vorzieht, in denen „am Rande nationaler Kerngebiete“ verschiedene Volksgruppen unter einem anerkannten Volksgruppenrecht kooperativ zusammenleben.

Czaja, der seine Überlegungen kürzlich in einem Buch vorlegte („Ausgleich mit Ost-Europa“ – Versuch einer europäischen Friedensordnung“, Seewald-Verlag Stuttgart), geht von der Erkenntnis aus, daß der expansive Nationalstaat in Mittel- und Südosteuropa versagt hat und nicht alleiniges Strukturprinzip für Räume sein kann, in denen viele Völker miteinander verzahnt wohnen und wohnen. Die Fixierung starrer nationaler Grenzen behindere ein Zusammenrücken der Völker Europas und sei darum eine „illusionäre Utopie“, die Czaja sowohl einem Teil der Vertriebenen wie des Bensberger Kreises vorhält. Czaja sieht für die Schaffung einer europäischen Friedensordnung drei Voraussetzungen: 1. die Erhaltung der Freiheit dort, wo sie besteht, was vor allem auch die Erhaltung der Menschen- und Gruppenrechte und jener Selbstbestimmung bedeutet, die vor dem Gemeinwohl der Völker vertretbar ist; 2. eine stärkere europäische Geschlossenheit, in die vor allem auch die nationalpolitischen Interessen Deutschlands integriert werden; 3. das Eintreten einer geschichtlichen Stunde, in der der Sowjetunion eine dauerhafte Befriedung an ihrer Westflanke so wichtig auch für ihre eigenen Interessen erscheint, daß sie über die strittigen Fragen verhandlungsbereit wäre. Gerade weil eine solche geschichtliche Stunde nicht gezielt herbeigeführt oder vorausgesagt werden kann, müssen nach Ansicht von Dr. Czaja jetzt für beide Seiten tragbare Lösungen sowohl mit den mittel- und osteuropäischen Nachbarn wie den westlichen Verbündeten erörtert werden. Czaja: „Eine gemeinsame nicht aggressive westeuropäische Ostpolitik kann einen Teil des Mißtrauens vor einem einseitigen deutschen Drang nach dem Osten abschwächen.“

Dr. Czaja hat seine Ansichten kürzlich in einem Hearing vor dem Arbeitskreis Deutschland- und Ostpolitik der CDU-Sozialausschüsse vorgetragen. Dieser Arbeitskreis ist unter Berücksichtigung der bisherigen politischen Orientierung der Sozialausschüsse ein absolutes Novum und kann darum einer kritischen Beachtung sicher sein. Bisher sprachen vor dem Arbeitskreis: Richard Freiherr von Weizsäcker, Dr. Wilhelm Wolfgang Schütz (Kuratorium Unteilbares Deutschland), Dr. Gottfried Erb (Bensberger Kreis), der frühere Vertriebenenminister Dr. Johann Baptist Gradl und Dr. Czaja. Es wird damit gerechnet, daß der Bundesvorstand der Sozialausschüsse aufgrund der Diskussionsergebnisse dieses Arbeitskreises Anfang des kommenden Jahres eine politische Erklärung zur Deutschland- und Ostpolitik verabschieden wird. (KNA 1299)

Kolpingsfamilie: Im Mittelpunkt der Mensch

„Gesellschaftspolitische Leitlinien“ hat der Zentralvorstand der Deutschen Kolpingsfamilie im Entwurf vorgelegt und zur Diskussion unter den Mitgliedern gestellt. Sie sollen von der Zentralversammlung des Verbandes im Juni 1969 verabschiedet werden. Die Menschenwürdigkeit der Gesellschaft mit ihren Ordnungsstrukturen, Institutionen und Bindungen wird nach den Leitlinien daran gemessen, „wieweit sie unter den gegebenen Umständen ihren Gliedern freiheitlich-selbstverantwortliches Handeln ermöglicht“. Das Menschenbild der Leitlinien orientiert sich am christlich-personalen Begriff der Freiheit. Darum: „Der Mensch ist nicht Maß aller Dinge, sondern letzten Normen und Bindungen unterworfen.“ Staat und Gesellschaft sollen in ihren demokratischen Strukturen so gestaltet werden, „daß der einzelne zur jeweils höchstmöglichen Entfaltung seiner Fähigkeit finden und seine berechtigten Anliegen verwirklichen kann“ und „jeder weitgehend die Verantwortung für Staat und Gesellschaft mittragen kann“. Die solidarische Verbundenheit gründet nach den Aussagen der Kolpingsfamilie in dem „wesensmäßigen Verhaftetsein der Glieder an die Gesellschaft und umgekehrt“, woraus eine sittlich-rechtliche Gemeinhaftung sowie die solidarische Verpflichtung füreinander erwächst. „Diese Hin- und Rückbindung ist durchschaubar zu machen, damit sie bejaht und sinngemäß ausgeformt werden kann.“ Für die Lebensentfaltung des Menschen werden gefordert: Gleiche Möglichkeiten der Mitgestaltung der Gesellschaft, gleiche Bildungschancen, gleichwertige Lebensbedingungen, gleichwertige Möglichkeiten des Konsums und gleiche Freizeitbedingungen. Die „Gesellschaftspolitischen Leitlinien“ sollen für die Kolpingsfamilie in Zukunft Grundlage sein, um zu verschiedenen Fragen Stellung zu beziehen und konkrete Lösungsvorstellungen zu entwickeln. Auch für das parteipolitische Engagement der Mitglieder sollen die Leitlinien gelten. Dazu heißt es in einer kürzlich gefaßten Resolution des Seniorats der Deutschen Kolpingsfamilie: „Eine Mitarbeit ist nur in solchen Parteien und Gruppen möglich, in denen unsere Mitglieder die Möglichkeit haben, auch das Programm und die gesellschaftspolitischen Ziele der Kolpingsfamilie zu verwirklichen.“ (KNA 471)

Bücher

Der Tod von Plötzensee, von v. Gostomski/Loch, Kyrios-Verlag GmbH, Meitingen – Freising, DM 13,50.

Das vorliegende Buch von 240 Seiten beruht auf bisher noch nicht erfaßten Dokumenten über die Praxis nationalsozialistischer Rechtswillkür. Anhand von Hinrichtungslisten, die einer der Autoren aus der Haftanstalt Plötzensee heraus schmuggeln konnte, wird es möglich, einen längeren Zeitraum (April 1942 bis September 1943) zu rekonstruieren. In dieser relativ kurzen Zeit wurden rund 1400 Frauen und Männer enthauptet oder gehängt. 300 davon allein in wenigen Nächten des Septembers 1943.

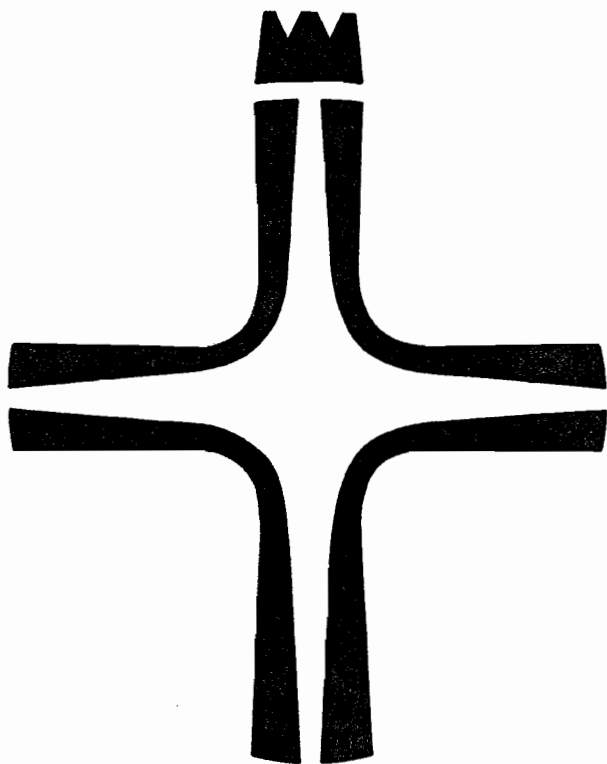
Die Umstände werden durch ihre knappe und sachliche Darstellung so klar, daß gerade der Tod dieser vielen, teilweise nur dem engsten Familienkreis bekannten, „kleinen Menschen“ zum Fanal des Rufes nach Freiheit und Gerechtigkeit wird.

Erkennt man bei den Widerstandskämpfern, daß es ihnen um Gerechtigkeit und Ordnung ging, so erfährt man zugleich, daß sie sich des Risikos ihres Tuns bewußt waren.

Anhand der zahllosen unprominenten Opfer aber wird die Rechtswillkür, die Rechtsverachtung eines totalitären Staates sichtbar. Im Getriebe des Alltags ist eine solche Rückbesinnung sicherlich notwendig, weil allzu leicht der Wert einer rechtsstaatlichen Ordnung vergessen wird. Aber dieses Buch zeigt durch seine sympathische, klare und einfache Sprache noch mehr. Es erhellt die Verstrickungen, in denen sich das deutsche Volk befunden hat. Man sollte dieses Buch intensiv lesen und sich über die Gefahren des Radikalismus jeder Art klar werden. Es kann zum Anlaß einer Selbstbesinnung und damit zu einer Bewältigung der Vergangenheit führen.

Das Versagen einzelner wird ebenso deutlich wie das stille Heldentum vieler Namenloser. Alle europäischen Nationen haben hier mit uns einen unbeschreiblichen Blutzoll entrichtet. Sie waren eins im Leiden und vielfach verbunden im Trost durch unseren gemeinsamen christlichen Glauben.

Aber außerdem wird erkennbar, wie ein Regime, sich vom Rechtsmittelpunkt fortbewegend, alle Grenzen von Recht und Gesetz mißachtend, nur noch beinahe tollwütig um sich schlägt. Viele dieser erschütternden Geschehnisse hängen auch mit dem von Hitler entfesselten Krieg zusammen. Und so ist dieses Buch auch eine Mahnung, daß dieser Krieg der letzte gewesen sein möge. Gewissen und Vernunft sollten mobilisiert werden, solches Grauen für immer zu verbannen. Ein Buch, das man nur mit tiefer Erschütterung aus der Hand legen kann.



Herausgeber: Königsteiner Offizierkreis in Zusammenarbeit mit dem Katholischen Militärbischofsamt.

Redaktion: Helmut Fettweis (Major)

Zuschriften: Helmut Fettweis, über Katholisches Militärbischofsamt, Bonn, Adenauerallee 117 a.

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung der Redaktion.

Bilder: Fettweis (1), Hess (7)

Druck und graphische Gestaltung: Buch- und Verlagsdruckerei Ludwig Leopold, Bonn, Friedrichstraße 1.